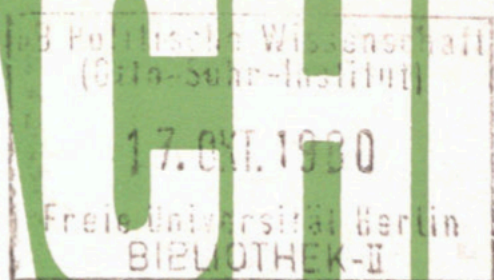


NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK



GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Oktober 1980

Einzelpreis 3,— DM

XX. Jahrgang

D 3476 EX

O bwohl heute in keiner DGB-Gewerkschaft die Einheitsgewerkschaft in Frage gestellt wird, finden über sie in den Gewerkschaften zum Teil heftige Diskussionen statt. Sie hängen damit zusammen, daß die Unternehmer und ihre Publikationen das Märchen einer angeblichen kommunistischen Unterwanderung auf-tischten. Es stammt aus der Giftküche des politischen Gegners der Gewerkschaften und wird auch durch ständige Wiederholungen nicht wahrer. Es wird, wie Eugen Loderer sagte, immer dann eingesetzt, wenn konservative und reaktionäre Kräfte eine Politik des gesellschaftlichen Stillstands und der sozialen Demontage auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Die Gewerkschaften sollen gehindert werden, entschlossen die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Sie sollen sich mit sich selbst und weniger mit den Unternehmern auseinandersetzen. Die Unternehmer schlagen, wie es so schön heißt, den Sack und meinen den Esel. Deshalb ist es für die Gewerkschaftsbewegung unseres Landes bedeutsam, daß jetzt auf den Gewerkschaftstagen der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und der IG Metall eindeutige Aussagen zur Einheitsgewerkschaft gemacht wurden. Die HBV betont, daß die Einheitsgewerkschaft die entscheidende Lehre aus der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und dem gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist. Wenn aber die heutige Einheitsgewerkschaft das Ergebnis eines langwierigen und qualvollen Lernprozesses ist, wenn folglich alle in ihr wirkenden Strömungen oder Richtungen gelernt haben, dann wäre nichts falscher, wenn einige für sich daraus ableiten würden, sie allein hätten etwas gelernt. Niemals darf vergessen

werden, daß die Mitglieder verschiedene politische, weltanschauliche und religiöse Auffassungen haben. Sonst wäre eine Einheitsgewerkschaft gar nicht notwendig. Sie sind sich aber einig, daß ihre gewerkschaftlichen Interessen nur in der Einheitsgewerkschaft verwirklicht werden können. Diese notwendige Geschlossenheit setzt voraus, daß jeder in dieser Gewerkschaft sich der gemeinsamen Willensbildung unterordnet, daß die Meinungsbildung in einer Atmosphäre der Toleranz erfolgt, der gegenseitigen Achtung und mit dem Willen zur Einigung. Daraus ergibt sich, daß notwendige Diskussionen, auch wenn die Auffassungen noch so hart aufeinanderprallen, sachlich und fair geführt werden müssen.

Diese Einheitsgewerkschaft kann nur dann von Dauer sein, wenn sie unabhängig von Regierungen, Parteien und Kirchen ist, daß sie weder Koalitionspartner einer Regierung, weder Ersatzpartei noch der verlängerte Arm oder der Transmissionsriemen einer Partei ist. In dieser Gewerkschaft kann jeder Mitglied sein — ohne Rücksicht auf Beruf, Geschlecht, auf politische oder religiöse Überzeugung —, der die Satzung achtet, die Ziele der Gewerkschaft vertritt und zu solidarischem Handeln bereit ist. So beschloß es die IG Metall auf ihrem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag. Diesem Geist widerspricht es aber, wenn es heute in einigen Gewerkschaften Bestrebungen gibt, Mitglieder zweierlei Rechts zu schaffen, und beispielsweise DKP-Mitgliedern verwehrt werden soll, Funktionen auszuüben. fer

Lassen wir uns von niemandem aufspalten!

10/80

Aus dem Inhalt:

Abrüstung und Entspannung gegen die kalten Krieger durchsetzen! Interview mit Reinhard Schwitzer, IGM-Sekretär, und Klaus Busch, DGB-Bildungsreferent	2
Reallohnsenkung erfordert neue gewerkschaftliche Überlegungen	4
Wachsendes Selbstvertrauen der IG-Metall-Mitglieder	8
HBV nach Ihrem Gewerkschaftstag: stärker, einiger, selbstbewußter	10
HBV will Benachteiligung der Verkäuferinnen beseitigen Interview mit Dieter Steinborn, 2. HBV-Vorsitzender	12
Beschlüsse der Gewerkschaftstage von HBV, GdED und IG Chemie	13—20
Konfliktgeladener Gewerkschaftstag der IG Chemie: Fortsetzung folgt	21
Lehrer und Wissenschaftler nicht im Schmollwinkel	23
Vorbereitung der Betriebsratswahl: Was sollte dabei beachtet werden?	25
Sozialbericht 1980 — ein Schönwetterbericht	27
„Lenins Gewerkschaftskonzept“ wurde in Polen wieder bestätigt	29
Angriffe der Thatcher-Regierung im Mittelpunkt des TUC-Kongresses	30

Abrüstung und Entspannung gegen die kalten Krieger durchsetzen!

Interview mit Reinhard Schwitzer, IG-Metall-Sekretär, und Klaus Busch, DGB-Bildungsreferent

Am 1. September, dem Antikriegstag, und auf den in diesen Wochen stattgefundenen Gewerkschaftstagen wurde die Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung in Reden und Beschlüssen hervorgehoben. Argumente, wie die Abrüstung realisiert und die Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktion erfolgen kann, enthält eine Schrift, die im Frühjahr 1980 im WI-Verlag veröffentlicht wurde. Zu den Autoren gehören Reinhard Schwitzer, IG-Metall-Sekretär in Hannover, und Klaus Busch, Bildungsreferent beim DGB-Landesbezirk Niedersachsen. Beide beantworteten unserer Redaktion einige Fragen.

NACHRICHTEN: *Ihr seid Mitautoren an einer Broschüre „Vorschläge zur Abrüstung in der Bundesrepublik“. Welche Probleme und Fragen werden darin behandelt?*

Reinhard Schwitzer: Uns ging es im wesentlichen darum, Argumente und Vorschläge zur Realisierung der gewerkschaftlichen Kongreßbeschlüsse zur Abrüstung und Entspannungspolitik zu entwickeln. Wir haben versucht, Antworten auf die Frage zu finden, wie eine Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Güter erfolgen kann. Die Unternehmer spielen häufig Abrüstungsmaßnahmen gegen die Arbeitsplatzinteressen der abhängig Beschäftigten aus. Diesem wollen wir mit den „Vorschlägen...“ entgegenwirken. Zusammen mit kompetenten Wissenschaftlern haben wir gesellschaftliche Mangelbereiche aufgezeigt und die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Ersatzes von Rüstungsgütern durch zivile Produkte nachgewiesen.

NACHRICHTEN: *Hat in der politischen Auseinandersetzung im Kampf für Frieden, Entspannung und Abrüstung das Argument des Erhalts der Arbeitsplätze zentrale Bedeutung?*

Reinhard Schwitzer: Auch die Kolleginnen und Kollegen in den Rüstungsbetrieben haben ein hohes Interesse an einem sicheren Arbeitsplatz. Leider gibt es immer noch abhängig Beschäftigte, manchmal auch Betriebsräte, die zusätzliche Rüstungsaufträge aus dem Verteidigungsministerium und die Lockerung der Exportbegrenzungen für Rüstungsgüter fordern, damit die Arbeitsplätze – kurzfristig – gesichert bleiben.

Diese Situation kann ein aktives Engagement für die Reduzierung der Rüstungsausgaben behindern. Darum haben wir uns bemüht, den Nachweis zu erbringen, daß eine alternative Produktion möglich ist und die Arbeitsplätze gesichert werden können. Wir sind uns

aber auch darüber im klaren, daß entscheidend für Abrüstungsmaßnahmen das politische Wollen und ihre Durchsetzung ist. Und das gegen den massiven Widerstand der Rüstungsindustrie und ihre kalten Krieger in der Politik. Wir wollen mit unseren Vorschlägen auch in der betrieblichen Auseinandersetzung den Kampf gegen die Rüstung unterstützen.

NACHRICHTEN: *Warum wird von euch besonders das gewerkschaftliche Engagement in dieser Frage so hervorgehoben?*

Klaus Busch: Wir gehen davon aus, daß es für die Arbeiterbewegung seit jeher lebensnotwendig war, den Kampf gegen Krieg, für Frieden zu führen. Dieser Kampf der Gewerkschaften im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Kräften hat eine lange Tradition, die weit bis vor den ersten Weltkrieg zurückreicht. Selbst der Faschismus in Deutschland hat den Kampf für Frieden nicht vollständig auslöschen können. Es geht um die Selbsterhaltung und Funktionsfähigkeit der Gewerkschaften. Alle gewerkschaftlichen Aufgaben können wir vergessen, können wir zu den Akten legen, wenn es nicht gelingt, den Frieden zu sichern.

Frieden heißt aber nicht nur Abwesenheit von Krieg. Frieden muß gesichert und begleitet werden durch eine Politik der Entspannung, der Verständigung und des Ausgleichs nach außen und durch gesellschaftliche und soziale Reformen, wie z. B. Ausweitung der Montanmitbestimmung, Neubeginn der Reform der Berufsausbildung etc. und weitere Demokratisierung im Innern. Nur unter solchen politischen Bedingungen können wir den gewerkschaftlichen Kampf weiter entfalten und für die Durchsetzung unserer Zielvorstellungen kämpfen. Auf den Punkt gebracht, kann man sagen: der Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts!

Voraussetzung dafür ist aber, daß die gewerkschaftlichen Aktivitäten sich nicht in dem Beschließen von richtigen und wegweisenden Anträgen und Resolutionen erschöpfen. Es kommt darauf an, diese Beschlüsse wieder stärker in der Mitgliedschaft zu verankern. Aufklärungsarbeit zu leisten über die tödliche Endgültigkeit eines neuen Krieges in Europa.

Als zu Beginn der 50er Jahre die Erinnerung an den zweiten Weltkrieg noch wach war, ging von den Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben die Initiative gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik aus. Sie organisierten Veranstaltungen, Demonstrationen und auch Streiks gegen die Adenauersche Remilitarisierungspolitik. Die Friedensbewegung war in den Betrieben verankert. Antimilitarismus war in diesen Jahren die Weltanschauung – nicht nur der Jugend. Zwar konnte die Remilitarisierung trotzdem nicht verhindert werden, aber es gelang, den Beitritt der Bundesrepublik in die NATO bis 1955 hinauszuzögern. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ist bis heute verhindert worden.

Wollen wir an diese Aktivitäten anknüpfen, müssen die gewerkschaftlichen Positionen zur Friedens- und Entspannungspolitik aktiv von den Kolleginnen und Kollegen vertreten werden – gerade in der aktuellen politischen Situation. Die Zusammenarbeit und die Stärkung der demokratischen Kräfte gehört genauso dazu.



Reinhard Schwitzer (links) und Klaus Busch (rechts).

NACHRICHTEN: *In welchen Bereichen gibt es Möglichkeiten der Umstellung von Rüstungsproduktion auf zivile Produktion?*

Klaus Busch: Es handelt sich hierbei in erster Linie um gesellschaftliche Mangelbereiche mit erheblichen Versorgungslücken und der Möglichkeit hoher Investitionen zur Behebung dieser Mängel. Dies sind: medizinische Versorgung, Umweltschutz (Wasser, Abfallbeseitigung, Reinhaltung der Luft, Meerestechnologie), Verkehrswesen, Energieversorgung. Wir haben diese Bereiche in den „Vorschlägen“ ausführlicher dargestellt. Zum Teil wird noch daran gearbeitet. Man kann aber sagen, daß bei einer Umlenkung der Haushaltsmittel aus dem Rüstungsetat in z. B. die eben genannten Bereiche nicht nur bestehende Arbeitsplätze erhalten werden könnten, sondern zusätzliche geschaffen werden müßten. Allein ein Projekt zur Säuberung unserer großen Flüsse wie Rhein, Elbe, Weser würde Milliarden kosten und Tausende von Arbeitsplätzen sichern: Zum Vergleich: ein MRCA/Tornado kostet mittlerweile fast 70 Millionen DM.

NACHRICHTEN: *Welche aktuellen Forderungen habt Ihr herausgearbeitet?*

Reinhard Schwitzer: Erstens: Senkung des Verteidigungshaushaltes zunächst fünf Jahre lang um jährlich 3 Prozent. Die freigesetzten Mittel sollen für die Förderung alternativer Produktion eingesetzt werden.

Zweitens: Verzicht auf die volle Produktion der großen Waffensysteme der 2. Generation. Hierzu gehören das Kampfflugzeug MRCA/Tornado und Alpha Jet, der Kampfpanzer Leopard 2 und der Gepard. Allein diese „Beschaffungskosten“ werden den Bundeshaushalt mit über 70 Mrd. DM belasten. Statt diese Produktion voll hochzufahren und evtl. neue Produktionsanlagen zu bauen, sollte bereits jetzt mit einer sorgfältig vorbereiteten Umstellung von Militär- auf Friedensproduktion begonnen werden.

Und drittens muß die Entwicklung der Waffensysteme der dritten Generation für die 90er Jahre ausgesetzt werden. Die Nutzung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten soll dem zivilen Sektor zugute kommen.

Klaus Busch: Man muß bei diesen Forderungen berücksichtigen, daß sie volkswirtschaftlich ohne größere Komplikationen zu verwirklichen wären. Alleiniger Auftraggeber für die Rüstungsindustrie – abgesehen von den Exporten – ist der Staat. Es käme also darauf an, die staatliche Nachfrage zu verändern und in volkswirtschaftlich nützliche Bereiche zu lenken. Zur Vermeidung von evtl. auftretenden Anpassungsschwierigkeiten sind die gewerkschaftlichen Forderungen nach Investitionslenkung, betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung sowie volkswirtschaftliche Rahmenplanung hervorragend geeignet.

Polen

Als am 27. August der Verband der Metallunternehmer Nordrhein-Westfalen beim Bundesarbeitsgericht Berufung einlegte, um die angebliche Rechtswidrigkeit der Solidaritätskündigungen der IG Metall während der Arbeitszeit am 12. Dezember 1978 gegen die Aussperrung der Stahlarbeiter feststellen zu lassen, da waren die Streiks in Polen noch in vollem Gange. Unternehmerverbände, unternehmerhörige Medien und Politiker begrüßten die polnischen Streiks. Das ist nur eines von sehr vielen Beispielen doppelbödiger Moral, wie wir sie in unserem Lande in letzter Zeit erleben konnten: am Beispiel Afghanistans, des Olympiaboykotts und der Polenstreiks. Bildsaubere Lehrstücke für billigen Antikommunismus.

Die den politischen Streik in Polen bejubeln, sagte IG-Metall-Vorsitzender Loderer, seien oft dieselben, die bei uns jeden Lohnstreik verteuflern. „Bild“, Strauß, Löwenthal – alle standen sie in einer Rede. Aber auch mancher Gewerkschaftsfunktionär, zwar zur Besonnenheit mahnend und Heuchelei hierzulande anprangernd, ließ Sympathie für Streikziele und -methoden erkennen, mit denen er sich hier kaum identifizieren würde. Man muß eben manchmal sehr aufpassen, um nicht in eine gemeinsame Front mit dem eigenen politischen Gegner zu geraten (zu den Ereignissen in Polen siehe Seite 29).

G. S.

Rechte Gefahr

Es vergeht kaum eine Konferenz des DGB oder der Einzelgewerkschaften, die nicht eindringlich vor den Gefahren eines anwachsenden Neonazismus in der Bundesrepublik warnt und die Verantwortlichen in der Regierung zu wirksamen Gegenmaßnahmen aufruft. Von Regierungspolitikern und Opposition im Bundestag war aber bisher eine solche neonazistische Gefahr wenn nicht geleugnet, so doch heruntergespielt worden. Man konzentrierte sich da lieber auf eine Jagd nach „Linksextremisten“, die nach den Vermutungen eines Strauß bereits als „Moskau-Fraktion“ in der SPD wirken.

Nun, nachdem durch das Bombenattentat von München Menschen getötet und zu Hunderten verletzt wurden, kann man über mancherlei Aktivitäten von neofaschistischen Gruppen nachlesen. Und man hört auch immer wieder Beispiele, daß es die Polizei oder die zuständigen Innenministerien als relativ harmlos ansehen, wenn Naziembleme getragen oder gar paramilitärische Übungen veranstaltet werden.

Als ungeheuerlich muß es jedoch empfunden werden, wenn kurz nach der Bombenexplosion in München die verhafteten Neonazis wieder auf freiem Fuß sind und in den Wahlreden die Hauptstoßrichtung gegen links gerichtet wird. Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der HBV stellte fest: „Die deutsche Geschichte hat gezeigt, daß die Demokratie von rechts zerstört worden ist... Die Geschichte in Deutschland hat auch gezeigt, daß der Faschismus nicht über Nacht da ist. Vielmehr wurde ihm in vielerlei Hinsicht Vor-schub geleistet. Parallelen zu damals sind heute deutlicher erkennbar denn je.“ In verschiedenen Anträgen wird daher eine Aufklärung über die Verbrechen des Faschismus und ein aktiver Widerstand der Gewerkschaften gegen neofaschistische Aktivitäten gefordert. Die Gewerkschaft verurteilte den Bombenanschlag und warnte, hier den Vorwand für eine Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten zu suchen.

R. B.

GLOSSE

0-Stunden-Woche?

Wahrscheinlich haben sich die Gewerkschaften ihre Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche nicht richtig überlegt. Das würde nämlich heißen, daß wir alle wieder mehr arbeiten müßten – wie Graf Lambsdorff es fordert.

Der „Arbeitsring Chemie“, der Unternehmerverband für die chemische Industrie, hat jetzt errechnet, daß die 40-Stunden-Woche der 309 281 Arbeiter dieser Branche im Jahresdurchschnitt 1979 in Wirklichkeit nur 32,7 Stunden dauerte. Der Grund: Urlaub, Krankheit, Freistellungen, weniger Überstunden.

Offensichtlich aber fehlte den Chemie-unternehmern die Erkenntnis ihres Kollegen Eberhard v. Kuenheim, Chef bei BMW, der herausgefunden hat, daß durch die gesetzlich vorgeschriebenen Betriebsversammlungen in der Bundesrepublik mehr Arbeitszeit verlorengeht, als in England durch Streiks. Sonst wäre die Arbeitswoche in den Berechnungen des „Arbeitsrings“ noch kürzer ausgefallen.

Indessen haben sie alle sowieso falsch gerechnet. Richtig ist: Das Jahr hat 365 Tage. Davon sind 104 Samstage und Sonntage.

Acht Stunden schläft der Arbeiter; das macht rund 122 Tage. Und acht Stunden hat er frei; das sind noch einmal 122 Tage. Zieht man noch die 16 Feiertage ab, die es in einigen Bundesländern gibt, dann bleibt nur noch ein Arbeitstag übrig. Und ausgerechnet der ist der 1. Mai. okulus

Reallohnsenkung erfordert neue gewerkschaftliche Überlegungen

In Nr. 6/80 der NACHRICHTEN gingen wir bei einer Einschätzung der Lohnrunde 1979/80 davon aus, daß, obwohl die ursprüngliche gewerkschaftliche Zielstellung — Ausgleich für die Preissteigerungen, Anteil an der steigenden Produktivität, Umverteilung der Einkommen zugunsten der abhängig Beschäftigten sowie eine soziale Komponente — nicht unerheblich verfehlt wurde, dennoch wie in den letzten drei Jahren die realen Löhne und Gehälter gehalten oder gar noch leicht erhöht werden konnten. Die uns jetzt vorliegenden Daten (siehe NACHRICHTEN 9/80, INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse) zeigen, daß wir uns geirrt haben.

Die Tarifabschlüsse in der 1. Hälfte des Jahres 1980 reichten nicht aus, um die Auswirkungen der Steuerprogression und Inflation auszugleichen. Die Netto-lohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten stieg im 1. Halbjahr 1980 um 4,5 Prozent, die Lebenshaltungskosten hingegen um 5,7 Prozent, so daß unter dem Strich eine Senkung der realen Löhne und Gehälter um 1,2 Prozent zu verzeichnen ist. Dies war bisher in der Geschichte der Bundesrepublik nur in einem einzigen Jahr geschehen: 1976.

Die Unternehmer leugnen stets den Zusammenhang zwischen Lohnentwicklung, privatem Verbrauch und Konjunktur. Die „Wirtschaftswoche“ (Nr. 34, 22. August 1980, S. 6) kommt jedoch nicht umhin festzustellen, daß der Lagerdruck im Handel deutlich wächst. Dies wirke sich über verringerte Bestellungen nicht nur auf die Konsumgüterindustrie, sondern auf die gesamte verarbeitende Industrie aus. Dadurch gehe auch die Nachfrage nach Vorprodukten und Investitionsgütern zurück. Dies führe zu weiteren Einkommensausfällen, die den Konsum weiter bremsen würden. Hier dringt die Ahnung durch, daß zwischen Konjunkturrückgang und mangelnder Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten doch ein Zusammenhang besteht.

Den Vorreiter der nächsten Tarifbewegung, die nach Lage der Dinge wiederum vor allem eine Lohnrunde sein wird, machen die metallverarbeitende und die Stahlindustrie. Dort laufen die meisten Lohn- und Gehaltstarife zum 31. Januar 1981 aus und sind einen Monat zuvor kündbar.

Die IG Metall beschloß auf ihrem 13. ordentlichen Gewerkschaftstag Ende September in Westberlin, an einer aktiven Lohnpolitik festzuhalten und die Realeinkommen zu sichern und zu erhöhen. Auf der Klausurtagung in Homburg/Saar vom 12. bis 14. September 1979, deren Ergebnisse anschließend vom Beirat der IG Metall bestätigt wurden, wurden folgende Orientierungspunkte für Lohn- und Gehaltsforderungen festgelegt:

1. Voller Ausgleich für die Preissteigerungen;
2. Beteiligung am gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs;
3. Berücksichtigung preispolitischer Fehlentwicklungen der Gegenwart und des Anstiegs der Unternehmereinkommen;
4. Einbeziehung einer Umverteilungskomponente. (Siehe hierzu „Metall“ Nr. 19 vom 26. 9. 1979, S. 6/7 und „Der Gewerkschafter“, Nr. 9/1979, S. 2–6).

Lohnpolitik

Der 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (14. bis 20. September 1980) beschloß im Antrag 252:

„Die Löhne und Gehälter sind weiter zu erhöhen. Für alle Arbeitnehmer ist neben der Sicherung der Realeinkommen und der Beteiligung an der durch Produktivitätssteigerungen bewirkten Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsergebnisses eine Erhöhung des Anteils am Volkseinkommen durchzusetzen.“

Die IG Metall kommt in dem im Juni 1980 fertiggestellten und den Delegierten des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages vorgelegten Geschäftsbericht 1977 bis 1979 zu dem bemerkenswerten Ergebnis:

„Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung wird vielmehr ganz entscheidend mitgeprägt von der Entwicklung der realen Nachfrage. In diesem Zusammenhang bleiben wir bei unserer Auffassung, daß die Rolle des Lohnes als Kostenfaktor in den Hintergrund, die Rolle des Lohnes als Nachfragefaktor in den Vordergrund zu treten hat.“ (S. 67)

Obwohl keine Tarifrunde das Ergebnis von Rechenbeispielen am grünen Tisch ist und viele Faktoren von den Vorständen und Tarifkommissionen zu berücksichtigen sind, bevor eine Forderung aufgestellt wird, wird zu Beginn jeder Runde erst einmal gerechnet.

Die offiziell ausgewiesene Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt gegenwärtig um die 5,5 Prozent. Sicherlich ist dieser Index viel zu niedrig ausgewiesen (siehe NACHRICHTEN 9/1979, S. 18, „Preisindex — Berechnung mit vielen Fragezeichen“). Solange es jedoch keine eigenen gewerkschaftlichen Berechnungen gibt, muß dieser Index, selbstverständlich kritisch relativiert, in der Diskussion zur Grundlage genommen werden. Dazu kommt ein echter Nachholbedarf aus der realen Lohnsenkung von 1,2 Prozent. Zudem steht jetzt schon fest, daß der Lohn durch eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung am 1. Januar 1981 zusätzlich um 0,25 Prozent belastet wird. Erhöhungen der Krankenkassenbeiträge sind angekündigt.

In den letzten Jahren betrugen die realen Wachstumsraten des Sozialproduktes im Durchschnitt etwas unter 4 Prozent, und die IG Metall schätzt in ihrem Geschäftsbericht 1977 bis 1979 (S. 8) ein, daß diese bis 1985 nicht wesentlich von der Entwicklung in den Jahren 1975/78 abweichen werden (3,7 Prozent), d. h. der volkswirtschaftliche Kuchen wächst um diesen Prozentsatz. An diesem Kuchen hatten aber die Unternehmer ebenfalls ihren Anteil. Die Löhne und Gehälter müssen deshalb mindestens zusätzlich um diesen Prozentsatz steigen, um den Anteil der Arbeiter und Angestellten gleichzuhalten. Eine Umverteilung würde dadurch noch nicht eintreten.

Rechnet man diese Zahlen zusammen, so kommt man auf eine 10,65prozentige Lohn- und Gehaltserhöhung, die notwendig wäre, um das reale Einkommen zu sichern und keine weitere Verschlechterung der Verteilungsrelationen zu Ungunsten der Arbeiter und Angestellten zuzulassen. Dabei ist allerdings noch keinesfalls garantiert, daß 1981 nicht eine zusätzliche steuerliche Belastung eintritt.

Jeder Gewerkschafter weiß, daß wesentlich mehr gefordert werden muß als das angestrebte Ergebnis. An unserem Beispiel müßten etwa 14 Prozent gefordert werden, um dann zu einem befriedigenden Ergebnis kommen zu können. Unter Berücksichtigung einer sozialen Komponente müßten dann ergänzend Vorstellungen über eine Mindestforderung gemacht werden. Je nach der Lohnsituation in den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich dann anhand unseres Beispiels für die unteren Einkommen Zahlen, die sich zwischen 200 und 250 DM bewegen dürften. Heinz Schäfer

Auch 7. Verhandlungsrunde brachte keinen Durchbruch

Am 24. September fand in Frankfurt die 7. Verhandlungsrunde um einen Manteltarifvertrag (MTV) für Redakteure an Tageszeitungen statt. Insbesondere geht es den Journalisten und ihren Verbänden — Deutsche Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier und Deutscher Journalisten-Verband (DJV) — darum, das durchzusetzen, was in anderen Bereichen schon lange selbstverständlich ist: die 5-Tage- und 40-Stunden-Woche. Bisher beantwortete der Bund Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) diese Forderung mit einem starren Nein.

Begleitet war die 7. Verhandlungsrunde mit einer Reihe Warnstreiks. In über 20 Redaktionen, darunter bei der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, bei den beiden Bremer und Stuttgarter Zeitungen, bei der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ (WAZ) sowie beim „Südkurier“ in Konstanz legten die Redakteure bis zu drei Stunden die Arbeit nieder. Selbst die Journalisten kleinerer Organe wie den „Reutlinger Nachrichten“ beteiligten sich an den Kampfmaßnahmen. Das führte dazu, daß in Bremen, Stuttgart und im Bereich des WAZ-Konzerns die Zeitungen am 25. September nur mit reduziertem Umfang erschienen. In weiteren Redaktionen, beispielsweise bei der „Frankfurter Rundschau“, der „Saarbrücker Zeitung“ und beim „Kölner Stadtanzeiger“ gab es während der Arbeitszeit außerordentliche Betriebsversammlungen. Durch Flugblattaktionen in Nordrhein-Westfalen wurden die Beschäftigten in den Setzereien und Druckereien informiert und zur Solidarität aufgerufen.

Bereits während der 6. Verhandlungsrunde am 12. Juni hatte es Protestaktionen in zahlreichen Redaktionen gegeben. Von den BDZV-Vertretern waren sie damals als „traurige Begleitmusik“ abgetan worden. Am 24. September jedoch blieben die Kampfaktionen nicht ohne Wirkung. Während die BDZV-Vertreter noch am Morgen zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren, überraschten sie nach Bekanntwerden der Warnstreiks mit einem neuen Angebot. Es sieht u. a. vor: 30 Tage Urlaub für alle ab 1981, 150 DM Sonntagszuschlag ebenfalls ab nächstem Jahr; Urlaubsgeldnachschlag für 1980 von 150 bis 350 DM sowie 60 Prozent Urlaubsgeld ab 1981.

Diese Vorschläge entsprechen nicht in vollem Umfang den Forderungen von dju und DJV. Sie wurden von ihnen aber als verhandlungsfähig bezeichnet. Grundsätzlich erklärten sich die BDZV-Vertreter mit der 5-Tage-Woche einverstanden. Ein Fortschritt ist es, daß sie Bereitschaft zeigten, freie Tage tatsächlich zu gewähren und nicht — wie bisher — finanziell abzugelten. Sie bo-

ten auch dreimal im Kalendermonat zwei freie zusammenhängende Tage an. Diese sollten einmal einen Samstag und einen Sonntag und einmal einen Samstag oder Sonntag umfassen, sofern dies vom Redakteur gefordert wird. Ausgeschlossen von dieser Regelung sollen die Sportredakteure sein. Darüber hinaus machten die Verleger die Einschränkung, daß die „publizistischen Belange“ der Zeitungen berücksichtigt werden sollen.

Mit diesen Einschränkungen sind die Journalistenverbände nicht einverstanden. Sie verlangen nach wie vor viermal zwei freie zusammenhängende Ta-

Aktion Schichtdienst der DPG

Seit langem ist die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) darum bemüht, für die im Schichtdienst Beschäftigten Verbesserungen zu erreichen. Die Forderungen liegen auf dem Tisch und sind mehr als berechtigt. Hier seien nur die wichtigsten aus dem umfangreichen Forderungskatalog genannt:

1. die eineinhalbfache Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst;
2. mehr Urlaub;
3. Beibehaltung und Ausweitung der auf die Arbeitszeit anzurechnenden Pausen;
4. Verbesserung des Gesundheitsschutzes.

Begründet werden die Forderungen mit den negativen gesundheitlichen Auswirkungen auf die im Schichtdienst Beschäftigten. Zahlreiche medizinische Untersuchungen haben ergeben, daß die Folgen des Schichtdienstes erschreckend sind:

— 20 Prozent der Beschäftigten leiden unter Schlafstörungen, Appetitlosigkeit, Magen- und Darmbeschwerden sowie Überbeanspruchung;

— die durchschnittliche Krankenquote bei Schichtarbeit beträgt rund 30 Prozent;

ge im Monat, wovon mindestens zwei echte Wochenenden, also Samstag und Sonntag, zu sein hätten. Nach Meinung der dju müßten auch Sportredakteure Anspruch auf freie Wochenenden haben, und zwar mindestens einmal ein volles Wochenende (Samstag und Sonntag) sowie ein „Verlegerwochenende“ (Samstag oder Sonntag).

Hauptstreitpunkt ist jedoch die verlangte 40-Stunden-Woche für Journalisten an Tageszeitungen. Sie wurde auch in der 7. Verhandlungsrunde von den Verlegern abgelehnt. Dazu muß man wissen, daß zahlreiche Journalisten 50, 60 und mehr Stunden wöchentlich arbeiten. Die Philosophie der Verleger ist dabei, daß Redakteure „Arbeitnehmer besonderer Art“ seien.

In einer Erklärung verstieg sich sogar die BDZV zu der Behauptung, daß die Journalistenorganisationen den Redakteuren Arbeitszeitregelungen aufzwingen wollten. Die Warnstreiks und Aktionen am 12. Juni und 24. September bewiesen jedoch das Gegenteil. Für die erneute Verhandlungsrunde, zu der weitere Aktionen in den Redaktionen erwartet werden, da der „Durchbruch noch nicht geschafft“ ist, steht kein Termin fest. Der sozialpolitische Ausschuß der Verleger kommt Mitte Oktober zusammen. Erst dann sei ein neuer Termin zu erwarten. G. M.

— etwa 50 Prozent der Beschäftigten, die im Schichtdienst tätig sind, müssen vorzeitig in den Ruhestand gehen.

Wie reagiert die Bundespost (DBP) auf die offenkundigen Auswirkungen und die Forderungen der DPG in Sachen Schichtdienst? Ihr ist das Leben und die Gesundheit der Betroffenen scheinbar egal. Statt den Forderungen der Postgewerkschaft zu entsprechen, tut sie genau das Gegenteil. Die Verhandlungen werden hinausgezögert, Gegenmaßnahmen und weitere Verschlechterungen sind geplant und teilweise durchgesetzt. So soll z. B. die Anrechnung der 30-Minuten-Pause auf die Arbeitszeit künftig wegfallen, und durch die Wiedereinführung der anonymen Betriebsbeobachtung werden die Kontrolle und der Leistungsdruck verschärft.

Am 30. September endet die sogenannte „Friedenspflicht“. In den letzten Tagen und Wochen haben verstärkt Diskussionen unter den Schichtdienstleistenden und den Funktionären stattgefunden. Dabei wurde deutlich, daß viele von der Hinhaltetaktik der Post die Nase voll haben und ihren Forderungen durch Aktionen und verstärkte Aktivitäten mehr Nachdruck verleihen wollen. E. M.

IG Metall verlangt neue Entgelt-Differenzierung

Auf dem Forum 3, einem Vortragszyklus der IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart, sprach Franz Steinkühler zu Problemen einer neuen Entgeltdifferenzierung. Wer motiviert sein soll, Veränderungen der technologischen Entwicklung nicht nur zu bejahen, sondern von sich aus zu forcieren, meinte Steinkühler, dem müsse Sicherheit im sozialen Status zugestanden werden. Grundlage dazu könnte die vorgesehene neue Entgeltdifferenzierung mit folgenden Kernpunkten sein:

– gleiche Bedingungen für Arbeiter und Angestellte;

– Lohnsicherung und dynamischer Lohnausbau;

– Sicherung und Ausbau der erworbenen Qualifikation und deren Förderung.

Arbeitsbelastungen sollten künftig nicht mehr durch Geld, sondern auf andere Weise (Freizeitausgleich) abgegolten werden. Die Verdienstchance soll für Arbeiter und Angestellte bei vergleichbarer Tätigkeit und Leistung gleich sein.

IG Metall schließt bei 6,9 Prozent ab

Rückwirkend ab 1. Juli hat die IG Metall für die rund 80 000 im bayerischen Heizungs- und Lüftungsbau sowie im Spenglerhandwerk Beschäftigten Lohn- und Gehaltserhöhungen von 6,9 Prozent vereinbart. Um den gleichen Prozentsatz steigen auch die Ausbildungsvergütungen. Außerdem wurde eine stufenweise Verlängerung des Urlaubs bis 1985 auf sechs Wochen erreicht. Künftig dürfen in diesem Bereich über 55jährige, die länger als 25 Jahre dem Betrieb angehören, nicht mehr gekündigt werden.

HBV weist empfohlenen Gehaltsverzicht zurück

Als eine „unvertretbare Zumutung für alle Arbeitnehmer“ hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) die Empfehlung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft kritisiert, die Löhne und Gehälter 1981 nur um 2 bis 3 Prozent anzuheben. Vor den Mitgliedern der Hauptfachabteilungsvorstände Banken und Versicherungen bezeichnete der HBV-Vorsitzende Günter Volkmar am 25. September in Mönchengladbach diesen Vorschlag als „unsozialen Angriff auf den mühsam erarbeiteten Lebensstandard der Angestellten, Arbeiter und Beamten“. Auch

1981 käme es – angesichts der deutlich höheren Preissteigerungsrate – auf eine „aktive gewerkschaftliche Tarifpolitik“ an. Neben der Sicherung der Realeinkommen müsse eine angemessene Beteiligung der Beschäftigten an den Produktivitätssteigerungen durchgesetzt werden. Volkmar erinnerte daran, daß durch Lohnverzicht niemals zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen worden seien.

Neue Tarifverträge im Kalibergbau

Die IG Bergbau und Energie (IGBE) hat für die rund 10 000 Beschäftigten des Kali- und Steinsalzbergbaus neue Tarifverträge ausgehandelt. Danach erhöhen sich die Löhne und Gehälter um 7,1 Prozent, das Urlaubsgeld steigt von 150 auf 800 DM. Verbessert wurde auch die Nachtschichtzulage.

GEW will 40 Stunden gerichtlich einklagen

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) will die 40-Stunden-Woche für Lehrer gerichtlich durchsetzen. Sie hat alle Lehrerinnen und Lehrer aufgerufen, ihr Vertretungsvollmacht zu erteilen. Wie GEW-Vorsitzender Erich Frister erklärte, beträgt die durchschnittliche Lehrerarbeitszeit 48 Stunden in der Woche. Mit der Aktion soll erreicht werden, daß mehr Lehrer eingestellt und die Pflichtstundenzahlen gesenkt werden.

25 Prozent weniger in der Lohntüte

Wie die „Welt der Arbeit“ (11. September) meldet, hatten die Bauarbeiter in diesem Sommer durchschnittlich 25 Prozent weniger in ihrer Lohntüte. Dieses Ergebnis hat die IG Bau – Steine – Erden in einer in mehreren norddeutschen Städten durchgeführten Umfrage ermittelt. Der IGBSE-Landesverband Nordmark bezifferte den durchschnittlichen monatlichen Lohnausfall auf 578,68 DM.

Gewerkschaft Holz will 9,5 bis 10 Prozent

Fristgerecht zum 30. September hat die Gewerkschaft Holz und Kunststoff die Tarife für das Hamburger und Schleswig-Holsteiner Tischlerhandwerk gekündigt. Für die rund 10 000 in diesem Bereich Beschäftigten werden Tarifierhöhungen zwischen 9,5 und 10 Prozent gefordert.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

31. Dezember – 0,9 Mill.

Landwirtschaft ohne Rheinland-Pfalz und Saarland (189 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen, Saarland und Bayern (99 900); Holzverarbeitende Industrie in einigen Bereichen (136 600); Schlosser- und Schmiedehandwerk in Baden-Württemberg (43 300); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Westberlin (74 400); Seeschiffahrt- und Seehafenbetriebe (50 700).

31. Januar 1981 – 3,7 Mill.

Metallindustrie (einschl. VW) ohne Bayern; Schrott- und Heizungsindustrie mehrerer Bezirke (2,9 Mill.); Eisen- und Stahlindustrie (246 100); papier- und pappeverarbeitende Industrie ohne Südbaden (104 200); verschiedene Metallhandwerkszweige Bayern (78 300); Groß-, Brennstoff- und Kfz-Handel Hessen, Bayern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (127 200).

28. Februar – 4,8 Mill.

Öffentlicher Dienst (2,1 Mill.); Bundespost (200 800); Bundesbahn (161 400); privates Verkehrsgewerbe Niedersachsen (31 000); Metallindustrie und Gießereien Bayern (696 500); Großhandel Nordrhein-Westfalen und Bayern (460 000); privates Bankgewerbe und Sparkassen (412 000); Metallhandwerksbereiche in Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (162 400); Einzelhandel Hessen (101 900); Nahrungs- und Genussmittelindustrie verschiedene Bezirke (97 000).

31. März – 1,9 Mill.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, Saarland, Baden-Württemberg (534 700); privates Versicherungsgewerbe im Bundesgebiet und Westberlin (208 900); Großhandel in Baden-Württemberg und Westberlin (112 900); privates Verkehrsgewerbe in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg (161 500); Gebäudereinigungshandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Alzey-Worms und Mainz-Bingen (170 200); Druckindustrie im Bundesgebiet einschließlich Westberlin (127 400); Steine- und Erdenindustrie in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (62 000); Eisen- und Stahlindustrie im Saarland (31 900); Energieversorgung mehrerer Bereiche (36 900); Landschafts- und Erwerbsgartenbau im Bundesgebiet (77 000).

Reallöhne und Konjunktur

Wenn sich die Blätter an den Bäumen bunt färben, dann kommt nicht nur die Herbstzeit, sondern auch die „Prognosezeit“. Jedes Wirtschaftsforschungsinstitut, das etwas auf sich hält, berechnet – bis auf die Stelle hinter dem Komma genau –, wie das kommende Jahr in wirtschaftlicher Hinsicht sein wird. Allerdings ohne Gewähr. Fast ohne Ausnahme haben es sich bürgerliche Institute dabei zur Gewohnheit gemacht, die Lohnentwicklung in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen, allerdings in einer höchst einseitigen Weise. Ein Musterbeispiel dafür bieten die im September veröffentlichten Prognosen des Kieler „Instituts für Weltwirtschaft“ (IfW) und des „Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung“ (RWI), beide Rechtsaußen in der Versammlung der Institute.

Das Kieler Institut stellt lapidar fest: „Die Abschlüsse in den Lohnrunden 1980 mit 6,5 bis 7 Prozent haben sich als zu hoch erwiesen.“ „Beschäftigungspolitisch vernünftig“ seien 1981 daher Lohnerhöhungen zwischen 2 und 3 Prozent, so daß „1981 die Reallöhne leicht sinken“ würden. Tatsächlich sinken sie schon im laufenden Jahr, berücksichtigt man die Steuerprogression. (Was das IfW nicht tut!) Das RWI stellt ebenfalls fest, daß sich die Löhne 1981 „in dem von der Geldpolitik abgesteckten Rahmen“ halten müssen. Für das Institut heißt das, daß sie keineswegs stärker als um 3,5 Prozent steigen sollen. „Sollte die Lohnpolitik die Beschäftigung fördern wollen, müßten die Abschlüsse sogar noch darunter bleiben.“

Es ist dem Leser klar, daß diese „Prognosen“ einzig und allein Schützenhilfe für die Unternehmer in den kommenden Tarifaueinandersetzungen sein sollen. Die Lohnrunde wird frühzeitig vorbereitet! Den Behauptungen der Institute soll hier nicht die Tatsache entgegengehalten werden, daß die beginnende Rezession eindeutig von der Schwäche des privaten Verbrauchs geprägt ist, während Gewinne und Investitionen sich noch immer günstig entwickeln. Für sie sind – ebenso wie für die Unternehmer – die Löhne und Gehälter immer zu hoch.

Noch klarer ist der Zusammenhang zwischen Reallöhnen und Konjunktur in den USA sichtbar geworden, wo die Krise schon weiter fortgeschritten ist. Diese Tatsache ist immerhin von einem der großen Institute, dem Westberliner „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ (DIW) registriert worden. Das DIW gesteht ein: „Am stärksten sind nämlich die Reallöhne schon seit Beginn des letzten Jahres

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

	Juli 1980	Veränderung in v. H. gegenüber Juni 1980	Juli 1979
Produktion ¹⁾	108,9	– 16,4	– 3,5
Auftragseingänge ²⁾	115,9	– 2,1	+ 2,8

¹⁾ Index 1970 = 100

²⁾ Index 1976 = 100, nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt lt. FAZ v. 16. 9. 1980)

2. Löhne und Gehälter

	2. Vierteljahr 1980 in v. H. 2. Vierteljahr 1979
Tariflöhne und -gehälter ¹⁾	+ 6,7
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+ 7,6
Nettolohn- und -gehaltssumme	+ 5,1
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	+ 4,2

¹⁾ Auf Monatsbasis

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 35/80, S. 369)

3. Preise

	August 1980	Veränderung in v. H. gegenüber Juli 1980	August 1979
Lebenshaltung ¹⁾	117,7	+ 0,1	+ 5,5
Industriepreise ¹⁾	117,6	0,0	+ 7,0
Landw. Erzeugerpreise ²⁾	140,6	– 0,4	+ 1,7
Großhandelspreise ¹⁾	116,6	– 1,0	+ 6,7
Importpreise ²⁾	192,1	– 0,2	+ 13,0
Exportpreise ²⁾	163,4	+ 0,2	+ 6,4

¹⁾ Index 1976 = 100

²⁾ Index 1970 = 100, Juliwerte

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Presseberichte)

4. Arbeitsmarkt (in 1000 Personen)

	August 1980	Veränderung in 1000 gegenüber Juli 1980	August 1979
Arbeitslose	865	+ 12	+ 66
Kurzarbeiter	43	– 42	+ 20
Offene Stellen	324	– 11	– 15

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

5. Konkurse

	1. Halbjahr 1980	1. Halbjahr 1979
Konkurse und Vergleichsverfahren	4 443	4 184

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

6. Einzelhandelsumsätze

	1. Vierteljahr 1980 ¹⁾	2. Vierteljahr 1980 ¹⁾
Nominal	+ 9,5	+ 0,9
Real	+ 3,7	– 4,5

¹⁾ Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr

in den USA gesunken. Obwohl sich die Unternehmen weiterhin in einer günstigen Gewinnlage befanden, führte dies aber keineswegs zu einer Investitionsbelebung, da sich die Absatzwartungen verschlechterten.“ Inzwischen nähert sich die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik in dieser Beziehung dem Beispiel der USA: bei günstiger Gewinnsituation sinken die Reallöhne, verschlechtern sich die Absatzmöglichkeiten von der Seite des Konsums her.

Man darf neugierig sein, ob das DIW seine am Beispiel der USA gewonnenen Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen Reallöhnen und Konjunktur auch in der Bundesrepublik, in der Diskussion im Gefolge der bevorstehenden Tarifrunden, anzuwenden bereit ist. Unter den gegenwärtigen Bedingungen müßte es dann nämlich zu dem Schluß kommen, daß kräftige Lohnerhöhungen auch konjunkturpolitisch und beschäftigungspolitisch notwendig sind.

J. G.

Wachsendes Selbstvertrauen der IG-Metall-Mitglieder

Ursprünglich war von vielen vermutet worden, daß der 13. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall, der vom 21. bis 27. September 1980 im Westberliner Internationalen Congress Centrum (ICC) stattfand und unter dem Motto stand: „Einheitsgewerkschaft – Solidarisches Handeln – Soziale Gegenmacht“, ein ruhiger Kongreß werden würde. Sie irrten. Sowohl zu den Geschäftsberichten als auch zu den Anträgen gab es heiße, zugleich aber sachliche und faire Debatten. Insgesamt 329mal wurde in der Diskussion das Wort ergriffen. Entschieden wurde über rund 1200 Anträge und Entschlüsse.

Mit 566 Delegierten waren 20 Delegierte mehr nach Westberlin gekommen als drei Jahre zuvor nach Düsseldorf. 465 (1977 433) kamen aus den Betrieben, und 101 (113) waren bei der IG Metall beschäftigt. 337 (301) waren arbeitslosenversicherungspflichtig. Nur 50 (63) Delegierte waren Frauen. Das Durchschnittsalter betrug 46,4 (45,5) Jahre, und der Durchschnittsbeitrag stieg auf 42,10 DM (36,34 DM).

Schon in seiner Begrüßungsrede griff Hans Mayr, der 2. Vorsitzende der IG Metall, das Motto des Gewerkschaftstages positiv auf und stellte fest, daß die Gewerkschaften jedem offenstünden, „der sich zu ihnen bekennt und den Vorrang ihrer Beschlüsse und ihrer Satzung anerkennt“. Ein eigenartiges Verständnis über den Charakter der Einheitsgewerkschaft hatte Helmut Wagner, der sich zur christlich-sozialen Richtung bekannte. Er kritisierte, daß nur 11 Delegierte aus den Reihen der christlich-sozialen Kollegen kämen, davon allein 8 aus dem Bezirk Hagen. Wagner akzeptierte nicht das Votum der Mitglieder. Ihm und seinen Freunden schwebt offensichtlich eine Fraktionierung der Gewerkschaft vor. Sie würde dann als Einheitsgewerkschaft nur noch dem Namen nach fortbestehen, wenn Funktionen nach einem Proportional verteilt würden, dem die Stimmen der Parteien bei den Bundestags- und Landtagswahlen zugrunde lägen.

Bezugnehmend auf die von Gewerkschaftsgegnern immer wieder beschworene angebliche kommunistische Unterwanderung, appellierte Rolf Knecht an alle im DGB, miteinander mit mehr Toleranz umzugehen. Jedem müsse zugestanden werden, daß er lernfähig und bereit sei, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Jede Strömung, die in der Einheitsgewerkschaft wirke, müsse sich dem Gemeinsamen verbunden fühlen. Die Gewerkschaften seien kein Parteiersatz und dürften auch nicht Transmissionsriemen einer Partei sein. Daran müßten sich aber alle halten. In seinem Schlußwort betonte Eugen Loderer, 1. Vorsitzender der IG Metall, daß es in der IG Metall und im DGB keine Kommunistenhatz gäbe.

Dies müsse mit aller Deutlichkeit festgestellt werden. „In unseren Reihen“, fuhr er fort, „zählt der gemeinsame Kampf für die Verwirklichung gemeinsamer Ziele.“ Im Antrag 31 wird diese Haltung ausdrücklich bestätigt.

Entspannung und Abrüstung

Eine hochinteressante Diskussion entspann sich um den Inhalt der Entschlüsse 3 „Entspannung und Abrüstung“. Mehreren Delegierten war sie zu einseitig gegen die Politik der Sowjetunion gerichtet. „Sollten etwa die Verantwortlichen von Hiroshima, Korea, Vietnam“, fragte Erich Fieberling, „die skrupellosen Anwender von Napalm, Giftgas, Bakterien und Splitterbomben – im übrigen sind das alles amerikanischen Entwicklungen – etwa zu entspannungshungrigen Friedensengeln gereift sein?“ Er warnte vor einer gefährlichen Schwarzweißmalerei. Zwei Ergänzungsanträge sollten der Einseitigkeit entgegenwirken. In dem einen wurde der Beschluß des NATO-Rates zur Bestückung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen verurteilt und in dem anderen die neuesten Rüstungstechnologischen Entwicklungen in den USA, die die Führung eines begrenzten Atomkrieges ermöglichen würden. Engagiert wandte sich Eugen Loderer gegen das Ansinnen, den NATO-Raketenbeschluß zu verurteilen, denn dann hätte die IG Metall eine völlig konträre Position zu dem, was auf dem SPD-Parteitag im Dezember vorigen Jahres beschlossen worden sei. Er appellierte an den Gewerkschaftstag, die beiden Ergänzungsanträge abzulehnen. Dieser folgte jedoch nicht Eugen Loderer, nachdem auch Georg Benz für deren Annahme plädiert hatte, sondern nahm die Ergänzungsanträge mit überwältigender Mehrheit bzw. bei nur wenigen Gegenstimmen an.

Absoluter Höhepunkt des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages war unbestritten der Inhalt der tarifpolitischen Diskussion. Helmut Buck kritisierte, daß

in der letzten Tarifrunde die kämpferischen Möglichkeiten nur teilweise und die tatsächlich vorhandene Kraft nur unzulänglich eingesetzt worden seien. Er hielt es für bedenklich, daß die Ortsverwaltungen und Vertreterversammlungen teilweise nur noch als Statisten zugelassen seien und die Tarifkommissionen zu Akklamationsmaschinen abgewertet würden. Auch Richard Heller und Peter Korytowski kritisierten, daß der Herzschlag der Basis ungenügend gehört worden sei.

Die vom Vorstand vorgelegte und von der Antragskommission zur Annahme empfohlene Entschließung 12 „Tarifpolitik“ wurde durch mehrere Ergänzungsanträge nicht unwesentlich verändert. So ist jetzt verbindlich festgelegt, daß die Mitglieder und Funktionäre in den Meinungsprozeß einbezogen werden müssen, und zwar vom Aufstellen der Forderungen bis hin zum Abschluß. Zur Durchsetzung der Forderungen sei eine breite Information und Diskussion über die einzelnen Phasen der Verhandlungen unerlässlich. Aufgenommen wurde wieder das Bekenntnis zur aktiven Tarifpolitik. Aufgestellte Forderungen müßten bei den Mitgliedern tragfähig sein.

Breit diskutiert wurde auch die Forderung nach Anhebung der unteren Lohngruppen. Die Antragskommission wollte ursprünglich einen Ergänzungsantrag ablehnen, der vorsah, die untersten Tarifgruppen zu streichen und die anderen Lohn- und Gehaltssätze verstärkt anzuheben. Der Verlauf der Diskussion bewog die Tarifkommission, einen Kompromiß vorzulegen, der nunmehr vorsieht, die Entgeltrelationen zu ändern, „z. B. durch Beseitigung unterer Tarifgruppen, verstärkte Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltssätze“.

Entgegen der Empfehlung der Antragskommission nahm der Gewerkschaftstag den Antrag 898 an. In ihm wird der Vorstand aufgefordert, künftig zu vermeiden, in der Phase der konkreten Meinungsbildung der Tarifkommission öffentlich eine Höchstgrenze festzulegen.

Grundfragen der innergewerkschaftlichen Demokratie wurden dann noch einmal bei den Anträgen 907 bis 909 aufgeworfen. Diese sahen vor, daß, falls der Vorstand beabsichtige, ein regional vorliegendes Verhandlungsergebnis auch in andere Tarifgebiete zur Übernahme zu empfehlen, vor der Absichtserklärung gegenüber den Unternehmern und der Öffentlichkeit die Beschlußfassung der betreffenden regionalen Tarifkommissionen einholen müsse. Mit 304 zu 247 Stimmen wurde dem Antragsbegehren nicht entsprochen.

Jedoch der Inhalt der Diskussion setzte Zeichen. Horst Klaus, selbst ein Gegner der Form des Antrags 909, meinte, daß der Vorstand ein Klub von politischen Selbstmördern sein müsse, wenn er nach dieser Diskussion in künftigen Tarifbewegungen leichtfertig über das

hinweggehen würde, was in einzelnen Bezirken an bestimmten Abschlüssen problematisch gesehen werde. Der Stuttgarter Bezirksleiter Franz Steinkühler verdeutlichte, um was es inhaltlich geht: um die Stärke der IG Metall. Er fragte, was denn die IG Metall stark mache. Seine Antwort: Die IG Metall sei nicht allein durch ihre 2,7 Millionen

Wahlergebnisse

zum geschäftsführenden Vorstand (Ergebnisse von 1977 in Klammern)

Wahlberechtigte	
Delegierte	566 (464)
1. Vorsitzender	
Eugen Loderer	495 (464)
2. Vorsitzender	
Hans Mayr	489 (445)
Hauptkassierer	
Norbert Fischer	471 (462)
Weitere 8 geschäftsführende Vorstandsmitglieder	
Georg Benz	475 (450)
Hans Preiss	475 (449)
Rudolf Judith	459 (408)
Lutz Dieckerhoff	454 (362)
Hans Janßen	387 (344)
Ursula Ibler	382 (400)
Karl-Heinz Janzen	372 (405)
Ferdinand Koob	357 (451)

Mitglieder stark, dies sei Größe. Auch die relativ ordentlichen Beitragseinnahmen seien allein noch keine Stärke. „Stärke der Arbeiterbewegung“, so rief der IG-Metaller unter dem Beifall des Gewerkschaftstages aus, „ist es, immer und überall dafür zu sorgen, einen möglichst hohen Identifikationsgrad der Mitgliedschaft mit den Zielen der Organisation zu erreichen. Die Stärke der Arbeiterbewegung ist es, die Voraussetzungen zur Kampffähigkeit zu schaffen. Arbeiter und Angestellte haben nun einmal ein Hirn und ein Herz. Beides muß aus Überzeugung bei der Sache sein.“

Das Grundsatzreferat des Vorsitzenden der IG Metall, Eugen Loderer, werden wir später noch gesondert ausführlich werten. Ihm liegt eine Sicht zugrunde, die in der IG Metall bisher so nicht vorhanden war. Feststellungen wie „wir haben kulturell keine Klassengesellschaft mehr“, „das Letztentscheidungsrecht des Unternehmens soll unangestastet bleiben“ wie auch die Aufforderung an die Unternehmer, sich einem „Verhaltenskodex“ zu unterwerfen, sind außerordentlich problematisch. In der nächsten Ausgabe werden wir wichtige Ergebnisse des 13. ordentlichen Gewerkschaftstages ausführlich dokumentieren.

Heinz Schäfer

„Ich warne vor der Wiederbelebung des politischen Richtungskampfes“

Gespräch mit August Locherer

Er ist geistig frisch wie einer, der mitten in der Arbeit steht. Doch er ist schon seit vielen Jahren Rentner. Das wiederum gibt ihm Zeit, sich gründlich mit allen politischen Vorgängen, nah und fern, zu beschäftigen, vor allem auch mit Gewerkschaftspolitik. Er – das ist August Locherer, Jahrgang 1902, Gewerkschafter und Kommunist von Jugend an und bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit in einer Person Vorsitzender und Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Mannheim der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten.

August Locherer ist quasi die personifizierte kommunistische Tradition in der deutschen Gewerkschaftsbewegung; natürlich nur einer von vielen, die sie verkörpern. Und eigentlich brauchte man gar nicht darüber zu reden, so selbstverständlich ist das seit Marx und Engels, daß es diese Strömung in der Gewerkschaftsbewegung gibt. Das war bis vor kurzem auch unbestritten. Aber neuerdings wird diese Tatsache von einigen wenigen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften glatt geleugnet – sehr zum Schaden der Einheitsgewerkschaft.

„Wir haben doch nach 1945 beim Neuaufbau der Gewerkschaften ganz bewußt das Prinzip der Einheitsgewerkschaft gewählt und verwirklicht“, sagt August Locherer. „Das fiel doch nicht vom Himmel und war auch kein Zufall wie beim Lotteriegewinn. Vorausgegangen war die Erfahrung, daß die nach Richtungen gesplittete Gewerkschaftsbewegung der Weimarer Republik im entscheidenden Augenblick nicht die Kraft aufgebracht hatte und wegen der Spaltung auch nicht aufbringen konnte, den Faschisten 1933 wirksam Paroli zu bieten, wie etwa 1920 beim Kapp-Putsch.“ Erst in den Gefängnissen und Konzentrationslagern hätten die Überlebenden die Lehre daraus gezogen und sich geschworen: Nie wieder Spaltung!

Locherer wurde selbst gleich im Mai 1933, als die Faschisten die Gewerkschaften zerschlugen, aus der Arbeitsstelle in einem Mühlenbetrieb, wo er als Gewerkschafter bekannt war, entlassen. Es folgten abwechselnd Gestapohaft, Arbeitslosigkeit und Zuchthaus: 1943 schließlich noch Verpflichtung zum Militär. Nach Heimkehr aus der Gefangenschaft Anfang 1947 trat Locherer in die Gewerkschaft der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter ein, die damals gerade auf örtlicher und Landesebene aufgebaut wurde. Später, auf dem 1. Gewerkschaftstag 1949, erfolgte der Zusammenschluß zu einer einheitlichen Organisation für alle drei westlichen Besatzungszonen unter dem heutigen Namen Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten.

Schon bald wurde August Locherer, der immer auch als Kommunist bekannt war, zum stellvertretenden NGG-Vorsitzenden der Verwaltungsstelle Mannheim gewählt, später dann zum Vorsitzenden. Er war auch Mitglied des ehrenamtlichen Landesvorstandes von Baden-Württemberg. Seine Funktionärs-tätigkeit in dieser Gewerkschaft und ihren Vorläufern reicht bis 1926 zurück. Damals nahm er im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter, dessen Mitglied er 1920 wurde, eine ehrenamtliche Tätigkeit auf. Später erfolgte die Umbenennung in Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter (Locherer war darin ehrenamtlicher Beisitzer im Zentralvorstand) und dann im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Einen ähnlichen Weg wie Locherer machten viele andere kommunistische Gewerkschafter.

Locherer sieht in dem Versuch einiger sozialdemokratischer Spitzenfunktionäre in der Deutschen Postgewerkschaft und in der Gewerkschaft NGG, ein Funktionsverbot für DKP-Mitglieder durchzusetzen, einen „gefährlichen Rückfall in die parteipolitischen Richtungskämpfe in den Gewerkschaften vor 1933“ und unzulässiges „Hineintragen von Parteipolitik in die Gewerkschaften“. Diese Funktionäre würden die Gewerkschaft mit ihrer Partei verwechseln. Denn die Beschlüsse des SPD-Parteivorstandes über die Abgrenzung von der DKP „haben in den Gewerkschaften nichts zu suchen“.

Im übrigen habe man in der deutschen Gewerkschaftsbewegung über kommunistische Politik viel länger diskutiert als über sozialdemokratische, denn nicht der Reformismus, sondern der Marxismus habe am Anfang gestanden. Folglich hätten die Kommunisten auch die längere Tradition in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. „Aber darauf kommt es heute nicht an, sondern darauf – und diesen Rat gebe ich aus jahrzehntelanger wechselhafter Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit –, daß alle Richtungen fest zusammenstehen und sich die Einheitsgewerkschaft nicht kaputt machen lassen.“

Gerd Siebert

HBV nach ihrem Gewerkschaftstag: stärker, einiger, selbstbewußter

„HBV im DGB: Erfolgreich — konsequent — stärker.“ Das war das Motto des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) vom 14. bis 19. September in Wiesbadens Rhein-Main-Halle. Ein großes Arbeitspensum hatten die 289 Delegierten zu bewältigen. Ihnen lagen 554 Anträge und Entschlüsse sowie zahlreiche Initiativanträge zu aktuellen politischen Themen zur Beratung und Beschlußfassung vor. Darüber hinaus hatte der Gewerkschaftstag die Aufgabe, eine neue Führungsmannschaft zu wählen. Bis auf den 2. Vorsitzenden Günter Volkmar stand keiner der bisherigen geschäftsführenden Hauptvorstandsmitglieder auf der Kandidatenliste.

Ohne Zweifel zählt die HBV zu den erfolgreichsten Gewerkschaften im DGB. Das zeigt die Bilanz. In zehn Jahren verdoppelte sich ihre Mitgliederzahl. Und von 1976 bis Mitte 1980 betrug der Nettozugang an Mitgliedern über 87 000. Heute nimmt die HBV mit 345 000 in ihren Reihen Organisierten einen guten Mittelplatz innerhalb der 17 DGB-Gewerkschaften ein. Auch die Ergebnisse der letzten Tarifrunden, oft erkrankt, können sich im Vergleich zu anderen Gewerkschaften sehen lassen. Dennoch sei, so der mit überwältigender Mehrheit zum 1. Vorsitzenden gewählte Günter Volkmar, zur Selbstzufriedenheit kein Anlaß. Als Herausforderung bezeichne er die gesunkene Lohnquote. Sie müsse mit „erhöhter Kraftanstrengung bewältigt“ werden. Als eine der Aufgaben für die 80er Jahre nannte Volkmar die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche.

Drei große Komplexe beherrschten insbesondere den Gewerkschaftstag. Neben Fragen der Tarifpolitik, der Rationalisierung, der Bildung und der Diskussion zum DGB-Grundsatzprogramm (dazu wird in der Nr. 11/80 ein gesonderter Artikel erscheinen) ging es darum, die Angriffe auf die HBV abzuwehren. Bereits im Vorfeld waren Kübel von Schmutz auf diese Gewerkschaft ausgeschüttet und — um mit Heinz Oskar Vetter zu sprechen — „einige Übungswürfe für die Meisterschaft im Dreckschleudern erprobt“ worden. Von „kommunistischer Unterwanderung“, „innerer Zerrissenheit“ und „Zerfallschritten in Richtungskämpfen“ war die Rede. Fleißig mitgemischt hatten dabei Löwenthals ZDF-Magazin und ähnlich gelagerte Blätter. Mit solchen Diffamierungen, so der scheidende 1. Vorsitzende Viethier, sollte nicht nur die HBV getroffen werden, sondern alle DGB-Gewerkschaften.

Auch Günter Volkmar rückte einiges zurecht. In seinem mündlichen Geschäftsbericht erklärte er, wenn Mitglieder der DKP zugleich der HBV angehören, so entspreche das der Be-

schlußlage nicht nur von HBV, sondern aller DGB-Gewerkschaften. Zuvor hatte DGB-Vorsitzender Vetter mit denen abgerechnet, die der Einheitsgewerkschaft Lehren erteilen wollten, aber diese „bestenfalls aus ihren eigenen Magazinen“ kennen. Die Einheitsgewerkschaft sei in einem „sehr schmerzhaften Prozeß“ erreicht worden. Viele Gewerkschafter aller Richtungen hätten während der Nazizeit „ihr Leben für ihre unbeugsame Überzeugung gegeben, und — das sage ich ohne Rangfolge — denn im Opfertod sind alle gleich: Sozialdemokraten, Liberale, Kommunisten und Christen“.

Wahlergebnisse

	Ab- gegebene Stimmen	Ja- Stimmen
Günter Volkmar	288	252
Dieter Steinborn	288	249
Lorenz Schwegler	288	241
Christian Götz	288	205
Elfriede Hoffmann	286	187
Hanshorst Viehof	288	205

Die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft standen auch bei der Diskussion des Gewerkschaftstages ganz oben. Ingrid Schuster, die auch Mitglied des DKP-Parteivorstandes ist und aus diesem Grunde vom ZDF-Löwenthal und anderen obskuren Journalisten besonders angegriffen, erhielt starken Beifall, als sie erklärte: „Es gibt keine sozialdemokratische oder kommunistische Arbeitszeitverkürzung und keine christliche Entlassung.“ Übrigens erwiesen sich die Angriffe von Löwenthal und Konsorten als ein Schlag ins Leere: Ingrid Schuster wurde erneut in den ehrenamtlichen Hauptvorstand gewählt. Sie erhielt 205 der 289 abgegebenen Stimmen. Den Grundsätzen der Einheitsgewerkschaft trägt auch der mit überwältigender Mehrheit beschlossene Initiativantrag 1 Rechnung (siehe Einhefter).

Neben der Verteidigung der Einheitsgewerkschaft standen bei der Antragsberatung Fragen des Friedens, der Abrüstung und der Entspannung, wozu es keine Alternative gebe. Im Mittelpunkt gefordert wird in diesem Zusammenhang die Zurücknahme der NATO-Raketenbeschlüsse. Vom Hauptvorstand wird verlangt, daß er Aktivitäten zum Antikriegstag und zum 8. Mai unterstützt. Eng damit verbunden ist das Verlangen nach Auflösung sämtlicher SS-Nachfolge- und -Traditionsverbände. Darüber hinaus wird der Börsenverein des Deutschen Buchhandels aufgefordert, „allen Verlagen, die neofaschistisches Schrifttum verbreiten, die Teilnahme an der Frankfurter Buchmesse generell zu verweigern“.

Kritik übten die Delegierten auch an dem Aussperrungsurteil des Bundesarbeitsgerichts. Sie bekräftigten die Forderung nach vollständigem Verbot dieses Willkürmittels der Unternehmer. Attakiert wird in den Beschlüssen auch die Bespitzelung von Betriebs-, Personalräten und Jugendvertretern und die Löschung der gespeicherten Daten verlangt. In weiteren Beschlüssen werden die Berufsverbote abgelehnt und sich für die Streichung des Ministerpräsidentenerlasses eingesetzt.

Was die Tarifpolitik betrifft, so gibt es dazu im Leitantrag 252 einen ganzen Forderungskatalog. U. a. wird als Aufgabe gestellt: die ständige Anhebung des Lebensstandards, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, Sicherung der Arbeitsplätze, 6 Wochen Urlaub für alle sowie die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Besonders nahm sich auch der 10. ordentliche Gewerkschaftstag des Mangels an Ausbildungsplätzen an. Festgestellt wird im beschlossenen Antrag 285, daß sich „trotz anderslautender Behauptungen der politisch Verantwortlichen und der Unternehmer“ seit Jahren an der Ausbildungssituation nichts Wesentliches geändert habe. Ausgehend von dieser Erkenntnis wird eine Reihe von Forderungen entwickelt, auf die wir in späteren Artikeln zurückkommen werden.

Die HBV wird nun mit ihrer neuen Führungsmannschaft — in den geschäftsführenden Hauptvorstand gewählt wurden Günter Volkmar (1. Vorsitzender), Dieter Steinborn (2. Vorsitzender), Lorenz Schwegler, Christian Götz, Elfriede Hoffmann, zugleich auch Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, und Hanshorst Viehof, Mitglied des CDA-Bundesvorstands — dafür zu sorgen haben, daß die Beschlüsse des Gewerkschaftstages auch umgesetzt werden. Sovielest sicher, darauf wies auch Günter Volkmar in seinem Schlußwort hin, daß der Gewerkschaftstag „in der Geschichte unserer Organisation von besonderer Bedeutung sein wird“. Gisela Mayer

An die Arbeit

HBV ist gestärkt aus dem Gewerkschaftstag hervorgegangen. Ihre Gegner — von den Herren der Bank-, Versicherungs- und Handelskonzerne bis zu ZDF-Löwenthal sowie der DAG — haben die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Weder gab es ein Bild der Zerrissenheit noch des Gegeneinanders. Vielmehr triumphtierte der Gedanke der autonomen Einheitsgewerkschaft auf der Grundlage einer konsequenten Interessenvertretung bei gleichzeitiger Absage an die Sozialpartnerschaft.

Jetzt wird es darum gehen, wie Günter Volkmar sagte, die Beschlüsse und Entscheidungen des Gewerkschaftstages „in praktische Politik umzusetzen“. Es muß hart gearbeitet werden, damit beispielsweise die Verkäuferinnen im Einzelhandel nicht mehr länger am Ende der Gehaltsskala stehen. Um das zu erreichen, wird viel davon abhängen, wie es der HBV gelingt, die Mitgliedschaft zu mobilisieren, um beim Organisationsgrad das Niveau der Industriegewerkschaften zu erreichen. Wenn die Zuwachsraten der letzten Jahre auch künftig gehalten werden, könnte HBV in den 80er Jahren nach IG Metall und ÖTV drittstärkste Gewerkschaft werden.

Bei der künftigen Arbeit wird auch das Verhältnis zu den Parteien eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Für diese Beziehungen haben die Delegierten mit dem Initiativantrag 1 den Führungsgremien einen klaren Auftrag erteilt. Einerseits ist die Einheitsgewerkschaft „weder dritter Koalitionspartner noch Hilfstruppe der Opposition, weder Ersatzpartei noch Transmissionsriemen irgendeiner politischen Organisation“; andererseits will HBV ihr Verhältnis zu den Parteien weiter aufarbeiten, um Möglichkeiten einer verbesserten Zusammenarbeit oder Ursachen von Störungen aufzuzeigen.

Volkmar führte aus, daß sich diese Untersuchungen auf SPD, CDU/CSU, FDP, DKP und die Grünen erstrecken werden. Zu diesen Diskussionen mit den Parteien, die vom Grundsatz der gegenseitigen Toleranz getragen werden sollen, sagte Volkmar im Hinblick auf die DKP: „Genauso wie bei jeder anderen parteipolitischen Richtung werden wir uns intensiv mit der DKP beschäftigen, ohne Hektik und nicht unter Trommelfeuer von außen. Hier wird nichts unter den Teppich gekehrt, nichts beschönigt, aber auch nichts zum Zerrbild aufgebauscht oder zur Karikatur verzerrt.“ Diese sachliche Atmosphäre ist eine der Voraussetzungen dafür, daß es den Gegnern der Einheitsgewerkschaften erschwert wird, mittels des Antikommunismus Spaltungstendenzen in die Gewerkschaften hineinzutragen und ihre Kampfkraft zu schwächen. W. P.

HBV und IG Metall solidarisch mit angeklagten Gewerkschaftern

Ende dieses Jahres, spätestens aber im Frühjahr 1981, sollen die drei Funktionäre der IG Druck und Papier in Hessen, Manfred Balder (2. Landesbezirksvorsitzender), Hans-Georg Fritz (Bezirksvorsitzender Frankfurt) und Heinz-Werner Wurstius (Bezirkssekretär), vor Gericht gestellt werden. Aufgrund einer Strafanzeige sind sie vom Darmstädter Landgericht wegen Hausfriedensbruch und Nötigung angeklagt. Der in der Nachkriegszeit wohl einmalige Vorgang hat folgenden Hintergrund:

Im Dezember 1978 wurden 3000 Drucker und Setzer der Londoner „Times“ ausgesperrt. Sie waren nicht damit einverstanden, daß neue Techniken ausschließlich gewinnorientiert zu ihren Ungunsten eingesetzt würden. Zahlreiche Verhandlungen scheiterten. Im April 1979 wurde bekannt, daß die „Times“ in der türkischen TER-Druckerei in Zeppelinheim bei Frankfurt hergestellt werden soll. Über die Internationale Graphische Föderation rief damals die britische Drucker- und Setzergewerkschaft National Graphic Association (NGA) die IG Druck und Papier zur Unterstützung auf.

Zusammen mit Mitgliedern anderer Gewerkschaften, darunter auch zahlreichen türkischen Kollegen, wurde in einer friedlichen Demonstration der ge-

„Times“-Management letzten Endes dazu zwingen nachzugeben und die Aussperrung aufzuheben, folgte eine Verleumdungskampagne ohnegleichen, angeheizt von den Unternehmerverbänden. Damit wurde die Absicht verfolgt, Solidarität und gewerkschaftliche Gegenwehr zu kriminalisieren und letzten Endes unmöglich zu machen. Damit hat sich, so stellt die IG Druck und Papier fest, das Gerede von der Sozialpartnerschaft als Farce entlarvt. Diesen „Fehltritt“ würden die Gewerkschaften nicht vergessen.

Die IG Druck und Papier hat nun zur Solidarität mit ihren angeklagten Funktionären aufgerufen und erklärt, alles zu tun, damit „uns nicht durch die juristische Hintertür Fesseln angelegt werden, die nicht nur die IG Druck und Papier, sondern letztlich die gesamte Gewerkschaftsbewegung und ihre Handlungsfähigkeit einschnüren“. Das Streik- und Demonstrationsrecht sowie das Recht auf gewerkschaftliche Aktionen müßten als wesentliche Bestandteile gewerkschaftlicher Handlungs- und Betätigungsfreiheit unangetastet bleiben und dürften nicht als „strafbares Delikt“ diffamiert werden.

Der Aufruf zur Solidarität mit Manfred Balder, Hans-Georg Fritz und Heinz-Werner Wurstius hat ein großes Echo gefunden. Einstimmig verabschiedete der vom 14. bis 19. September in Wiesbaden stattgefundene 10. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen eine Entschlüsse. Die HBV-Mitglieder werden aufgerufen, sich an den Protestveranstaltungen der IG Druck und Papier „gegen den Justizskandal“ zu beteiligen. Als Zeichen ihrer solidarischen Verbundenheit spendeten die Delegierten spontan 4700 DM.

Einen ähnlichen Tenor hat auch ein Initiativantrag, der vom IG-Metall-Gewerkschaftstag (21. bis 27. September in Westberlin) beschlossen wurde. Im Namen von 2,7 Millionen gewerkschaftlich organisierter Metallarbeiter wird das Landgericht Darmstadt aufgefordert, das Verfahren einzustellen. G. M.

Fakten kontra Behauptungen

Mit dem Titel „Solidarität gegen Kriminalisierung — Unternehmerangriffe gegen Gewerkschaftsrechte“ hat der Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier Hessen eine Dokumentation über den Ablauf der Ereignisse zur Verhinderung des „Times-Druck“ herausgegeben. Gegen einen Solidaritätsbeitrag von mindestens 3,- DM kann diese vom Landesbezirksvorstand der IG Druck und Papier, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, 6000 Frankfurt, bezogen werden.

plante Streikbruch verhindert. Zwei Hundertschaften Polizei, die in Bereitschaft standen, sahen keinen Anlaß einzugreifen. Die erfolgreiche Abwehr des Streikbruchs machte Schule. Erneute Versuche, die Zeitung in Portugal drucken zu lassen, scheiterten mit Hinweis auf das Beispiel Zeppelinheim.

Nach der erfolgreich verlaufenen friedlichen Demonstration, die das

HBV will Benachteiligungen der Verkäuferinnen beseitigen

Interview mit Dieter Steinborn, 2. Vorsitzender der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen

Seit dem 10. Gewerkschaftstag, der vom 14. bis 20. September in Wiesbaden stattfand, hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) auch einen neuen 2. Vorsitzenden. Es ist Dieter Steinborn, bis dato HBV-Landesbezirksvorsitzender in Niedersachsen/Bremen. Der gelernte Einzelhandelskaufmann kennt die Probleme der im Bereich des Handels Beschäftigten aus eigenen Erfahrungen. Auf dem Gewerkschaftstag beantwortete er unserer Redakteurin Gisela Mayer dazu einige Fragen.

NACHRICHTEN: Ihr Geschäftsbereich wird u. a. der Handel sein. Es ist hinreichend bekannt, daß besonders die Beschäftigten des Einzelhandels in der Lohn- und Gehaltsstatistik auf den unteren Plätzen zu finden sind. Welche Wege müssen Ihrer Meinung nach gegangen werden, um diesen Zustand zu überwinden?

Dieter Steinborn: Durch die letzten Tarifiergebnisse haben wir den Rückstand gegenüber der Industrie verringern können. Die Tarifiergebnisse in unserem Bereich, darauf wies auch Kollege Günter Volkmar in seinem mündlichen Geschäftsbericht hin, lagen in der abgeschlossenen Tarifrunde im Durchschnitt um fast 2 Prozent über den Lohn- und Gehaltserhöhungen der Gesamtwirtschaft. Wenn wir uns auch über diesen Erfolg freuen, so ist es für uns kein Grund, selbstzufrieden zu sein und uns auf unseren Lorbeeren auszuruhen.

In dem in Wiesbaden verabschiedeten Leitantrag 252 zur HBV-Tarifpolitik wird ausdrücklich die Beseitigung der Einkommensbenachteiligungen der Arbeitnehmer des Handels gegenüber den Einkünften vergleichbar qualifizierter Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft als Auftrag für die nächsten Jahre formuliert.

NACHRICHTEN: Gerade auf den Einzelhandel rollt die Rationalisierung zu. Elektronische Kassen und kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Kapovaz) sind dafür Begriffe. Wie werden Sie dieses Problem angehen, um die negativen Rationalisierungsfolgen für die Beschäftigten abzuwehren?

Dieter Steinborn: Mit dieser Frage werden wir uns in den nächsten Jahren noch intensiver als bisher beschäftigen müssen. Kassieren und Verkaufen sind Schwerstarbeit — unsere Kolleginnen und Kollegen wissen ein Lied davon zu singen. Dazu beigetragen hat u. a. die Reduzierung von Personal in den Verkaufsabteilungen bei gleichzeitiger Erhöhung der Verkaufsflächen. Das alles

führte zu erhöhtem Leistungsdruck. Dabei muß auch noch beachtet werden, daß vielfach die Verkäuferinnen die Fünftagewoche noch nicht kennen, sondern dem Streß sechs Tage ausgesetzt sind.

Die Arbeitgeber sind aber mit dem Erreichten noch nicht zufrieden. In verstärktem Maße gehen sie dazu über, den Einsatz von Personal noch „flexibler“ zu gestalten. Sie erwähnten in Ihrer Frage den Begriff „Kapovaz“. Hin-



ter diesem unverständlichen Kauderwelsch verbirgt sich nichts anderes als eine ausgeklügelte Form der Personaleinsatzplanung. Der Arbeitgeber diktiert die Arbeitszeit — das geht hin bis zum Abruf per Telefon. Je nach „Bedarf“ werden in den Umsatzspitzen Teilzeiterkräfte und Aushilfen eingesetzt und Vollzeit Arbeitsplätze „abgebaut“.

Variable Arbeitszeit, elektronische Datenkassen, die auch als „intelligente“ Terminals bezeichnet werden, sowie elektronische Etikettiermaschinen mit einer Leistung von mehreren 10 000 Auszeichnungen pro Stunde — um nur einige Beispiele zu nennen — führen dazu, daß die Arbeit nicht nur monotoner wird, sondern auch zahlreiche Arbeitsplätze gefährdet sind. Die Gewerkschaften sind keine Maschinenstürmer. Wir sind nicht gegen den technischen Fortschritt, wir treten aber entschieden

dafür ein, daß Rationalisierung den Beschäftigten zugute kommt. Dabei steht das Ziel der Arbeitsplatzsicherung „obenan“. Ein Mittel, um der Arbeitsplatzvernichtung entgegenzuwirken, sieht HBV, wie auch andere Gewerkschaften, in der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche.

Unser Gewerkschaftstag in Wiesbaden hat eindeutige Beschlüsse gefaßt, wie die negativen Rationalisierungsfolgen zu verhindern sind. Dazu gehören u. a. der Schutz vor Dequalifikation, geeignete Arbeitszeitmaßnahmen sowie die Steuerung und Kontrolle aller Rationalisierungsmaßnahmen.

NACHRICHTEN: Unter den Beschäftigten des Einzelhandels ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad noch sehr gering. Welche Möglichkeiten sehen Sie, und welche Wege werden Sie beschreiten, um auch in diesem Bereich Ihre Organisation zu stärken?

Dieter Steinborn: Eines der Mittel, um weitere Erfolge zu erzielen, ist die aktive Tarifpolitik. Wie unsere Mitgliederbilanz zeigt, sind wir bei den Tarifrunden der letzten Jahre nicht schlecht mit unserer Tarifpolitik gefahren. Ein weiteres Mittel ist die Betriebsratswahl im Frühjahr 1981. Durch die Diskussionen im Vorfeld gilt es, noch mehr Aufklärungsarbeit zu leisten. Auf einen Nenner gebracht: Unsere Mitgliederentwicklung wird davon abhängen, inwieweit wir es verstehen, überzeugende Antworten anzubieten und wirksam Arbeitnehmerinteressen zu schützen und zu vertreten.

NACHRICHTEN: Ein weiteres Problem ist die Teilzeitarbeit. In den Gewerkschaften gibt es dazu die unterschiedlichsten Meinungen. Wie steht HBV zur Teilzeitarbeit?

Dieter Steinborn: Wir wissen, daß dieses Problem in den Gewerkschaften kontrovers diskutiert wird. Teilzeitarbeit bringt für die Arbeitgeber einen größeren Gewinn; auf der anderen Seite aber ist die Teilzeitarbeit, obwohl sie die Probleme der berufstätigen Frau nicht löst, nicht so ohne weiteres abzuschaffen. Um was es uns geht, hat unser Gewerkschaftstag deutlich gemacht. Dazu haben wir einen ganzen Forderungskatalog beschlossen. Unter anderem verlangen wir, wie bereits an anderer Stelle gesagt, eine Verkürzung der Arbeitszeit für alle bei vollem Lohnausgleich. Weitere Forderungen sind mehr Kindertagesstätten und -horte sowie Gesamtschulen. Auf keinen Fall aber darf eine Umwandlung von Voll- in Teilzeitarbeitsplätzen erfolgen, wie es in so manchem Betrieb angestrebt wird. Was wir strikt ablehnen — auch das hat unser Gewerkschaftstag beschlußmäßig unterstrichen —, ist die finanzielle Förderung von Teilzeitarbeitsplätzen durch Steuermittel oder durch Geld der Bundesanstalt für Arbeit.

10. Ordentlicher HBV-Gewerkschaftstag Beschlüsse

Vom 14. bis 20. September 1980 fand in Wiesbaden der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) statt. Im Vorfeld war dieser jungen und dynamischen Gewerkschaft unterstellt worden, sie sei „kommunistisch unterwandert“. Diese aus der Ecke von ZDF-Löwenthal und Freunden kommende Lüge wurde von den Delegierten ad absurdum geführt und das Verhältnis von Einheitsgewerkschaft zu den politischen Parteien in einem Initiativantrag (IA) erläutert. Weitere Entschlüsse (E) und Anträge (A), die wir nachfolgend dokumentieren, beschäftigen sich mit Problemen, die über den Rahmen von HBV hinaus Bedeutung haben.

Einheitsgewerkschaft und Parteien (IA 1)

Das Verhältnis der Einheitsgewerkschaft zu den politischen Parteien ist in Wahlzeiten immer wieder besonderen Belastungen ausgesetzt. Die Delegierten des 10. Ordentlichen Gewerkschaftstages hatten es deshalb für geboten, dieses Verhältnis auf der Grundlage der folgenden Feststellungen verstärkt zu diskutieren und zu klären.

1. Die Delegierten betonen, daß Einheitsgewerkschaft die entscheidende Lehre aus der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und dem gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist. Sie ist und bleibt die wesentliche organisatorische Grundlage für die Erfolge der deutschen Gewerkschaften nach dem Kriege, für sozialen Fortschritt und politische Stabilität. Die Hebung des Lebensstandards, die Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Mitbestimmungsrechte sind Erfolge der Einheitsgewerkschaft. Nur gewerkschaftliche Geschlossenheit durch die Zusammenführung der unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Richtungen der Arbeiterbewegung und die Überwindung unterschiedlicher parteipolitischer Standpunkte, konfessioneller Unterschiede und überholter Standesvorurteile ermöglichen, daß auch künftig Angriffe auf den sozialen Besitzstand und die erkämpften Arbeitnehmerrechte abgewehrt und weitere Fortschritte für die Arbeitnehmer durchgesetzt werden können. Damit ist die Einheitsgewerkschaft zugleich eine entscheidende Voraussetzung, um den Sozialstaatsauftrag des Grundgesetzes auszugestalten.

2. Die Einheitsgewerkschaft richtet ihre Politik an den Interessen ihrer Mitglieder aus. Sie ist von Arbeitgebern, Regierungen, Verwaltungen, politischen Parteien und Kirchen unabhängig. Das verpflichtet zu weltanschaulicher, religiöser und politischer Toleranz. Gewerkschaftliche Unabhängigkeit und solidarisches Handeln sind wesentliche Voraussetzungen für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Ziele. Gewerkschaftliche Unabhängigkeit bedeutet nicht politische Neutralität. Das verbietet die bestehenden sozialen Interessengegensätze der Gesellschaft, der interessenpolitische Auftrag der Gewerkschaften und ihre demokratischen und sozialen Traditionen. Gewerkschaftliche Unabhängigkeit bedeutet aber, daß alle Versuche zurückgewiesen werden müssen, die Gewerkschaften zum verlängerten Arm irgendeiner Partei zu machen. Die Einheitsgewerkschaft ist weder dritter Koalitionspartner noch Hilstruppe der Opposition, weder Ersatzpartei noch Transmissionsriemen irgendeiner politischen Organisation.

3. Angesichts verstärkter parteipolitischer Auseinandersetzungen in Wahlkämpfen und parteipolitischer Polarisierungen, die die Folge wirtschaftlicher Krisenerscheinungen und verschärfter internationaler Spannungen sind, muß um die Erhaltung der Einheitsgewerkschaft verstärkt gerungen werden. Einziger Maßstab für gewerkschaftliche Stellungnahmen sind die Ergebnisse der innergewerkschaftlichen Willensbildung, wie sie

z. B. mit den Wahlprüfsteinen des DGB zu wesentlichen sozialen und politischen Fragen verabschiedet worden sind. Gerade weil sich die Einheitsgewerkschaft uneingeschränkt zur parlamentarischen Demokratie bekennt, fordert sie alle Arbeitnehmer auf, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen und die politischen Einflußmöglichkeiten zur Wahrnehmung ihrer Interessen zu nutzen.

4. Die Gewerkschaft HBV wird all jenen entschiedenen Widerstand entgegensetzen, die in einer länger angelegten Kampagne das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten und die Einheitsgewerkschaften zu schwächen oder zu spalten drohen. Wer unter Hinweis auf gewerkschaftliche Pluralität Ständesverbände fördert, ein Verbändegesetz schaffen will, die Verleumdung eines angeblich drohenden „Gewerkschaftsstaates“ verbreitet, um unternehmerische Macht zu verdecken und die Tarifautonomie in Frage stellt, gefährdet die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und zerstört die Grundlagen für eine an sozialstaatlichen Grundsätzen ausgerichtete Interessenvertretung der Arbeitnehmer.

5. Die Gewerkschaft HBV tritt allen Behauptungen entgegen, der DGB oder einzelne seiner Gewerkschaften seien „kommunistisch unterwandert“ oder auf dem Wege zu einer „sozialistischen Richtungsgewerkschaft“. Sie bewertet diese Behauptungen als Spaltungs- und Verunsicherungsversuche, durch die allein das Ziel verfolgt wird, die Arbeitnehmerbewegung insgesamt zu schwächen, und die letztlich zum Scheitern verurteilt sind. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB und der Gewerkschaft HBV werden uneingeschränkt bestätigt. Die Gewerkschaft HBV wendet sich weiterhin gegen alle Versuche, durch Aufbau gewerkschaftsfeindlicher Gruppen oder von außen organisierter Fraktionierung die Einheitsgewerkschaft von innen zu spalten. Wer die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und die demokratische Verfassung unserer Gesellschaft ablehnt oder bekämpft, hat in der Einheitsgewerkschaft keinen Platz.

6. Deshalb dürfen Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft, aber auch Unklarheiten und Mißverständnisse in der Mitgliedschaft, bei den Arbeitnehmern und in der Öffentlichkeit nicht bagatellisiert werden. Sie signalisieren zugleich noch nicht voll gelöste Probleme und offene Fragen im Verhältnis zwischen den Parteien und zu Zielen, Forderungen und Organisationsprinzipien der Einheitsgewerkschaft. Die Delegierten beauftragen daher den Gewerkschaftsausschuß, das Verhältnis der Einheitsgewerkschaft zu den Parteien weiter aufzuarbeiten, um auf zusätzlich geklärter Grundlage Möglichkeiten verbesserter Zusammenarbeit im Interesse der Arbeitnehmer oder Ursachen von Störungen aufzuzeigen. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind innerhalb der Organisation — auch mit den Mitteln der Bildungsarbeit — umzusetzen.

Gerade weil zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten nicht ausreichen und Gesetzgeber wie Regierung aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden dürfen, ist es notwendig, so konkret wie möglich die gewerkschaftlichen Forderungen an die Parteien zu formulieren.

Zugleich wird der Hauptvorstand aufgefordert, allen Angriffen aus Politik und Wirtschaft auf die Einheitsgewerkschaft gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften und dem DGB aktiv entgegenzutreten.

Frieden, Abrüstung und Entspannung (E 2)

Die Delegierten des 10. Ordentlichen HBV-Gewerkschaftstages bekennen sich erneut und uneingeschränkt zur Politik des Friedens, der Abrüstung und Entspannung. Zu dieser Politik gibt es keine realistische und erfolgversprechende Alternative. Die Delegierten wenden sich gegen alle Tendenzen zur Wiederbelebung des „kalten Krieges“ und mahnen die verantwortlichen Politiker in Ost und West eindringlich zur Besonnenheit.

Der weltweite, unkontrollierte Rüstungswettlauf

- gefährdet nach wie vor den Weltfrieden,
- führt zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel,

- beschleunigt Inflation und Arbeitslosigkeit,
- verhindert und erschwert dringend notwendige soziale und demokratische Reformen,
- nimmt den Entwicklungsländern die Chance, in absehbarer Zeit stabile soziale und politische Ordnungen aufzubauen.

Diese Entwicklung muß unbedingt gestoppt werden. Der 10. Ordentliche HBV-Gewerkschaftstag bekräftigt die Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft nach allseitiger, kontrollierter Abrüstung. Dazu gehört – in Ost und West – vorrangig

- das Einfrieren und der schrittweise Abbau der Militärhaushalte,
- der Verzicht auf alle neuen Rüstungsobjekte,
- die Reduzierung der Truppen,
- das Verbot der Herstellung, Weitergabe und Anwendung atomarer, chemischer und bakteriologischer Waffen.

Die Delegierten erwarten von der Bundesregierung, daß sie eigene Initiativen zur Abrüstung entwickelt und zu den Abrüstungsverhandlungen konstruktive Beiträge leistet. Jedes Verhandlungsangebot muß sorgfältig ausgelotet und jede Gesprächschance genutzt werden. Um in dieser Hinsicht ein deutliches Zeichen zu setzen, muß die Bundesregierung Konfliktforschung und Friedensplanung systematisch vorantreiben. Dazu gehört die Schaffung eines „Abrüstungsamtes“, das finanziell und personell angemessen auszustatten und dem Bundeskanzleramt zuzuordnen ist.

Das stetige Streben nach Abrüstung muß durch ein umfassendes Konzept zur Bewahrung und Weiterentwicklung der Entspannungspolitik abgesichert werden. Kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit dient trotz bestehender ideologischer und gesellschaftlicher Gegensätze den Arbeitnehmern in Ost und West. Durch zielgerichteten Ausbau ihrer Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit müssen der DGB und die Gewerkschaften noch nachdrücklicher als bisher das prinzipielle Interesse der Arbeitnehmer an einer Politik des Friedens und der Entspannung unterstreichen.

Die Delegierten begrüßen, daß der DGB in den letzten Jahren den traditionellen Antikriegstag neubelebt hat. Neben dem 1. Mai muß der 1. September künftig als Tag gestaltet werden, an dem die organisierte Arbeitnehmerschaft mit wirkungsvollen Demonstrationen für eine Politik des Friedens, der Abrüstung und Entspannung eintritt.

Abrüstung in Ost und West (E 3)

Ein Weiterdrehen an der Rüstungsschraube muß durch eine aktive Entspannungspolitik verhindert werden. Der 10. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen verurteilt die Entscheidung der NATO, atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren. Die Stationierung macht den Weltfrieden unsicherer und bedeutet den Einstieg in eine neue Runde des Wettrüstens. Als Arbeitnehmer dieses Landes können wir es nicht tatenlos hinnehmen, daß die atomare Bedrohung in Europa weiter verschärft wird. Wir fordern den HBV-Vorstand auf, auf den DGB einzuwirken, daß er sich dafür einsetzt,

- daß die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland durch die Rücknahme der NATO-Beschlüsse doch noch verhindert wird,
- daß die Vereinigten Staaten durch die europäischen Länder veranlaßt werden, endlich den Salt-II-Vertrag zu ratifizieren,
- daß die Wiener Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa beschleunigt und intensiviert werden,
- daß eine aktive Entspannungspolitik fortgesetzt wird mit dem Ziel, die Gefahr eines Krieges zu verhindern,
- daß keine Neutronenbombe in der Bundesrepublik Deutschland stationiert wird,
- daß eine endgültige Ächtung aller Atomwaffen auf dieser Erde erreicht wird,

- daß sich HBV und DGB verstärkt in Abrüstungs- und Friedensinitiativen engagieren.

Antikriegstag (A 85)

Die HBV-Vertreter in DGB-Gremien werden aufgefordert, Aktivitäten zum Antikriegstag zu fordern und zu unterstützen. Das gleiche gilt für den 8. Mai, den Tag der Befreiung vom Faschismus. Alle Gremien der Gewerkschaft HBV werden aufgefordert, diese Aktivitäten ideell und finanziell zu unterstützen.

Begründung: Das Weiterdrehen an der Rüstungsschraube und die Gefahr einer Rückkehr zur Politik des kalten Krieges machen nachdrücklich deutlich, daß die Aktivitäten der Gewerkschaftsjugend zum Antikriegstag insgesamt noch stärker zu unterstützen sind.

Die starke Beteiligung an örtlichen und zentralen Aktionen am Antikriegstag 1979 zeigt das offensichtliche Bedürfnis der Jugend, sich mit den Ursachen von Faschismus und Krieg auseinanderzusetzen. Der Antikriegstag der Gewerkschaftsjugend hilft das vorhandene Informationsdefizit und die damit verbundenen Versäumnisse von Bildungssystem und Gesellschaft abzubauen. Unsere Aktivitäten zum Antikriegstag sind ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Neofaschismus und für eine Politik des Friedens und der Entspannung.

Verbot der Aussperrung (IA 107)

Der 10. Ordentliche HBV-Gewerkschaftstag hält auch nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 10. Juni 1980 an der Forderung nach einem vollständigen Verbot der Aussperrung fest. Im Arbeitskampfrecht eines demokratischen Sozialstaates ist für das unternehmerische Macht- und Willkürinstrument der Aussperrung kein Platz.

Die neue Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist zwar auf dem Weg zum Verbot der Aussperrung ein Schritt in die richtige Richtung. Aussperrungen mit dem Ziel, die totale Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften zu erreichen, sind danach ebenso verboten wie der gezielte Einsatz der Aussperrung gegen Gewerkschaftsmitglieder. In der Begründung seiner Entscheidung hat das Bundesarbeitsgericht eine Vielzahl gewerkschaftlicher Feststellungen bestätigt und anerkannt wie

- die Ungleichheit von Streik und Aussperrung,
- die Erforderlichkeit des Streiks, um angesichts des eigentumsbedingten Verteilungsvorsprungs der Unternehmer überhaupt erst Parität herzustellen,
- die persönlichen Opfer des einzelnen Gewerkschaftsmitglieds im Arbeitskampf sowie
- die Bedrohung der Gewerkschaften durch die finanziellen Folgen der Aussperrung.

Um so unverständlicher ist, daß das Gericht aus diesen Erkenntnissen nicht die gebotene Schlußfolgerung gezogen hat, die Aussperrung vollständig zu verbieten. Statt dessen wurden den Unternehmern auch weiterhin weitreichende Aussperrungsmöglichkeiten offengehalten.

Die Delegierten des 10. Ordentlichen HBV-Gewerkschaftstages stellen dazu fest:

- Wettbewerbsprobleme der Unternehmer und eine daraus angeblich resultierende mangelnde Geschlossenheit im Arbeitgeberlager – vom BAG als Gründe angeführt – können niemals die Aussperrung rechtfertigen. Eventuelle Koordinationsprobleme der Arbeitgeber dürfen niemals mit dem Willkürmittel der Aussperrung auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgeglichen werden.
- Das Verbot der Aussperrung macht weder – wie bisweilen behauptet – eine Einschränkung des Streikrechts noch ein umfassenderes Verbändegesetz erforderlich.
- Das BAG bleibt aufgefordert, in seiner weiteren Rechtsprechung aus seinen eigenen Feststellungen die Konsequenz zu ziehen und die Aussperrung zu verbieten.

- Aussperrungen richten sich nicht nur gegen die davon direkt betroffene Gewerkschaft, sondern gegen die Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Die Gewerkschaft HBV wird deshalb auch in Zukunft mit jeder von Aussperrung betroffenen oder bedrohten Gewerkschaft aktive Solidarität üben.

– Alle Gremien der Gewerkschaft HBV sind aufgefordert, auf den DGB einzuwirken, daß verstärkt Aktivitäten zur Verteidigung unseres Streikrechts und gegen den Aussperrungsterror durchgeführt werden. Dazu sind auf örtlicher Ebene Aktionen notwendig, um unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit deutlich zu machen, worum es bei dem Kampf um längst errungene Gewerkschaftsrechte geht und weshalb wir uns mit aller Härte gegen unternehmerische Willkür wehren müssen. Zur Vorbereitung und Unterstützung dieser Aktivitäten ist es ebenso notwendig, in der Bildungsarbeit das Thema Aussperrung verstärkt aufzugreifen und dazu geeignetes Material zu erstellen.

Überwachung von Betriebs- und Personalräten (A 121)

Der Hauptvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften die politisch Verantwortlichen zu veranlassen, unverzüglich die bisherige Praxis routinemäßiger und systematischer Überwachung der Betriebs- und Personalräte sowie Jugendvertreter vollständig und endgültig aufzuheben. Die unzulässig gespeicherten Daten sind unverzüglich zu löschen.

Begründung: In der Vergangenheit ist offenbar geworden, daß der Verfassungsschutz routinemäßig die Besetzung von Betriebs- und Personalratsgremien kontrolliert. Diese Überprüfung steht nicht im Einklang mit dem gesetzlichen Auftrag des Verfassungsschutzes. Darüber hinaus wird in unerträglicher Form in die Interessenwahrnehmung der Arbeitnehmer eingegriffen. Betriebs- und Personalratswahlen müssen frei sein; sie dürfen in keiner Weise behindert werden. Auch die Tätigkeit gewählter Betriebs- und Personalräte darf als solche nicht behindert oder durch Überprüfungsmaßnahmen der Verfassungsschutzbehörden eingeschränkt werden.

Berufsverbote (A 128)

Seit mehr als acht Jahren existiert der Ministerpräsidentenerlaß der Länder über die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“, besser bekannt und gefürchtet als sogenannter „Radikalerlaß“.

Ein für viele Menschen in unserem Land folgeschwerer Erlaß; er hat Hunderten engagierter Menschen die Möglichkeit verbaut, ihren studierten oder erlernten Beruf auszuüben oder gar erst anzutreten, er hat ermöglicht, daß Hunderttausende einer unzumutbaren und dem Grundgesetz hohnsprechenden Überprüfung durch Verfassungsschutz und anderer Institutionen unterworfen werden, er hatte und hat zur Folge, daß ein Klima der politischen Unterdrückung, von Duckmäusertum und Angst erzeugt wird.

Wir mußten erkennen und können es täglich aufs neue belegen: Dieser Erlaß blieb nicht auf den öffentlichen Dienst beschränkt, sondern er hat seine konsequente Anwendung auch im übrigen Bereich unseres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens gefunden; denken wir nur daran, daß aktive Gewerkschafter bespitzelt, Vertrauensleute und Betriebsräte in ihrer Arbeit behindert und in vielen Fällen sogar gefeuert werden.

Es hat in der letzten Zeit aufgrund einer starken Bewegung gegen diesen undemokratischen Erlaß eine beachtliche Diskussion eingesetzt mit der Folge, daß gewisse Erleichterungen angekündigt wurden. Für uns Gewerkschafter gibt es jedoch nur eine Alternative. Deshalb fordern wir den Hauptvorstand auf, sich mit Nachdruck für folgende Forderungen einzusetzen:

- Ersatzlose Streichung des Ministerpräsidentenerlasses;
- Schluß mit den gesetzwidrigen Überprüfungen für Bewerber zum öffentlichen Dienst;

- Einstellung aller Personen, die aufgrund dieses Erlasses an ihrer Berufsausübung gehindert werden.

Wir fordern die Verwirklichung der im Grundgesetz garantierten Rechte!

GdED stellte Weichen für die nächsten Jahre

Im Reigen der elf in diesem Jahr bereits stattgefundenen und noch stattfindenden Gewerkschaftstage nimmt der 11. Ordentliche Kongreß der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) vom 8. bis 12. September in Westberlin einen nicht unwesentlichen Platz ein. Das trifft auch auf die Beschlüsse zu, wovon wir nachfolgend einige im Wortlaut veröffentlichen (siehe auch Seite 22). Anträge sind gekennzeichnet mit dem Buchstaben A, Entschlüssen mit E und Initiativanträgen mit IA.

Bildungsurlaub (A 55)

Der GdED-Hauptvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit dem DGB darauf hinzuwirken, daß der Rechtsanspruch auf Bildungsurlaub für mindestens 12 Tage für alle Beschäftigten der Deutschen Bundesbahn durchgesetzt wird. Der Sonderurlaub für Bildungsmaßnahmen gem. § 6 (gewerkschaftliche Zwecke) und § 7 (staatspolitische Zwecke) der Sonderurlaubsverordnung soll von 12 Tagen auf mindestens 18 Tage erhöht werden. Jegliche Festschreibung von Sonderurlaubstagen muß aufgehoben werden.

Begründung: Aufgrund der Begrenzung des Sonderurlaubs müssen Gewerkschaftsmitglieder einen erheblichen Teil ihres Erholungsurlaubs für Fortbildungsmaßnahmen verwenden. Schulungs- und Bildungsveranstaltungen der Gewerkschaften sind jedoch keine Erholungskuren.

Antikriegstag (A 70)

Gemeinsam mit der DGB-Jugend sind Aktionen gegen die weltweite Aufrüstung vorzubereiten und durchzuführen. Das Motto des Antikriegstages 1979 „Nie wieder Krieg! – Abrüstung – Gewinn für uns“, zu dem sich die DGB-Jugend bekennt, ist auch 1980 aktuell.

Begründung: Eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Fortschritt ist ein gesicherter Frieden. Dieser kann auf die Dauer nur durch Abrüstung erzielt werden. Die jüngsten NATO-Beschlüsse und die derzeitige Politik der Stärke stehen im krassen Widerspruch dazu. Vor allem die Arbeitnehmer sind die Leidtragenden solcher Politik. Für die Gewerkschaftsjugend ist die Geschichte unseres Landes eine mahnende Verpflichtung zur Wahrnehmung unserer demokratischen Rechte. Es gilt, aus der Geschichte zu lernen, gegen jede Gewalt und jeden Krieg einzutreten, militärischem Denken entgegenzuwirken und einen Beitrag zum Frieden und zur Völkerverständigung zu leisten.

Kriegsdienstverweigerung (IA 6)

Die zuständigen Gewerkschaftsgremien werden aufgefordert, bei den politischen Parteien darauf hinzuwirken, daß beim Verfahren zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern die Gewissensprüfung abgeschafft wird.

Aussperrung (A 84)

Die GdED muß auf allen Ebenen ihre politische Macht einsetzen, um ein Verbot der Aussperrung zu erwirken. Die Aussperrung ist keine Waffengleichheit, denn:

- Im Gegensatz zum Streik ist die Aussperrung für ihre Urheber

ber nicht mit persönlichen Opfern und Risiken für die eigene Familie verbunden.

– Die jährlich von den Arbeitnehmern erzeugten neuen Werte fließen zunächst den Arbeitgebern zu, doch die Arbeitnehmer müssen sich ihren Anteil erst erkämpfen.

– Die Unternehmer haben die Macht, Preise festzusetzen, und können daher auf der Preisseite wieder hereinholen, was sie auf der Lohnseite zugestanden haben.

– Zur Übermacht der Unternehmer gehört auch, daß sie es sind, die über Arbeitsplätze, Investitionen und Entlassungen bestimmen.

– Ihre finanzielle Überlegenheit wirkt sich auch politisch auf den Staat und die öffentliche Meinung aus.

– Mit der Aussperrung beabsichtigen die Unternehmer, die Gewerkschaften kampfunfähig zu machen und finanziell auszubluten.

– Die Aussperrung ist menschenunwürdig.

Geschichtsfälschung (A 86)

Die Teilnehmer des 11. Gewerkschaftstages der GdED distanzieren sich von den Äußerungen der Unionspolitiker Strauß, Stoiber und Sauter betreffs der Gleichsetzung von Nationalsozialisten und Sozialisten. Dieser Vergleich ist eine Geschichtsfälschung und muß von der organisierten Arbeitnehmerschaft entschieden zurückgewiesen werden.

Einstellungsstopp (A 114)

Der generelle Einstellungsstopp bei der Deutschen Bundesbahn muß aufgehoben werden! Die momentane Personalsituation zeigt eindeutig, daß der Einstellungsstopp nicht aufrechterhalten werden kann. Die Belastung der Mitarbeiter ist mittlerweile so groß, daß durch die Überforderung des einzelnen Auswirkungen auf die Betriebssicherheit nicht auszuschließen sind.

Weiterhin führen diese Mehrbelastungen zu immer häufiger auftretenden Krankheitsfällen, Schwierigkeiten in der Urlaubs- und Mehrleistungsabwicklung, Störungen im Privatleben usw. Für unverantwortlich halten wir die Einstellung des 1. Präsidenten der Deutschen Bundesbahn, Dr. Vaerst, den Einstellungsstopp als unverzichtbares Mittel zur Disziplinierung der Eisenbahner aufrechtzuerhalten. Der Eisenbahner darf nicht für eine verfehlte Personalpolitik und Verkehrspolitik des DB-Vorstandes verantwortlich gemacht werden.

Arbeitsplatzvernichtung (A 123)

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen, vor allem außerhalb der Ballungsräume, nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Informationen weisen darauf hin, daß in vielen Dienstzweigen, vor allem im maschinentechnischen Bereich, weitere Verlagerungen und Zentralisierungen geplant sind. Die GdED widersetzt sich dieser negativen Rationalisierung und fordert, die Arbeit dort, wo es wirtschaftlich vertretbar und sinnvoll ist, zum Mann zu bringen. Wir verweisen dabei auf Äußerungen des Vorstandes der DB, in denen er sich ebenfalls zu diesem Prinzip bekannt hat.

Bildschirmarbeit (A 280)

Der Hauptvorstand der GdED wird aufgefordert, sich verstärkt dafür einzusetzen, daß die DB im Rahmen ihrer Fürsorgepflicht nach § 79 BBG folgende Mindestforderungen bezüglich des Einsatzes von Mitarbeitern an Bildschirmarbeitsplätzen anerkennt und zur Anwendung bringt.

– Ständiges Arbeiten an Bildschirmgeräten soll vier Stunden am Tag nicht überschreiten. Die Arbeit ist so zu organisieren, daß für die übrige Arbeitszeit andere, dem Beanspruchungswechsel dienende möglichst gleichwertige Arbeit geboten werden kann.

– Zum Ausgleich der psychischen Belastung und Sehbeanspruchung und zur Vermeidung vorzeitiger Ermüdung sowie von Gesundheitsschäden werden für ständiges Arbeiten an

Bildschirmgeräten je Stunde zehn Minuten bezahlte Pause gewährt. Während der Einarbeitungszeit betragen die Pausen mindestens 15 Minuten pro Stunde.

– Zur Sicherung der Erholungswirksamkeit der Pausen werden Ruheräume oder -zonen eingerichtet. Die Größe und Ausstattung ist ihrem Zweck entsprechend vorzunehmen.

– Durch den Bahnarzt sind mindestens halbjährlich Augenuntersuchungen durchzuführen. Die Kosten für diese Maßnahme und notwendige Korrekturmaßnahmen (Brille) übernimmt die DB.

– In Räumen, in denen Bildschirmarbeitsplätze mit Datendruckern eingesetzt sind, müssen Lärmschutzmaßnahmen getroffen werden.

Diese Mindestforderungen wurden von anerkannten arbeitswissenschaftlichen Instituten ausgearbeitet und sind im Bereich des privaten Rechts bereits teilweise erfüllt.

Begründung: Aus den täglichen Beobachtungen und Gesprächen mit Mitarbeitern, die bei der DB an Bildschirmarbeitsplätzen eingesetzt sind, ergibt sich folgendes Bild:

– Die körperliche Belastung (langes Sitzen, Augenbeanspruchung) nimmt zu. Es wird über Augenermüdungen, Schwindelgefühle, Rückenschmerzen (durch mangelnde Ausgleichsbewegungen) geklagt.

– Die Konzentration läßt in der zweiten Schichthälfte spürbar nach.

– Der erhöhte Leistungsdruck – jeder Fehler kostet einen schwer wieder aufzuholenden Zeitverlust oder ist irreparabel – führt zu großer Gereiztheit und Nervosität (Betriebsklima!).

– Durch die Mensch-Maschine-Kommunikation ist der Kontakt zu Mitarbeitern behindert.

– Die Leistungsbereitschaft sinkt.

– Der Mensch wird von der Maschine in seinem Handeln gesteuert.

Zum Schutz unserer Kollegen vor gesundheitlichen Schäden, seien sie nun kurz-, mittel- oder langfristig, und daher letztlich aus betriebswirtschaftlichen Gründen (Zahl der Krankentage, Einschränkung der Tauglichkeit) sollten obengenannte Forderungen dringend anerkannt und erfüllt werden.

Gleiche Bildungschance (E P 1)

Die Delegierten des 11. Gewerkschaftstages der GdED fordern die staatlichen Stellen auf, dafür Sorge zu tragen, daß nicht nur von Chancengleichheit geredet, sondern diese auch praktiziert wird. Dazu müssen vorrangig folgende grundlegende Veränderungen des Bildungssystems erfolgen:

1. Einführung des Gesamtschulsystems, bei dem

– der Einfluß der sozialen Herkunft auf den Schulerfolg unbedeutend wird;

– Schulangst kaum feststellbar ist;

– kaum Schüler die Schule ohne Abschluß verlassen;

– die Chancengleichheit gewährleistet ist.

Dabei sollte aber noch mehr und unter noch günstigeren Bedingungen als bisher an Gesamtschulen praktiziert, den älteren Schülern jederzeit Gelegenheit gegeben werden, einen höheren als den zunächst angestrebten Schulabschluß zu erreichen.

2. Einführung von Ganztagschulen, um elternunabhängig, ohne Privatunterricht usw. die Anforderungen der Schule bewältigen zu können.

3. Gleichstellung der beruflichen mit der schulischen Bildung, um somit allen die Möglichkeit der Aus- und Fortbildung zu eröffnen.

Einheitsgewerkschaft (E P 6)

Die Delegierten des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) unterstreichen mit großem Nachdruck die Bedeutung der Einheitsgewerkschaft für eine wirksame und erfolgreiche Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder.

Die deutsche Einheitsgewerkschaft nach 1945 ist eine große Errungenschaft in der Organisation und der Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Sie ist die Basis sozialen Fortschritts und Friedens in der Bundesrepublik Deutschland gleichermaßen. 8 Millionen Arbeitnehmer im Deutschen Gewerkschaftsbund werden die Einheitsgewerkschaft deshalb zu hüten wissen!

Die Hebung des Lebensstandards, die Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie Verbesserungen der Besoldung, die Verkürzung der Arbeitszeit, die Verlängerung des Urlaubs, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Mitbestimmungsrechte (Novellierung des Personalvertretungsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes) sind Erfolge der Einheitsgewerkschaft. Nur gewerkschaftliche Geschlossenheit unter Überwindung unterschiedlicher parteipolitischer Standpunkte, konfessioneller Unterschiede und von überholten Standes-Vorurteilen garantieren, daß künftig Angriffe auf den erreichten sozialen Besitzstand mit Erfolg abgewehrt werden können.

Entschiedenen Widerstand wird die GdED jenen entgegensetzen, die in einer länger angelegten Kampagne das Rad der Geschichte zurückdrehen möchten und die die Einheitsgewerkschaft zu spalten drohen. Worte und Etiketten wie Gewerkschaftsstaat, neue Gewerkschaftsfrage, Fraktionierung des DGB, Neugründung von Standesverbänden, Verbandsgesetz, Unterwanderung des DGB, Einheitsgewerkschaft in Verbindung gesetzt zur Diktatur stehen beispielhaft für dieses Bestreben.

Wäre eine solche Kampagne letztlich erfolgreich, wäre die Tarifautonomie als tragende Säule unserer Sozialverfassung angetastet und unternehmerischem Diktat der Weg geebnet. Der gesamte Demokratisierungsprozeß in der jungen Bundesrepublik wäre gefährdet, und die Grundlagen für eine sozialstaatliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer würden angetastet.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands wird solchen Versuchen aufgrund der bitteren Lehren deutscher Geschichte entschieden entgegenzutreten. Umgekehrt bekennt sich die GdED zur parlamentarischen Demokratie und zu einer freiheitlich und sozial verpflichteten Gesellschaft, in der wirtschaftliche und gesellschaftliche Abhängigkeiten und Zwänge schrittweise überwunden werden könnten.

Der Hauptvorstand der GdED ist beauftragt, gegenüber den Mitgliedern und in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit alle Bestrebungen aufzuzeigen und gegen sie vorzugehen, welche gegen die Grundsätze gerichtet sind. Die GdED muß zusammen mit dem DGB und seinen Gewerkschaften alle Versuche abwehren, welche darauf abzielen, die Einheitsgewerkschaft zu spalten.

Gegen Privatisierung (E V 3)

Jegliche Privatisierungsmaßnahme öffentlicher Aufgaben und Leistungen wird abgelehnt. Die verantwortlichen Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden werden aufgefordert, sich ein-

deutig gegen eine Privatisierung des öffentlichen Dienstes auszusprechen und alle Maßnahmen und Schritte, die auf eine Privatisierung gerichtet sind, einzustellen. Dabei ist unter Privatisierung nicht nur eine Übertragung von Aufgaben oder ganzen Verwaltungsbereichen in Privat zu verstehen, sondern auch die Vergabe von Teilarbeiten (z. B. Reinigungsdienst).

Der Privatisierungskampagne ist entschieden entgegenzutreten. Sie dient auch als Druckmittel auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und wird in diesem Sinne angewandt. Dies zeigt sich durch eine zunehmende Rationalisierung, die angeblich eine Privatisierung verhindern soll, und in Wirtschaftlichkeitsprüfungen von ganzen Teilen der Verwaltung, die das Ziel haben, Personal einzusparen bzw. erreichte Positionen und Rechte der Arbeitnehmer abzubauen. Auch diesen Bestrebungen ist, obwohl sie nicht unmittelbar zur Privatisierung gehören, entschieden entgegenzutreten.

Der DGB sowie die Betriebs- und Personalräte werden aufgefordert, geschlossen gegen jegliche Pläne der Privatisierung einzutreten und sich aktiv an der Verhinderung von Maßnahmen, die zur Privatisierung führen, zu beteiligen.

1. Insbesondere wendet sich der 11. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands mit Nachdruck gegen die Privatisierung von Teilbereichen der DB. Den Verzicht auf die Trennung von Fahrweg und Betrieb bei der DB wertet die GdED auch deshalb als positiv; dies gilt auch für den Beschluß der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und für den Kabinettsbeschluß vom 25. Juni 1980, anstelle einer privatrechtlichen Organisation der Busdienste des Bundes, die Omnibusse von Bahn und Post bei der Deutschen Bundesbahn zusammenzuführen.

2. Viele wichtige Aufgaben müssen auch in Zukunft öffentlich wahrgenommen werden, weil sie von privaten Unternehmern aufgrund mangelnder Rentabilität oder fehlender Rentabilitätschancen nicht wahrgenommen werden oder nicht wahrgenommen werden können. Diesbezüglich verweist die GdED nicht nur auf den öffentlichen Personennahverkehr, sondern auch darauf, daß beispielsweise die Wasser- und Energieversorgung abseits gelegener kleiner Gemeinden nicht von Rentabilitätsüberlegungen abhängig sein kann.

3. Dies gilt auch für Transportleistungen. Der Verzicht auf öffentlichen Verkehr und ein monopolartiges Angebot privater Unternehmen hat zwangsläufig eine Verteuerung und/oder Verschlechterung der Leistungen zur Folge.

4. Die GdED wird künftig – auch in Zusammenarbeit mit anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Post – Widerstand gegen Privatisierungsbestrebungen leisten. Wer Privatisierungsvorhaben betreibt, um die Auftragslage privater Firmen zu verstärken, verursacht folgende Nachteile zu Lasten der Allgemeinheit:

– Privatisierung reduziert die Qualität von Leistungen (z. B. weniger Fahrten und höhere Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr).

– Privatisierung nach der Methode des „Rosinenpickens“, indem kostengünstige Leistungen privatisiert und der öffentlichen Hand die schlechten Risiken aufgebürdet werden, dient weder den Nutzern öffentlicher Leistung noch den Steuerzahlern.

– Privatisierung soll oft auch dem Ziel dienen, Löhne und soziale Bedingungen der im öffentlichen Dienst, bei Bahn und Post Beschäftigten zu verschlechtern. Dagegen werden wir entschieden Front machen.

5. Die GdED fordert den Vorstand der DB auf, im Rahmen seiner Planung auf die Privatisierung von Unternehmensteilen oder Dienstzweigen zu verzichten. Dies gilt auch für den Bereich der Ausbesserungswerke der DB.

IG Chemie: Mißachtung des Mitgliederwillens brachte den Konflikt

Besser als ein redaktioneller Artikel verdeutlicht der Diskussionsbeitrag von Werner Franke, Bielefeld, worum es bei den Kontroversen in der IG Chemie-Papier-Keramik geht. Der folgende Auszug ist dem Tagesprotokoll (1. Tag, S. 62–64) des vom 7. bis 13. September in Mannheim stattgefundenen 11. Ordentlichen Gewerkschaftstages entnommen. Der Diskussionsbeitrag ist nur geringfügig gekürzt (siehe auch nebenstehende Beschlüsse und den Bericht auf S. 21).

Der schriftliche und der mündliche Geschäftsbericht von Karl Hauenschild waren geprägt von politischen Ereignissen, die bundes- oder weltweit ausgelöst wurden und von denen wir als Gewerkschaft logischerweise berührt wurden. Diesen Tatbestand vor dem Kongreß deutlich zu machen, ist sicherlich richtig. Noch wichtiger müßte es allerdings sein, daß wir als Gewerkschaft aus den Erkenntnissen Schlüsse ziehen und unsere Politik koordinieren, damit wir gewissen reaktionären Tendenzen entgegenwirken können, die darauf hinauslaufen, die Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen und das im sozial- und gesellschaftspolitischen Bereich einmal Erreichte zu zerstören.

Nach meiner Auffassung war es zuwenig, wenn im Geschäftsbericht des Vorsitzenden nur von der Sorge um die Arbeitsplätze gesprochen wurde. Diese Feststellung ist von uns bereits auf dem Gewerkschaftstag 1976 in Hamburg getroffen worden und auch schon in früheren Zeiten. Danach hatten wir konkrete Vorstellungen zur Arbeitsmarktsituation entwickelt. Insbesondere ist das geschehen im Hinblick auf die von Karl Hauenschild erwähnte Veränderung der Arbeitswelt durch Technologien, die einen Leistungsdruck auf den Arbeitnehmer auslösen, der die Grenze der Leistungsfähigkeit längst überschritten hat. Was uns fehlt, ist die Arbeitszeitverkürzung, um mit diesem Problem fertig zu werden.

Ich mache dem gesamten Hauptvorstand den Vorwurf, daß er es trotz vorliegender Beschlüsse bei Reden und bei schön klingenden Formulierungen belassen hat. Unsere politischen Gegner dagegen haben gehandelt. Sie haben deutlich gemacht, wer in diesem Staat das Sagen und die politische Macht besitzt. Reformpolitik im Sinne der Arbeitnehmer ist in unserer rechtsstaatlichen Verfassung kaum noch möglich. Schuld daran sind die ungleichen Machtstrukturen in unserem Staat und eine nach meiner Auffassung unverantwortliche Partnerschaftsideologie, die oftmals im Betrieb ihren Ursprung hat und die von einigen Gewerkschaftsführern unterstützt wird. Dadurch muß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, als seien Konflikte im betrieblichen oder im gesellschaftlichen Raum durch bestehendes partnerschaftliches Denken bereits beigelegt.

Ich stimme der Meinung Karl Hauenschilds zu, daß die rigorose Aussperrungsstrategie, der Tabukatalog, das neue Mitbestimmungsgesetz, aber auch andere restriktive Maßnahmen das soziale Klima in unserem Land verschlechtern haben. Ich kann dann aber mit der Mehrheit des gesamten Hauptvorstandes nicht mehr übereinstimmen, wenn er trotz dieser Erkenntnis eine politische Konzeption vertritt, die auf ein partnerschaftliches Verhalten mit den Arbeitgebern und Politikern hinausläuft. Es ist nach Auffassung weiser Kreise unserer Mitglieder bedenklich, wenn unser Hauptvorstand eine geräuschlose Tarifpolitik betreibt und vertieft mit dem Hinweis darauf, diese Strategie sei in der jetzigen Zeit für den Arbeitnehmer optimal. Dies ist und bleibt ein gefährlicher Trugschluß; denn während wir uns geräuschlos verhielten, standen unsere Kollegen der IG Druck und Papier und der IG Metall in einem ihnen aufgezwungenen Existenzkampf, der deutlich machte, was Arbeitgeber in Wirklichkeit von der so viel gerühmten so-

zialen Partnerschaft halten. Seien wir doch ehrlich: Wenn dieser Geschäftsbericht Fortschritte für unsere Mitglieder im tarifpolitischen und gesellschaftspolitischen Raum ausweist, dann ist das in erster Linie den streikenden Druckern und Metallern zu verdanken. Wer das anders sieht und anders darstellt, möchte dort ernten, wo er in Wirklichkeit nicht gesät hat.

Karl Hauenschild nimmt in seinem Geschäftsbericht ausführlich zu den Kontakten Stellung, die im internationalen Bereich mit anderen Gewerkschaften geknüpft wurden. Dabei geht er auch auf die Kontakte zur DDR ein. Er bezieht sich auf den Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972, den er als Ausgangsbasis für ein neues deutsch-deutsches Verhalten herausstellt. Dies ist sachlich richtig. Was Karl Hauenschild aber unerwähnt läßt, ist die Tatsache, daß wir als Gewerkschaften vor dieser Zeit in die Politik des kalten Krieges eingebunden waren, die es nicht zuließ, daß Deutsche mit Deutschen sprachen, obwohl die Gewerkschaftsmitglieder sich schon in den sechziger Jahren mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen hatten.

Es wäre gut, wenn sich der noch amtierende Hauptvorstand am heutigen Tage daran zurückerinnerte, daß es Wilhelm Gefeller auf dem Gewerkschaftstag 1966 in Dortmund war, der bestehende Verkrüpfungen zwischen beiden Teilen Deutschlands aufzureißen versuchte, indem er in seiner Eröffnungssprache an den damaligen Staatsratsvorsitzenden Ulbricht appellierte, den Dialog über Gesamtdeutschland aufzunehmen. Dies war für mich ein historischer Augenblick.

Ein Arbeiterführer unserer Organisation sprach sich für das aus, was Millionen von Arbeitnehmern wünschten. Er sprach es aus, ohne – und das ist wichtig, das Belegen die Protokolle über den Gewerkschaftstag im Jahre 1966 – vorher eine Absprache mit seinen Vorstandskollegen zu treffen. Der damalige Kongreß bedankte sich mit großem Beifall. Willy Brandt und andere namhafte Politiker unterstützten seine Aussage. Im Gegensatz dazu gab es namhafte Kollegen in unserer Organisation, die das Verhalten von Wilhelm Gefeller kritisierten und sich von dieser Aussage distanzieren.

Inzwischen ist Wilhelm Gefeller durch die Ostpolitik der Bundesregierung Brandt/Scheel und jetzt Schmidt/Genscher bestätigt worden. Wir sprechen miteinander, die Fronten sind aufgeweicht. Wir können nur hoffen, daß die Entspannungspolitik nicht durch eine unüberlegte Handlungsweise gestört oder gar zunichte gemacht wird. Die Kolleginnen und Kollegen, die sich auf dem Gewerkschaftstag 1966 gegen den Alleingang des damaligen Vorsitzenden ausgesprochen haben, werden sich heute nur ungern daran erinnern, denn inzwischen halten diese Kolleginnen und Kollegen es für selbstverständlich, daß die Kontakte zur DDR vertieft werden müssen. Die damals als Alleingang bezeichnete Äußerung war in Wirklichkeit die bis dahin unausgesprochene Meinung von Millionen Menschen. Dazu zählten nicht zuletzt auch große Teile unserer Mitglieder.

Aus dem verantwortungsbewußten Handeln von Wilhelm Gefeller sollten wir eigentlich gelernt haben. Nichts von dem ist spürbar. Im Gegenteil, die Diskussion um das demokratische Selbstverständnis unserer Organisation wird nicht mehr politisch geführt, sondern sie gleitet teilweise in eine persönliche, oftmals beleidigende Form ab. Die Diskussion um die Abschaffung von betrieblichen Vertrauensleuten ist ausgeföhrt, weil sich ein Hauptvorstand schlicht und ergreifend über die Gewerkschaftsbeschlüsse von Hamburg hinweggesetzt hat. Die Bundesarbeitstagung in München hat in dieser Frage goldene Brücken gebaut. Auch die sind vom jetzt noch amtierenden Hauptvorstand nach meiner Auffassung eingerissen worden. In nicht mehr zu überbietender Selbstherrlichkeit wollte der Hauptvorstand dann eine nicht mehr zu umgehende Satzungsänderung – § 35 – vom Beirat beschließen lassen, eine Änderung, die die Festschreibung von betrieblichen Vertrauensleuten für die nächsten Jahre und Jahrzehnte bedeuten hätte. Das sollte geschehen ohne Diskussion durch die Mitglieder der Gewerkschaft. Das höchste Beschlußgremium sollte aus dieser Angelegenheit von vornherein herausgehalten werden...

IG Chemie-Papier-Keramik Beschlüsse des Gewerkschaftstages

Die Woche vom 7. bis 13. September 1980, in der in Mannheim der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik tagte, hat nicht ausgereicht, um die mehr als 650 Anträge und Initiativanträge zu beraten und abzuhaken. So wird der Gewerkschaftstag in derselben Besetzung im November noch einmal zusammenkommen, um die restlichen rund 300 Anträge zu erledigen.

Nachstehend bringen wir eine Auswahl aus den bereits verabschiedeten Anträgen (A) und Initiativanträgen (IA). Nicht berücksichtigen konnten wir die Anträge zur Satzung, die – wie auf keinem Gewerkschaftstag sonst – die meiste Zeit der Antragsberatung in Anspruch nahmen. Der Konflikt in der IG Chemie-Papier-Keramik hatte sich zu einem großen Teil an Satzungsfragen entzündet, so an der Frage, ob es weiterhin neben den gewerkschaftlichen auch betriebliche Vertrauensleute geben darf, die von allen Beschäftigten gewählt werden. Da die Gewerkschaftsmitglieder unter ihnen aber zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten „berufen“ werden können, erlangen über diesen Weg Unorganisierte Einfluß auf gewerkschaftliche Angelegenheiten. Mit diesem Zustand soll nun bis zum 31. Dezember 1983 Schluß gemacht werden.

Gewerkschaft und Politik (A 120)

Freie und unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder demokratischen Gewerkschaft. Jeder Angriff auf die Autonomie und die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften ist zugleich eine Gefährdung der Demokratie. Deshalb wehren wir uns gegen jede Einengung unserer Aktionsfelder, wie von Arbeitgeberverbänden und Politikern versucht; gegen jede sogenannte „Vergutachtung“, die tarif- oder sozialpolitische Maßnahmen „versachlichen“ soll; gegen eine rückschrittliche Rechtsprechung, die überwiegend bestehende Machtverhältnisse absichert.

Wir bejahen die parlamentarische Demokratie und fordern deshalb von allen Arbeitnehmern das politische Engagement bei Wahlen, in den Parteien und in den Parlamenten.

Gewerkschaftliche Arbeit, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung (A 123)

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die Rationalisierung und der technologische Wandel erschweren unsere Gewerkschaftsarbeit. Sie bedrohen nicht nur die Arbeitnehmer in den Werkstätten und Büros, sie haben auch einen negativen Einfluß auf unsere Durchsetzungsmöglichkeit.

In der Tarifpolitik stoßen wir auf zunehmenden Widerstand der Unternehmer. Was sie alles ablehnen – das ist fast jeglicher sozialer Fortschritt –, geht aus ihrem Tabu-Katalog hervor.

Im politischen Bereich wird der Versuch deutlich, die Einheitsgewerkschaft zu spalten. Dies bedeutet einen Angriff auf die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine zunehmende Reformfeindlichkeit bestimmt heute den Alltag der Arbeitnehmer. Sie ist Ausdruck bestehender Unternehmerrmacht. Aus diesen Feststellungen, die nur grob die gegenwärtige Situation in Wirtschaft und Gesellschaft wiedergeben, müssen wir Konsequenzen ziehen:

1. Wir müssen künftig mehr als bisher sicherstellen, daß unsere Funktionäre den Informationsstand und die Informationen erhalten, die für eine wirkungsvolle Interessenvertretung der Arbeitnehmer erforderlich sind. Die zu große Abhängigkeit von der Informationspolitik der Unternehmer ist zu beseitigen.

2. Wir müssen dafür sorgen, daß die Rationalisierung nicht

zum sozialen Rückschritt wird, sondern daß die Auswirkung eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich bringt und nicht nur dem Nutzen der Unternehmer dient.

3. Wir müssen antreten gegen laufende Demontage von Betriebsratsrechten, indem wir unsere bestehenden Rechte wahrnehmen, die wir jahrzehntelang gegen den Widerstand der Unternehmer erkämpft haben.

4. Wir müssen durch den Auf- und Ausbau unserer Vertrauensleutearbeit betriebliche Gegenmacht organisieren. Dies kann geschehen, wenn wieder verstärkt das Gespräch mit dem einzelnen Mitglied gesucht und seine Meinung in den Willensbildungsprozeß einbezogen wird.

5. Die Aufklärung über unsere Ziele und Aufgaben, die Möglichkeiten zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit muß verstärkt erfolgen. Alle Kolleginnen und Kollegen sind aufgerufen, dazu beizutragen, daß unsere IG Chemie-Papier-Keramik gestärkt in die kommenden Auseinandersetzungen gehen kann.

Erhaltung der Einheitsgewerkschaft (A 128)

Die Gründung der Einheitsgewerkschaft ist eine aus historischen Erfahrungen geprägte Entscheidung. Die deutschen Gewerkschaften stellen durch diesen Schritt einen der wichtigsten Gestaltungsfaktoren für eine demokratische Fortentwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft dar. Ständige Angriffe gegen diese Einheitsgewerkschaft sollen die Stärke der Gewerkschaften und ihre Schlagkraft schwächen. Filzokratie-Kampagnen, Verbändegesetz-Vorschläge, Gewerkschaftsstaats-Diskussionen, Tabu-Kataloge, CSU-Konkurrenzwirtschaft und Drohung mit Spaltung sind dabei die ständigen Angriffsebenen konservativer Gegner der Einheitsgewerkschaft. Gefahr droht der Einheitsgewerkschaft aber auch durch linksextremistische Gruppierungen außerhalb der Gewerkschaften, die versuchen, in den Gewerkschaften oppositionelle Gruppen zu bilden, und anstelle der Solidarität aller eine einseitige politische Ausrichtung erreichen wollen.

Alle Kolleginnen und Kollegen sind aufgefordert, allen zerstörerischen Kräften Einhalt zu gebieten und sich für den dringend notwendigen Erhalt der Einheitsgewerkschaft einzusetzen. Der DGB ist aufgefordert, gegen alle Versuche, die Einheitsgewerkschaft zu zerstören, Stellung zu beziehen, um eine solidarische Abwehr auf breiter Ebene zu mobilisieren.

Neonazismus und Rechtsextremismus (A 129)

Der Beschluß des Deutschen Bundestages vom 3. Juli 1979, der beinhaltet, daß Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere Verbrechen aus der Nazi-Herrschaft, niemals verjähren, wird von der Konferenz begrüßt. Die Konferenz fordert, den sich immer mehr ausweitenden rechtsextremistischen Ausschreitungen, terroristischen Aktivitäten von Neonazis sowie der Propagierung nationalsozialistischer Ideologien und dem öffentlichen Handel mit Nazi-Souvenirs konsequent und wirksam zu begegnen. Dabei sind alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Neofaschistische Gruppen betreiben mit wachsender Aktivität politische Agitation. Hierbei geht es um Verherrlichung des nationalsozialistischen Regimes bei gleichzeitiger Verharmlosung nationalsozialistischen Unrechts. Es erinnert an schlimme Zeiten, wenn gewerkschaftliche Veranstaltungen aufgrund gleichzeitiger provokatorischer rechtsradikaler Auftritte verboten werden. Die Zahl von Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund hat sich in letzter Zeit erschreckend gesteigert. Diesen Tendenzen ist energisch entgegenzutreten.

Überprüfung von Betriebsräten durch Verfassungsschutzorgane (A 135)

Die Delegierten beschließen, „daß die derzeitigen Methoden der Verfassungsschutzorgane, hier insbesondere die Überprüfung und Datenerfassung von Betriebsräten und Vertrauens-

leuten, eingestellt und gesammelte Daten vernichtet werden. Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik und der DGB sollen auf Regierung und Innenminister einwirken."

Investitionszulagen nur bei Arbeitsplatzgarantien (A 165)

Der Hauptvorstand der IG Chemie wird aufgefordert, bei der Bundesregierung und den Landesregierungen darauf hinzuwirken, daß staatliche Investitionshilfen künftig nur noch gegen die verbindliche Garantie der Schaffung bzw. Erhaltung einer bestimmten Zahl von Arbeitsplätzen vergeben werden. Diese Garantieerklärung muß sich auf mehrere Jahre erstrecken. Wird sie nicht eingehalten, sind die gewährten Zuschüsse vollständig zurückzuzahlen.

Erhöhung der Kilometerpauschale (A 209)

Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik wird aufgefordert, auf den Gesetzgeber einzuwirken, daß die Kilometerpauschale erhöht und zum anderen unabhängig von der Wahl des Verkehrsmittels eine Entfernungspauschale gewährt wird.

Friedens- und Entspannungspolitik (A 234)

Die IG Chemie-Papier-Keramik verurteilt den Einmarsch der sowjetischen Truppen nach Afghanistan. Sie verurteilt ebenso die Ermordung des gewählten Staatsoberhauptes und die Errichtung der Diktatur in Chile, ein Ereignis, was nicht ohne Einwirkung bzw. Duldung der USA geschah.

Die Menschenrechte sind unteilbar. Aus diesem Grunde unterstützt die IG Chemie-Papier-Keramik die Friedens- und Entspannungspolitik der Bundesregierung und fordert ihre beharrliche Fortführung. Das Gegenteil dieser Politik bedeutet kalten Krieg, Wettrüsten und eine weitere sinnlose und gefährliche, durch Opfer der Arbeitnehmer und durch noch mehr Hunger und Elend in der Dritten Welt zu bezahlende Entwicklung in Richtung Krieg. Europa würde zum Schlachtfeld eines Krieges der Supermächte werden. Da wir Arbeitnehmer wissen, zu welchen Konsequenzen für uns eine großsprecherische, scharfmacherische und risikoreiche Anti-Entspannungspolitik führen würde und jede Gewaltanwendung gewerkschaftlichen Grundauffassungen widerspricht, unterstützt unsere Gewerkschaft aktiv eine Politik des Friedens und der Entspannung und erteilt jedem, die wirtschaftlich und politisch von einem neuen kalten Krieg Profit erhoffen, eine harte Absage.

Die IG Chemie-Papier-Keramik warnt alle Arbeitnehmer, jenen zu folgen, deren Politik sich nicht am unbedingten Willen zu Frieden und Entspannung jederzeit vorrangig orientiert.

Humanisierung der Arbeit (A 243)

Der Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik wird aufgefordert, sich beim Gesetzgeber und als Tarifvertragspartei dafür einzusetzen, daß die Arbeitsbedingungen humaner gestaltet werden, und zwar durch

1. Abbau der Überbelastung durch bezahlte Erholpausen
2. Reduzierung des Leistungsdrucks
3. Einschränkung der monotonen Arbeit
4. Verkürzung der individuellen Lebensarbeitszeit
5. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit
6. Urlaubsverlängerung.

Aussperrung (A 569)

Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß alle Untergliederungen der Organisation sowie Funktionäre, die gleichzeitig Mandatsträger anderer Gremien, z. B. politischer Parteien, sind, sich aktiv für ein Verbot der Aussperrung einsetzen und entsprechende Beschlüsse herbeiführen. Veranstaltungen und aufklärendes Material sollten unterstützend dabei eingesetzt werden.

Militärputsch in Bolivien (IA 6)

Zwei Wochen vor der Einberufung des neuen Parlaments hat in Bolivien ein blutiger Militärputsch stattgefunden, der einmal mehr die Hoffnung des Volkes auf eine demokratisch gewählte Regierung zunichte gemacht hat. Schon seit Wochen hatten die reaktionären Militärs angekündigt, daß sie das Wahlergebnis nicht respektieren würden. Die breite Mehrheit der Bolivianer hat in den Wahlen im Juni dieses Jahres für eine Regierung gestimmt, die den ausgebeuteten Massen nach Jahren der Diktatur und des Elends die Einhaltung der demokratischen Rechte und mehr soziale Gerechtigkeit versprochen hatte.

— Gewerkschaftsführer, Priester, Studenten, zahlreiche demokratische Politiker, Journalisten werden gefangengenommen oder entführt, gefoltert und ermordet. Die Armenviertel von La Paz und Bergwerksdistrikte, in denen sich der Widerstand der Arbeiter und Bauern konzentriert, werden sogar aus der Luft angegriffen.

— Auf internationaler Ebene ist der Putsch fast ausnahmslos verurteilt worden.

Der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik fordert von der Bundesregierung:

- Einstellung jeglicher Wirtschaftshilfe
- Öffnung der deutschen Botschaft für politische Flüchtlinge und Angebot des politischen Asyls.
- Ausübung jedes möglichen Drucks auf die Militärjunta mit dem Ziel:
- Freilassung der politischen Gefangenen; Verhinderung des Massakers an Tausenden von Bolivianern.
- Wiederherstellung der demokratischen Rechte und der Gewerkschaftsfreiheit.
- Anerkennung der demokratisch gewählten Regierung, die sich im Untergrund konstituiert hat.

Der Gewerkschaftstag fordert die Unterstützung der demokratischen bolivianischen Volksbewegung durch die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland.

Sicherung der Montanmitbestimmung (IA 13)

Der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik erklärt seine Solidarität mit der IG Metall und den Beschäftigten des Mannesmann-Konzerns in ihrem Kampf um die Sicherung der Montanmitbestimmung. Mit Entschiedenheit weisen wir den Mannesmann-Angriff auf die Montanmitbestimmung zurück, die es nicht einzuschränken, sondern auch auf andere Wirtschaftsbereiche auszuweiten gilt. Wir fordern den Gesetzgeber auf, alsbald eine dauerhafte gesetzliche Regelung zur Sicherung der Montanmitbestimmung vorzunehmen. Wir erwarten ferner, daß das gewerkschaftliche Anliegen, die Mitbestimmung nach dem Montanmodell auf die großen Unternehmen auch anderer Wirtschaftszweige auszudehnen, bei dieser Gelegenheit zielstrebig mitverfolgt und ebenfalls in gesetzgeberische Bahnen gelenkt wird.

Der Angriff auf die Montanmitbestimmung fügt sich nahtlos ein in die Strategie der Unternehmerverbände zur Verschärfung des Klassenkampfes von oben, wie sie mit der Kampagne gegen den angeblichen Gewerkschaftsstaat, der Verfassungsklage gegen das Mitbestimmungsgesetz, dem Tabu-Katalog und der Aussperrungspraxis deutlich wurde.

Der 11. Ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik fordert den Hauptvorstand auf, gemeinsam mit dem DGB-Bundesvorstand und den anderen DGB-Gewerkschaften alle Vorkehrungen zu treffen, um nötigenfalls in solidarischen Aktionen des gesamten DGB die Montanmitbestimmung zu verteidigen und eine im Arbeitnehmerinteresse liegende Regelung durchzusetzen.

Konfliktgeladener Gewerkschaftstag der IG Chemie: Fortsetzung folgt

Spät- und Nachtsitzungen des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik in der Woche vom 7. bis 13. September 1980 in Mannheim vermockten die 421 Delegierten nicht aus der Zeitnot zu befreien. Zuviel Zündstoff hatte sich angesammelt, worüber diskutiert werden mußte. So blieben am Ende noch 255 Anträge unerledigt. Die sollen nun am 24. und 25. November in einer Fortsetzung des Gewerkschaftstages in Hamburg beraten und entschieden werden.

In der Diskussion über den Geschäftsbericht zur Tarifpolitik gab es heftige Kritik an Form und Inhalt der tarifpolitischen Arbeit. Attackiert wurden die ungenügende Einbeziehung der Mitglieder bei Tarifbewegungen durch den Hauptvorstand, die wiederholten zentralen Verhandlungen, obgleich die Tarithoheit bei den Bezirken liegt, das Zurückbleiben hinter den gestellten Forderungen und die mangelnde Kampfbereitschaft an der Spitze. Man sei in den letzten Jahren im Windschatten der Gewerkschaften gesegelt, die den Streik nicht gescheut haben. Das vom Vorsitzenden Hauenschild in der Öffentlichkeit des öfteren geäußerte Verständnis für die Interessen der Unternehmer, so der Delegierte Nickel, habe „bewirkt, daß das Vertrauen in die Organisation bei vielen Mitgliedern, vor allem aber bei den aktiven, verlorengegangen ist“.

Um dieses arg gestörte Vertrauensverhältnis zwischen Mitgliedern und Führung ging es auch in der Diskussion der Geschäftsberichte von Karl Hauenschild und Paul Plumeyer, bis zu seiner Abwahl zuständig für Organisation und Vertrauensleute, sowie in der Debatte über die 117 Anträge zur Satzung. Allein die Diskussion der Geschäftsberichte hat schon Rekordziffern aufzuweisen: volle 24 Stunden Diskussion mit fast 200 Wortmeldungen! In der danach folgenden Satzungsberatung kam es erneut zu einer Marathondebatte.

Mehrere Vorgänge — neben der mangelhaften Tarifpolitik — hatten vor allem in den beiden letzten Jahren in der IG Chemie so viel Furore gemacht, daß es in Mannheim zu der gewitterhaften Entladung kommen mußte:

■ Da war einmal der Versuch des Hauptvorstandes Anfang 1979, ohne Diskussion in der Mitgliedschaft eine Satzungsänderung durch den Beirat beschließen zu lassen, wonach neben der Wahl auch die Berufung gewerkschaftlicher Vertrauensleute möglich werden sollte. (Die dann fixierte „ausnahmeweise“ Berufung darf laut Beschluß von Mannheim nur noch bis Ende 1983 erfolgen.)

■ Der Geschäftsführer der IG-Chemie-Verwaltungsstelle von Hann. Mün-

den, Ferdinand Patschkowski, der diese Pläne in der Organisation bekanntgemacht hatte, wurde deshalb vom Hauptvorstand fristlos entlassen, mußte aber nach einem Entscheid des Beschwerdeausschusses wieder eingestellt werden.

■ Daraufhin formulierte der geschäftsführende Hauptvorstand einen Antrag an den Mannheimer Gewerkschaftstag mit dem Ziel, dem Beschwerdeausschuß derartige Kompetenz, soweit sie arbeitsvertragliche Fragen betreffen, zu nehmen. (Das wurde so beschlossen; jetzt ist dafür der Beirat zuständig.)

Wahlergebnisse

Karl Hauenschild, Vorsitzender: 289 ja, 113 nein, 19 Enth.

Hermann Rappe, stellv. Vorsitzender: 308 ja, 91 nein, 22 Enth.

Werner Vilt, stellv. Vorsitzender: 244 ja, 128 nein, 49 Enth.

Heinz Voßhenrich, Hauptkassierer: 353 ja, 45 nein, 16 Enth.

Weitere Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes erhielten (von 418) Stimmen:

Liesel Winkelsträter 303,
Egon Schäfer 278,
Wolfgang Schultze 263,
Horst Mettke 261.

Es unterlagen:

Paul Plumeyer mit 162,
Dieter Kretschmer mit 129,
Ferdinand Patschkowski mit 99 Stimmen.

■ Paul Plumeyer, der zunächst zur Wiederwahl vorgesehen war, wurde wegen einer vom geschäftsführenden und vom ehrenamtlichen Hauptvorstand als unsolidarisch empfundenen kritischen Rede in Hann. Münden, die auch obige Vorgänge betraf, das Mißtrauen ausgesprochen und wieder von der Kandidatenliste gestrichen.

■ Karl Hauenschild hatte in mehreren Interviews, so auch in einer Fern-

seh-Talkshow, wiederholt — und nach Meinung vieler Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaft auch zuviel — Verständnis für die Unternehmerseite gezeigt.

■ Kritische Meinungen zu den verschiedenen Vorgängen wurden von den Publikationsorganen der Gewerkschaft nicht gedruckt oder sogar ausdrücklich abgewiesen.

Diese und andere Dinge hatten in der IG Chemie-Papier-Keramik auf allen Organisationsebenen und in allen Teilen der Bundesrepublik eine heftige Diskussion in Gang gesetzt, die zwei Grundfragen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses in den Mittelpunkt rückte: die innergewerkschaftliche Demokratie, die als verletzt und wiederherstellungsbedürftig empfunden wurde, und die Frage, ob die IG Chemie mit der sozialpartnerschaftlichen Orientierung ihrer Führung noch in der Lage sei, die härtere Gangart der Unternehmer zu parieren und die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen, oder ob stärkeres Auftreten als Kampforganisation notwendig sei. (Siehe stellvertretend für viele der Diskussionsbeiträge von Werner Franke, Seite 18.)

Offensichtlich hatten aber die Unzufriedenen ihre Kräfte auf diesem Gewerkschaftstag überschätzt. Bereits lange vorher hatte die „Hauenschild-Linie“ in den Bezirken ihre Weichen gestellt. Das zeigte sich im genormten Stimmverhalten ganzer Delegiertenblocks, das offenkundig auch in den geheimen Abstimmungen bei der Wahl der Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstandes beibehalten wurde. So fielen die Gegenkandidaten der kritischen Strömung, Plumeyer, Kretschmer und Patschkowski, durch.

Ein übriges tat auch der schnell noch mobilisierte Antikommunismus. Plumeyer hatte sein Verständnis von Einheitsgewerkschaft sinngemäß so beschrieben, daß dazu auch die Kommunisten gehörten, oder man müsse sie erklärtermaßen draußen lassen, dann aber nicht mehr von Einheitsgewerkschaft reden. Mitglieder minderen Rechts jedenfalls dürfe es nicht geben, weil das gegen die Satzung verstoße. Diesen „Fehltritt“ nutzte namentlich Hermann Rappe, stellvertretender Vorsitzender und SPD-Bundestagsabgeordneter, zu dem Versuch, die Kritiker samt und sonders in die linke Ecke zu stellen. Er jedenfalls wolle „aufgrund meiner jahrzehntelangen politischen Heimat keine Kommunisten in Funktionen sehen“.

Es ist nicht möglich, hier auch nur ein annäherndes Gesamtbild vom Ablauf dieses Gewerkschaftstages zu geben (Beschlüsse siehe auf Seiten 19/20). Wenngleich es den kritischen Kräften in Mannheim nicht gelang, sich durchzusetzen, so dürfte andererseits feststehen, daß die Führungsmannschaft um Hauenschild nicht einfach so weitermachen kann, als wäre nichts geschehen. Gerd Siebert

GdED auf gleicher Spurenbreite mit anderen DGB-Gewerkschaften

Knapp eineinhalb Jahre nach ihrem außerordentlichen Kongreß in München versammelten sich vom 8. bis 12. September im Westberliner Palais am Funkturm 593 Delegierte und Gastdelegierte — sie vertraten 404 000 Mitglieder — zu ihrem 11. ordentlichen Gewerkschaftstag. Es war des Guten zuviel, was an politischer Prominenz erschienen war. Alle, angefangen vom Kanzler, über die Minister Gscheidle und Ehrenberg bis hin zu Bundesfinanzminister Matthöfer, hielten lange Reden. Der Beobachter konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als solle hier der Wahlkampf entschieden werden.

Dabei haben die Eisenbahner, sie sind zu 80 Prozent in der GdED organisiert, keinen Grund, der Bundesregierung besonders dankbar zu sein. Immerhin wurden seit dem 1974 verhängten Einstellungsstopp rund 90 000 ausscheidende Eisenbahner nicht ersetzt. Zwar werden in diesem Jahr erstmals wieder 18 200 Neueinstellungen vorgenommen, aber das reicht gerade aus, um den „natürlichen Abgang“ auszugleichen. Und so sprach dann auch GdED-Vorsitzender Haar von dem Zug, der „noch nicht im neuen Gleis“ sei.

Die Folgen dieser verfehlten Personalpolitik sind nicht zu übersehen. Beispielsweise gab es im Berichtszeitraum 100 335 Arbeitsunfälle. Das Durchschnittsalter bei der Pensionierung im mittleren Dienst beträgt 56,3 und im einfachen Dienst nur noch ganze 53,8 Jahre. Hinzu kommen Millionen nicht ausgeglichener Überstunden und Urlaubstage, so daß „weitere Appelle an die Leistungsbereitschaft der Eisenbahner“ nichts mehr nützen. „Wir brauchen Taten“, so der Kommentar von Haar.

Bei den Wahlen gab es eine Überraschung und ein Novum in der GdED-Geschichte. Franz Wolf, seit 1979 für Organisationsfragen zuständiges geschäftsführendes Hauptvorstandsmitglied, erhielt nur 112 von 274 Delegiertenstimmen. Vorgeworfen wird ihm, daß er mit „zuviel Hemdsärmeligkeit“ vorgegangen sei und die Befugnisse des Hauptvorstandes stärken wollte. U. a. werden ihm in diesem Sinne geplante Satzungsänderungen angelastet. Diese wurden jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Selbst der geschäftsführende Hauptvorstand war überrascht. Man habe mit einem „Denkzettel“ gerechnet, aber nicht mit einem solchen Ergebnis. An seine Stelle wurde der bisherige Vorstandssekretär Rolf Hofmann gewählt. Überhaupt wurde die GdED-Spitze enorm verjüngt. Neu gewählt wurden Dieter Langendorf, Rudolf Kobilke und Gerd Pohl.

Zu befinden hatten die Delegierten über 383 Anträge, Entschließungen und Initiativanträge. Für eine gründliche Be-

ratung indes war die Zeit ziemlich knapp. Bereits für den nächsten Gewerkschaftstag sollen Konsequenzen gezogen und für die Beratungen einen Tag länger angesetzt werden.

Was die politischen und tariflichen Forderungen betrifft, so befindet sich die Eisenbahnergewerkschaft durchaus auf der gleichen Spurenbreite mit anderen DGB-Gewerkschaften. Solidarität wird

Wahlergebnisse

	Ab- gegebene Stimmen	Ja- Stimmen
Ernst Haar	273	263
Heinz Frieser	273	253
Hubert Vomberg	273	255
Dieter Langendorf	273	265
Rudolf Kobilke	273	256
Gerd Pohl	273	239
Rolf Hofmann	273	225

den um den Erhalt der Montanmitbestimmung kämpfenden Metallarbeitern zugesichert, denn auch bei der Bundesbahn rührten sich „Mannesmänner“, um die schon beschränkten Mitbestimmungsrechte weiter auszuhebeln. Die Aussperrung, die als „Fremdkörper und Krebsgeschwür“ bezeichnet wurde, müsse verboten werden.

In Reden und Beschlüssen wurde für die Erhaltung des Friedens, für Abrüstung und Entspannung eingetreten. „Das Motto des Antikriegstages 1979 — ‚Nie wieder Krieg‘ — Abrüstung — Gewinn für uns“ — sei auch 1980 aktuell, wird in einem Beschluß betont. „Eine wesentliche Voraussetzung für den sozialen Fortschritt ist ein gesicherter Friede. Dieser kann auf die Dauer nur durch Abrüstung erzielt werden. Die jüngsten NATO-Beschlüsse und die derzeitige Politik der Stärke stehen im krassen Widerspruch dazu“, heißt es in der Begründung.

Für Kriegsdienstverweigerer, so besagt

ein weiterer Beschluß, sei die Gewissensprüfung abzusuchen. Scharf distanzieren sich die Delegierten von der Straußschen und Stoiberschen Gleichsetzung Nationalsozialisten — Sozialisten. Das sei „eine Geschichtsfälschung und muß von der organisierten Arbeitnehmerschaft entschieden zurückgewiesen werden“. Ebenso eindeutig war die Haltung zur Einheitsgewerkschaft. Allen Spaltern, die mit „Etiketten wie Gewerkschaftsstaat, neue Gewerkschaftsfrage, Fraktionierung des DGB, Neugründung von Standesverbänden, Verbandsgesetz, Unterwanderung des DGB“, das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, wurde der Kampf angesagt (siehe Einhefter).

Auf tarifpolitischem Gebiet werden u. a. die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Einkommensausgleich, Verwirklichung des Grundsatzes „Anwesenheit gleich Arbeitszeit“, Mindesturlaub von 6 Wochen, zusätzlicher Urlaub bzw. Freischichten für ältere Beschäftigte, zwei Wochen Bildungsurlaub für alle verlangt. Durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter soll eine „Verbesserung des Lebensstandards“ erreicht und einem weiteren Auseinanderklaffen von Brutto- und Realeinkommen entgegengesteuert werden.

Vom GdED-Gewerkschaftstag waren Aussagen zu den Berufsverboten für die Bundesbahner Langmann, Wiese und Röder erwartet worden. Bekanntlich hatte sich der im Juni stattgefundene ÖTV-Gewerkschaftstag mit den Berufsverbotsopfern bei der Bahn solidarisiert. Auf dem GdED-Gewerkschaftstag herrschte dazu jedoch Funkstille, wenn man von einer zurückhaltenden Entschließung absieht. In ihr wird auf die „bestehenden rechtlichen Regelungen in Beamtengesetzen, Tarifverträgen, im Strafbuch und im Grundgesetz“ sowie auf bereits gefaßte Beschlüsse früherer Gewerkschaftstage verwiesen. Angesichts der konkreten Fälle wäre ein offenes Wort dazu jedoch angebracht gewesen.

Im Vergleich zu anderen Gewerkschaften und zum DGB selbst gibt es bei den Eisenbahnern eine auffallende Besonderheit: Sie tritt für die Erhaltung des Berufsbeamtentums ein und hält sich zugute, daß sie es 1945 erfolgreich gegen die Alliierten verteidigt hätte. Damit stellt sie sich im Gegensatz zum Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms. Hier wird ein an „einheitlichen Grundsätzen orientiertes Personalrecht“ verlangt, „das nicht mehr die herkömmlichen Arbeitnehmergruppen unterscheidet“.

Der GdED-Gewerkschaftstag endete mit einem Bekenntnis zur internationalen Solidarität. Kurz vor Schluß war der Militärputsch in der Türkei bekannt geworden. Spontan spendeten die Delegierten 10 675 DM. Gisela Mayer

Lehrer und Wissenschaftler nicht im Schmollwinkel

Von Kurt Bunke, Bundesvorsitzender des Ausschusses junger Lehrer und Erzieher (AJLE) der GEW

Noch liegen die offiziellen Dokumente des Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der vom 30. Oktober bis 4. November in Mannheim stattfindet, nicht vor, Anträge und Geschäftsbericht für den Gewerkschaftstag der GEW werden erst Anfang Oktober veröffentlicht, wenn sich die vorliegende Nummer der „NACHRICHTEN“ gerade im Umbruch befindet. Mir bleibt als Kommentator nur übrig, aus den Erfahrungen der täglichen gewerkschaftlichen und bildungspolitischen Arbeit die Erwartungen zu formulieren, die ich an den Gewerkschaftstag stelle.

Man sollte zunächst einmal nüchtern Bilanz über die Arbeit der GEW in den vergangenen drei Jahren ziehen. Soweit sich diese Bilanz in Mitgliederzahlen niederschlägt, ist sie sehr günstig. Während des Gewerkschaftstages dürfte die Aufnahme des 200 000. Mitglieds gefeiert werden. Trotz der allenthalben konstatierten Tendenz zur Resignation läßt sich also festhalten, daß die Lehrer, Erzieher und Wissenschaftler der Bundesrepublik sich nicht in den individuellen Schmollwinkel zurückziehen, sondern aktiv ihre Interessen vertreten. Aber nicht nur Mitgliederzuwachs haben die letzten drei Jahre gebracht, sondern auch gewerkschaftliche Aktivitäten, die qualitativ und quantitativ über das vorher erreichte Maß hinausgingen.

Erstmals haben die Lehrer über das Streikrecht für Beamte nicht nur diskutiert, sondern vor nunmehr fast einem Jahr in einer beeindruckenden Aktion auch die Arbeit niedergelegt. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik hat anlässlich der geplanten Entlassung von Assistenzprofessoren an der Universität Bremen eine Urabstimmung über gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen auch unter Hochschullehrern stattgefunden. In Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Niedersachsen konnten die GEW Massendemonstrationen organisieren, und auch in kleineren Landesverbänden ist viel an breitenwirksamer Mobilisierung gelaufen. Die Kampfkraft der GEW ist gewachsen, dies wird man als wesentliches Ergebnis der vergangenen Legislaturperiode konstatieren dürfen.

Gewachsen sind aber auch die Schwierigkeiten, gewerkschaftliche Positionen durchzusetzen. Der Grundwiderspruch ist geblieben, vor den sich die GEW seit Jahren gestellt sieht: immer mehr arbeitslose Lehrer trotz zu großer Klassen und Unterrichtsausfall. Zu dem Thema „Wie setzen wir uns durch?“, das Leitmotiv des Gewerkschaftstages werden soll, werden die Delegierten diskutieren müssen, wie dieses Grundproblem langfristig angegangen werden

kann. Im Mittelpunkt der Diskussion um sichere Arbeitsplätze dürfte, wie auch bei den anderen Gewerkschaften, die Frage der Arbeitszeitverkürzung stehen.

Im letzten Jahr ist in der GEW die Grundlage für eine Strategie gelegt worden, die auf die organische Verknüpfung juristischer und politischer Formen der Auseinandersetzung abzielt. Die fruchtlose Debatte früherer Jahre über juristisches Vorgehen und klassische Lobbypolitik einerseits sowie Massenaktivitäten und Streikmaßnahmen andererseits sollte auf dem Gewerkschaftstag endgültig überwunden werden. Der Gewerkschaftstag wird sich die Aufgabe stellen müssen, in dieser Kernfrage der Gewerkschaftspolitik ein Aktionsprogramm zu entwickeln, das alle möglichen Formen der Auseinandersetzung einbezieht und bis in die Mitte der achtziger Jahre hineinreicht.

Breiten Raum in der Diskussion verdient die Frage, wie restaurativen Tendenzen in der Bildungspolitik Einhalt geboten werden kann. Rechte Kräfte — Franz Josef Strauß tut sich dabei ja hervor — versuchen, Reformansätze wie die integrierte Gesamtschule zu diskreditieren und endgültig abzuschaffen, unter dem Titel „Mut zur Erziehung“ verstaubte Ideologien des kalten Krieges der fünfziger Jahre für das Jahr 2000 aufzupolieren und den Hochschulbereich mit Hilfe der Studienreform von oben wieder im Sinne einer Eliteausbildung zu ordnen. Der Gewerkschaftstag hat es in der Hand, vorhandene Ansätze weiterzuentwickeln, die diesen Tendenzen entgegenwirken können. In einigen Landesverbänden der GEW und auch in der Bundesorganisation sind in letzter Zeit beachtliche Dokumente zur Propagierung antifaschistischer, demokratischer Bildungsinhalte konzipiert worden.

Ein klares Wort sollte zur Verteidigung sozialer und politischer Arbeitnehmerrechte gesprochen werden. Der Kampf für das Verbot der Aussperrung und für

Erhalt der Montanmitbestimmung wird auf dem Gewerkschaftstag sicherlich eine Rolle spielen. Viele Mitglieder der GEW erwarten deutlichere Worte zum internationalen Skandal der Berufsverbote in der Bundesrepublik, als sie der letzte Gewerkschaftstag gefunden hat. Es gibt vielfältige Gewerkschaftsinitiativen gegen die Berufsverbote. Jeder, der sich mit einem Berufsverbotfall schon näher befaßt hat, kennt die positiven Reaktionen örtlicher Gewerkschaften aus Partnerstädten, kennt die Solidarität gewerkschaftlicher Organisationen aus Großbritannien, Frankreich, den skandinavischen Ländern und Italien.

Mit internationaler Solidarität kann die GEW auch bei der Durchsetzung des Streikrechts für Beamte in der Bundesrepublik rechnen. Schließlich trägt das Ratifizierungsgesetz der Europäischen Sozialcharta, die das Streikrecht allen Arbeitnehmern, also auch den Beamten, garantiert, schon die Unterschriften der Herren Lübke, Erhard und Schröder. Eigentlich sollte in der Bundesrepublik jetzt ein politisches Klima geschaffen sein, das es gestattet, diese gesetzliche Verpflichtung endgültig zu realisieren.

Eine wichtige Rolle auf dem Gewerkschaftstag wird sicherlich die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm des DGB spielen. Dem Vernehmen nach liegen Anträge zur Präambel, zum bildungspolitischen Teil, zu Ausländerfragen und zur Energieversorgung vor. Es ist zu hoffen, daß dem Thema einer kontrollierten Abrüstung die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird. Durch die gegenwärtigen Aufrüstungspläne ist ja nicht nur Mitteleuropa und insbesondere die Bundesrepublik davon bedroht, eine strahlende Todeswüste zu werden. Bereits jetzt führt die Belastung durch die Kosten der Hochrüstung zu nicht vertretbaren Einbußen im Bildungs- und Sozialbereich. Ein kleiner Bruchteil dessen, was zur Vorbereitung des Todes in der Bundesrepublik an Militärausgaben aufgewendet wird, könnte das Problem der Lehrerarbeitslosigkeit beseitigen. Die GEW sollte ihre Kontakte zu Gewerkschaften der sozialistischen Länder ausbauen und intensivieren, um auf der Ebene der Arbeitnehmerorganisationen durchgreifenden staatlichen Abrüstungsverhandlungen den Weg zu bereiten.

Sicherlich werden auf dem Gewerkschaftstag auch wieder viele innergewerkschaftliche Fragen diskutiert. Vielleicht gelingt es diesmal endlich, die Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu überwinden, und sehr zu hoffen ist, daß die Delegierten den Beschluß der Deutschen Postgewerkschaft nicht auf den GEW-Bereich übertragen, der die Gewerkschaftsmitglieder in wählbare und nicht wählbare, in Mitglieder zweiter Klasse und erster Klasse unterteilt und für diese Unterteilung das Kriterium der DKP-Mitgliedschaft anführt.

DPG-Jugend

Mit weit über 3000 Teilnehmern fand vom 5. bis 7. September im hessischen Weiterstadt unter der Losung: „Für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“ das 2. Jugendtreffen der Deutschen Postgewerkschaft statt. Neben Sport, Spiel und Kultur stand die Diskussion politischer Fragen im Mittelpunkt des dreitägigen Treffens. Dabei wurden alle heißen Eisen angepackt, angefangen von Fragen des Friedens, der Entspannung, der Abrüstung, über Berufsverbote, Lehrstellenmangel bis zum vom DPG-Gewerkschaftsrat empfohlenen Funktionsverbot für der DKP angehörende Mitglieder der DPG.

Am zweiten Tag des Treffens waren Politiker der drei im Bundestag vertretenen Parteien zu einer Podiumsveranstaltung eingeladen worden. Buchstäblich wurden sie von rund 2000 jungen Postlern auf Herz und Nieren geprüft. An der Reaktion der Teilnehmer wurde deutlich, daß die Antworten sie keineswegs zufriedenstellten. Das betraf besonders die NATO-Beschlüsse vom Dezember des vergangenen Jahres zur Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik. Diese wurden – wenn auch mit unterschiedlichen Nuancierungen – von den Parteivertretern als „Nachrüstungsbeschlüsse“ verteidigt.

Was die Berufsverbote betrifft, so zeigte sich der CDU-Vertreter vollkommen damit einverstanden. Und auch der FDP-Politiker befürwortete sie für „staatstragende Funktionen“. Allerdings seien sie auf Postboten und Lokomotivführer nicht anzuwenden. Als undemokratisch bezeichnete der Vertreter der SPD, der ehemalige Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder, die Berufsverbote. Allerdings seien sie durch die erfolgte Rechtsprechung „legalisiert“ worden.

Damit sind jedoch die jungen Postgewerkschafter nicht einverstanden. So hatten z. B. die Hessen eigens für das Weiterstadt-Treffen eine Dokumentation der Fälle von drohenden Berufsverböten in ihrem Bereich erarbeitet und in einer Unterschriftenaktion die Aufhebung verlangt. In einer Diskussionsrunde speziell zu diesem Thema solidarisierte sich DPG-Bezirksleiter Josef Stark mit den Betroffenen. Seine Gewerkschaft werde dafür eintreten, so versicherte er, daß die Berufsverbote beseitigt würden.

Kontrovers verlief die Diskussion in einer Veranstaltung zur Einheitsgewerkschaft. Während die offiziellen Vertreter des DPG-Vorstandes den Gewerkschaftsratsbeschluß verteidigten, der DKP-Mitglieder zu Mitgliedern zweiter Klasse stempelt, wurde er von den jungen Postlern einhellig abgelehnt.

G. M.

ÖTV: Bemühungen um Arbeitsplätze bei DDG

Um den Erhalt der rund 2300 Arbeitsplätze bei der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft (DDG) „Hansa“ ist gegenwärtig verstärkt die Gewerkschaft ÖTV bemüht. Angesichts der anstehenden Vergleichsverhandlungen fordert die Gewerkschaft, daß alle Linienschiffe der Gesellschaft weiterhin unter deutscher Flagge eingesetzt werden. Auch für die rund 140 Auszubildenden der DDG „Hansa“ müsse gesichert sein, daß sie ihre Ausbildung fortsetzen könnten. Darüber hinaus verlangt die ÖTV, daß auch für die Landbeschäftigten insbesondere in den „Hansa“-eigenen Stauerien und in der Verwaltungszentrale die Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Gegen Privatisierung öffentlicher Dienste

Gegen Versuche, öffentliche Dienstleistungen abzubauen oder in Privathand zu überführen, kündigte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter entschiedenen Widerstand an. In einer Stellungnahme Anfang September hob er hervor, daß die „Privatisierungsschlacht“ noch nicht geschlagen sei. Noch immer übten reformfeindliche Kräfte Druck auf Bund, Länder und Gemeinden aus, um der Privatwirtschaft profitable Dienstleistungen zuzuschauen. In ähnlich scharfer Form protestierte der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Heinz Esders, gegen die Vorschläge der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Breuel ausschließlich für private Netzträgerschaft im Kabelrundfunknetz.

GTB: Bilanz der Gewerkschaftsgelder

In der Oktoberausgabe veröffentlichte die Mitgliederzeitschrift „textil – bekleidung/einigkeit“ die Bilanz über Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaft Textil – Bekleidung für das Jahr 1979. Danach wurden die Einnahmen in Höhe von rund 51 Millionen DM folgendermaßen verwendet: rund 21 Millionen DM für die örtliche Gewerkschaftsarbeit, rund 3 Millionen DM für die bezirkliche Gewerkschaftsarbeit, rund 4 Millionen DM für zentrale Schulungen, Werbung und Betreuung, rund 8 Millionen DM für zentrale Konferenzen und Sitzungen, etwa 6 Millionen DM an Beiträgen für den DGB, 4 Millionen DM Leistungen an die Mitglieder (ohne Streikgeld), knapp 6 Millionen DM für zentrale Gewerkschaftsarbeit und gut 1 Million DM für Zeitungen und Publikationen.

PERSONALIEN

Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten (NGG), und **Berthold Keller**, Vorsitzender der Gewerkschaft Textil – Bekleidung (GTB), gaben Ende September den Beschluß der Hauptvorstände beider Organisationen bekannt, zum Programmtext des DGB gemeinsame Änderungsanträge einzureichen. Insgesamt handele es sich um 19 Anträge, die in den letzten Monaten auf allen Ebenen der Gewerkschaften diskutiert worden seien. Eine breitere Information der Mitgliedschaft durch die Zeitungen „einigkeit“ und „textil – bekleidung“, die gemeinsam herausgegeben werden, erfolgte jedoch noch nicht. Laut Pressemitteilung unterstreichen die beabsichtigten Änderungsanträge die Übereinstimmung von Programmaussagen mit der grundgesetzlichen Ordnung und verstärken das Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft. Beide Gewerkschaften „möchten auch das Toleranzangebot in klarer Aussage erhalten“.

Jörg Herpich, 27, bislang Jugendbildungsreferent der IG Bau – Steine – Erden (BSE) für die Landesverbände Nordrhein und Westfalen, übernahm Anfang September die Funktion als Bundesjugendsekretär seiner Gewerkschaft. Der ausgebildete Betriebsschlosser besuchte 1978/79 die Sozialakademie in Dortmund. Er löste **Peter Hoeger** ab, der seit Mai 1972 diese Funktion ausübte. Peter Hoeger arbeitet künftig als Landessekretär im BSE-Landesverband Rheinland-Pfalz/Saar.

Peter Kleinert, Landesvorsitzender der Deutschen Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier Nordrhein-Westfalen, hat nach mehr als vierjährigen gerichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Verleger des „Kölner Stadt-Anzeigers“ und Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Alfred Neven DuMont, recht bekommen. Kleinert muß nun nach fünf gewonnenen Prozessen als Redakteur der Zeitung weiterbeschäftigt werden. Die IG Druck und Papier von Nordrhein-Westfalen würdigte die Haltung des dju-Funktionärs, der „durch seine Konsequenz und Beharrlichkeit ein Beispiel auch für andere Arbeitnehmer gegeben (habe), wie man Rechte verteidigen und durchsetzen kann“.

Gerhard Leminski, bislang Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ des DGB, arbeitet ab 1. September als Geschäftsführer der Hans-Böckler-Stiftung. Er übernimmt die Nachfolge von **Dr. Heinz Seidel**, der in den Ruhestand trat, und zeichnet verantwortlich für Mitbestimmungsförderung, Wissenschaftsförderung im Bereich von Mitbestimmungsprojekten und Publikationen.

Vorbereitung der Betriebsratswahl: Was sollte dabei beachtet werden?

Nur noch sechs Monate, dann wird wieder gewählt. „Die regelmäßigen Betriebsratswahlen finden alle drei Jahre in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai statt“ (§ 13 Betriebsverfassungsgesetz). Diese Wahl ist mit Sicherheit keine Routineangelegenheit. Hier werden die Weichen gestellt für die Interessenvertretung der Arbeitnehmer in den nächsten drei Jahren. Und es wird auch diesmal nicht an falschen Propheten fehlen. Die „Freien“, „Unabhängigen“, „Gewerkschaftsfreien“ und wie sie sich auch immer nennen mögen, werden auch diesmal wieder versuchen, den Kollegen weiszumachen, es wäre für ein Betriebsratsmitglied wichtig, nicht in der Gewerkschaft zu sein.

Von unserer bisherigen Betriebsratsarbeit – und von unserer Sorgfalt bei der Durchführung der Wahl – wird es abhängen, wie wir nach der Wahl weiterarbeiten können. Man kann wohl generell von folgendem Grundsatz ausgehen: Je besser und je öffentlicher die Betriebsratsarbeit, je besser die Information und je weniger Würdenträgertum, um so geringer ist die Chance antigewerkschaftlicher Gruppen, ihre Spalterfunktion in den Betriebsrat zu tragen. Daneben bedarf es allerdings auch einer guten organisatorischen Vorbereitung der Wahlen und einer Berücksichtigung aller Belegschaftsgruppen und Abteilungen bei der Kandidatenauswahl.

Zunächst einmal muß jedoch der Wahlvorstand bestellt werden. Das Betriebsverfassungsgesetz sagt hierzu in § 15: „Spätestens acht Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit bestellt der Betriebsrat einen aus drei Wahlberechtigten bestehenden Wahlvorstand und einen von ihnen als Vorsitzenden. Der Betriebsrat kann die Zahl der Wahlvorstandsmitglieder erhöhen, wenn dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl erforderlich ist.“

Gerade hier wird oftmals schon die erste Sünde begangen. Statt aktive Gewerkschafter in die Wahlvorstände zu bestellen, werden häufig Wahlvorstandsmitglieder viel eher aufgrund ihrer Qualifikation im Umgang mit Schreibmaschine und Stenoblock berufen. Ergebnis: Die Behandlung grundsätzlicher Fragen (wer ist leitender Angestellter, gemeinsame Wahl) wird mitunter völlig dem Zufall bzw. der Entscheidung von Kollegen überlassen, die außerhalb ihrer Tätigkeit im Wahlvorstand nie etwas damit zu tun haben.

1. Grundsatz also: Aktive Gewerkschafter in die Wahlvorstände!

Auch mit dem Zeitpunkt der Bestellung des Wahlvorstands setzt sich der Betriebsrat oft selbst unter Druck. Acht Wochen sind wirklich sehr knapp für die gesamte Durchführung der Wahl. Und man hat ja auch nicht beliebig

Zeit, denn die Amtszeit des Betriebsrats endet ja nicht etwa am 31. Mai, sondern drei Jahre nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Es empfiehlt sich also durchaus, statt der acht Wochen drei Monate Vorbereitungszeit einzukalkulieren (wenn die Amtszeit eines Betriebsrats am 15. März endet, sollte demgemäß der Wahlvorstand seine Arbeit schon im Dezember aufnehmen).

Ebenfalls bedenken muß der Betriebsrat bei der Bestellung des Wahlvorstands, daß die Wahl viel Arbeit macht. Sicher ist es dem Arbeitgeber lieber, wenn ihm für die Produktion nur drei Wahlvorstandsmitglieder fehlen. Es liegt aber im Ermessen des Betriebsrats, je nach Arbeitsanfall auch fünf oder sieben oder mehr Wahlvorstandsmitglieder zu benennen. Und man sollte auch nicht vergessen, für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu berufen. Sonst kann es nämlich schnell einmal sein, daß durch die Abwesenheit von Mitgliedern wichtige Arbeiten nicht gemacht werden.

Schließlich sollte man nicht vergessen, daß die Mitgliedschaft im Wahlvorstand gesetzlichen Kündigungsschutz bringt. (Wahlvorstandsmitglieder können nur nach Zustimmung des Betriebsrats oder bei fehlender Zustimmung des Betriebsrats nach einem rechtskräftigen Spruch des Arbeitsgerichts gekündigt werden.) Zwar hat das in vielen Betrieben keine praktische Bedeutung, aber wir kennen doch eine Reihe von Beispielen, wo versucht wurde, eventuelle Kandidaten für den Betriebsrat noch vor der Aufstellung einer Kandidatenliste zu kündigen. (Kündigungsschutz für Kandidaten besteht erst dann, wenn eine ordnungsgemäße Vorschlagsliste vorliegt.)

2. Grundsatz: Wenn man annehmen muß, daß ein Kollege hier besonders gefährdet ist, kann man ihn zunächst für den Wahlvorstand benennen. Dann kann nichts mehr passieren.

Eine Mitgliedschaft im Wahlvorstand und eine Kandidatur für den Betriebsrat schließen sich übrigens nach der

Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts gegenseitig nicht aus! Praxis in vielen gewerkschaftlich gut organisierten Betrieben ist allerdings, daß Kollegen, die als Betriebsratskandidaten vorgeschlagen werden, nach Aufstellen der Vorschlagsliste aus dem Wahlvorstand ausscheiden. Dafür rückt dann ein Ersatzmitglied nach.

Entscheidend neben der organisatorischen Vorbereitung ist dann allerdings die Aufstellung der Kandidaten. Die Belegschaft muß sich dabei ausgeschlossenen fühlen, wo etwa „Betriebsfürsten“ ihren Nachwuchs handverlesen. Dort vergrößern sich die Chancen für Spalterlisten.

3. Grundsatz: Man kann nicht immer von Demokratisierung reden und dann Listen hinter verschlossenen Türen zusammenschleichen.

Sicher ist das leicht gesagt, aber es ist auch praktisch möglich, diesen Grundsatz durchzuhalten. Hierzu ein Beispiel, wie die Kandidatenaufstellung in vielen Betrieben der Druckindustrie erfolgt (Grundlage hierfür sind die Richtlinien zur Durchführung der Betriebsratswahl, herausgegeben von der IG Druck und Papier):

1. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute bereiten in Sitzungen die Betriebsratswahl vor.

2. Alle gewerkschaftlich organisierten Betriebsangehörigen werden zu einer „Betriebsmitgliederversammlung“ eingeladen (Einladung durch die Vertrauensleute); in dieser Betriebsmitgliederversammlung werden Kandidatenvorschläge für die Betriebsratswahl gemacht.

3. In einer weiteren Vertrauensleutesitzung erarbeiten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute eine Reihenfolge der Kandidaten auf der Vorschlagsliste. Dies erfolgt, soweit für einen Platz mehrere Kandidaten vorgeschlagen sind, durch geheime Abstimmung.

Hier kann man nach allen bisherigen Erfahrungen davon ausgehen, daß diese Form der Kandidatenaufstellung mehrere positive Konsequenzen hat:

– Der Betriebsrat kann nicht als Gremium zur Mandatssicherung fungieren.

– Die Kandidatenaufstellung ist keine Geheimsache.

– Es werden im Regelfall mehr Kandidaten vorhanden sein als dort, wo sich etwa Betriebsratsmitglieder überlegen, wen sie denn noch in ihr „erlauchtes Gremium“ aufnehmen wollen.

– Die Reihenfolge auf der Vorschlagsliste wird unter Bewertung der bisherigen Aktivität im Betrieb (nicht nur im Betriebsrat) vorgenommen.

Knut Becker

In immer mehr Großunternehmen der Computer als Personalchef?

Der Daimler-Benz-Konzern will ein neues Personalinformationssystem ISA (Informationssystem Arbeitseinsatz und Arbeitsplatzplanung) einführen. Zuerst im Werk Stuttgart-Untertürkheim, dann in allen Konzernbetrieben. Durch die Mobilisierung der Beschäftigten konnte der Betriebsrat Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung erzwingen. Die nun abgeschlossene Betriebsvereinbarung soll nachfolgend kritisch untersucht werden.

Seit gut zehn Jahren findet, von den Unternehmern bewußt nicht an die große Glocke gehängt, eine Umwälzung in der Leitungstechnologie bundesdeutscher Großunternehmen statt. Immer mehr Funktionen werden durch Informationssysteme dem Computer übertragen. Diese Entwicklung bleibt nicht ohne Wirkung auf die Lage der abhängig Beschäftigten und ihre Interessenvertretung. Dies gilt im besonderen Maße für die Einführung von Personalinformationssystemen, die heute unter Namen wie PIS, IPSIS, PERSIS und ISA in fast allen Großunternehmen anzutreffen sind.

Kennzeichnend für diese Leitungstechnologie ist, daß sie – im Unterschied zur Produktionstechnologie – an sich schon Herrschaftsinstrument der Unternehmer mit dem Ziel der weiteren Intensivierung der Arbeit ist. Daneben sind mit dem Einzug der EDV-Technik in die Personalabteilungen auch Rationalisierungen im Bürobereich zu erwarten.

Hauptansatzpunkt zur weiteren Intensivierung der Arbeit ist die nahezu vollständige Erfassung der Persönlichkeit des Beschäftigten durch den Computer. Rund 300 Persönlichkeitsdaten soll das Informationssystem ISA bei Daimler-Benz allein schon in der Anfangsphase speichern. Personalinformationssysteme, die über 1000 Daten pro Beschäftigten speichern, sind heute schon im Betrieb. Diese Daten stehen den gespeicherten Arbeitsplatzdaten gegenüber (bei Verfahren mit vorbestimmten Zeiten, wie MTM, werden diese meist auch schon durch den Computer ermittelt). Durch den Vergleich von Arbeitsplatz- und Personaldaten soll eine „Optimierung“ der Personalstruktur erreicht werden. Was sich dahinter verbirgt, liegt auf der Hand: Mit Hilfe des Computers kann ohne großen Aufwand die gezielte Durchforstung des Betriebes nach unrentablen Arbeitsplätzen, die Realisierung von Strategien der Personalkostensenkung etc. durchgeführt werden.

Daneben bietet die umfassende Ausbildung der Persönlichkeit des abhängig Beschäftigten im Personalinformationssystem

die Möglichkeit der umfassenden Kontrolle von Leistung und Verhalten, die gezielte Auslese von Beschäftigten nach von außen nicht verfolgbaren Kriterien (z. B. politischer Merkmale). Es besteht die Gefahr, daß die gezielt abrufbare Informationsflut zu neuen Formen der Manipulation im Arbeitsverhältnis genutzt wird.

Auch die Gewerkschaften als Organisation sind von dieser Entwicklung betroffen. Dies gilt einerseits für die Gefahr der Bespitzelung und Disziplinierung gewerkschaftlich aktiver Kollegen. Die Schnüffelpaxis, wie sie im öffentlichen Bereich mit Hilfe eines umfassenden Computersystems schon seit Jahren üblich ist, erhält nun auch in der Privatindustrie neue Möglichkeiten. Auf die Gefahr unkontrollierter Datenübermittlung sei hingewiesen. Andererseits sehen sich die Gewerkschaften einer zunehmenden Informationsmacht der Unternehmer ausgesetzt. Damit erhöht sich die Gefahr, daß durch gezielte Manipulation gewerkschaftliche Informations- und Mitbestimmungsrechte, insbesondere im Planungsbereich, ad absurdum geführt werden.

Auch beim Automobilkonzern Daimler-Benz wurde der Zug der Zeit erkannt. Seit 1975 plante ein Projektteam der Unternehmensleitung die Einführung des Systems. Aber erst im März 1977 wurde das Projekt erstmals im Betrieb publik. Als Ende 1978 der erste Probebetrieb von ISA begann, forderte der Betriebsrat Mitwirkung bei den neuen Personalerfassungsbögen. Die Reaktion der Unternehmensleitung war folgende: „Der Betriebsrat hat bei der Einführung des ISA-Systems kein Mitbestimmungsrecht.“

Erst jetzt begann in der betrieblichen Interessenvertretung und bei den Kollegen eine ausführliche Diskussion über die Gefahren der Anwendung von ISA. Es gelang dem Betriebsrat durch eine gezielte Informationsarbeit im Betrieb, auch in den örtlichen Tageszeitungen, Sympathie für seine ablehnende Haltung zu gewinnen. Im Juli 1979 unterzeichneten dann 9000 Kollegen des Daimler-Benz-Werkes Stuttgart-Untertürkheim eine Erklärung, in der sie der Unternehmensleitung untersagten,

ihre persönlichen Daten auf ISA zu speichern und zu verarbeiten, solange keine Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung erzielt würde.

Diese Aktion blieb nicht ohne Erfolg. Die Unternehmensleitung willigte in Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung ein. Ihr Entwurf einer Betriebsvereinbarung wich jedoch gerade in den meistdiskutierten Fragen des Datenschutzes und des Vergleichs einzelner Personal- und Arbeitsplatzdaten von ihrer ursprünglichen Projektion ab. Doch wurde dem Betriebsrat weiter kein Mitbestimmungsrecht bei der Ausgestaltung und Weiterentwicklung von ISA zugestanden. Es muß als Fehler gewertet werden, daß in die nun folgenden Verhandlungen die Belegschaft nicht mehr einbezogen wurde.

Die erzielte und von der IG-Metall-Betriebsratsmehrheit akzeptierte Betriebsvereinbarung muß in vielen Punkten als unzureichend für eine wirksame Interessenvertretung der Beschäftigten bezeichnet werden. Dies gilt vor allem für die Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten. Karl-Heinz Janzen, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, erklärte mit Recht, es komme vor allem darauf an, „durch volle Mitbestimmungsrechte bei der Planung und dem laufenden Betrieb von Personalinformationssystemen einschließlich solcher Datensammlungen, die sich nur mittelbar auf Arbeitnehmer beziehen (zum Beispiel Betriebsdatenerfassung über EDV), Positionen des Betriebsrats zu stärken“ (Der Gewerkschafter 12/79). Die erzielte Betriebsvereinbarung sieht jedoch nur die Unterrichtungspflicht des Betriebsrats vor. Auch hier konnte die angestrebte Einengung der ISA-Anwendung auf Leistungsgeminderte und Altersgesicherte nicht durchgesetzt werden, und in Fragen des Datenschutzes bleibt die Betriebsvereinbarung hinter formulierten gewerkschaftlichen Zielvorstellungen zurück.

Die Auseinandersetzung um das ISA-System bei Daimler-Benz zeigt aber, daß es möglich ist, die Beschäftigten gegenüber den Gefahren von Informationssystemen zu sensibilisieren. Hier spielte auch die Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit durch die Tageszeitungen keine unwesentliche Rolle. Auch zeigt das Zustandekommen der Betriebsvereinbarung, daß es durchaus möglich ist, die Unternehmerseite zu einer Anerkennung der Mitbestimmungsrechte bei der Einführung von Personalinformationssystemen zu zwingen. Doch machte sich auch in der Auseinandersetzung um ISA die Unzulänglichkeit des Betriebsverfassungsgesetzes und des Bundesdatenschutzgesetzes für eine wirksame Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten gerade gegenüber Informationstechnologien bemerkbar.

J. H.

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Einblicksrecht des Betriebsrats

§ 80 Abs. 2 BetrVG, das Einblicksrecht des Betriebsrats in Lohn- und Gehaltslisten, ist für die Unternehmer ein dauerndes Ärgernis. Seit diese Vorschrift 1972 in das Betriebsverfassungsgesetz aufgenommen wurde, versuchten und versuchen sie, das Recht des Betriebsrats auszuhöhlen. In einer Reihe von Grundsatzurteilen mußte sich das Bundesarbeitsgericht (BAG) mit den Einwänden der Unternehmer auseinandersetzen. So entschied das BAG bereits am 23. Februar 1973 (Az. 1. ABR 17/72 und 1. ABR 12/72), das Einblicksrecht sei unabhängig von der Betriebsgröße und bestehe auch dort, wo kein Betriebsausschuß des Betriebsrats oder ein anderer Ausschuß für diese Fragen gebildet sei. Das Einblicksrecht stehe in kleineren Betrieben dem Betriebsratsvorsitzenden oder einem anderen beauftragten Betriebsratsmitglied zu (BAG vom 18. September 1973 – 1. ABR 17/73).

Nach einem Beschluß des BAG vom 15. Juni 1976 (Az. 1. ABR 116/74) ist der Betriebsrat berechtigt, sich Abschriften und Auszüge aus den Listen anzufertigen. Am hartnäckigsten war der Widerstand der Unternehmer bei der Frage der Einsichtnahme in übertarifliche Lohnbestandteile und Gehälter. Dieses hervorragende Instrument ihrer „Teile-und-herrsche-Politik“ wollten sie auf keinen Fall dadurch gefährden, daß der Betriebsrat Kenntnis von den einzelnen übertariflichen Zulagen und Vergütungen hat. Ohne dieses Einblicksrecht wäre jedoch § 80 Abs. 2 sinnlos, denn in der Mehrheit der Betriebe sind Effektivverdienste und tarifliche Löhne und Gehälter nicht identisch.

Bei den sogenannten AT-Angestellten, also denjenigen Angestellten, die außerhalb der Tarifgruppen liegen, konnten die Unternehmer zumindest einen Teilerfolg verbuchen: Bei außertariflichen Angestellten hat der Betriebsrat – so das BAG in seinem Urteil vom 18. September 1973 – 1. ABR 7/73 – nur bei der Darlegung eines besonderen Interesses ein Einblicksrecht in die Listen der Bruttogehälter. Das Einblicksrecht des Betriebsrats in die Gehaltslisten der leitenden Angestellten (§ 5 Abs. 3 BetrVG) lehnt das BAG ganz ab. Abgelehnt dagegen hat das BAG den Standpunkt der Unternehmer, der Betriebsrat habe kein Einblicksrecht in alle übertariflichen Zulagen, sondern müsse sich auf die tariflichen Zahlungen beschränken. In einem Beschluß vom 12. Februar 1980 (Az. 6 ABR 2/78) hat das BAG seine Meinung zu dieser Problematik noch einmal zusammengefaßt: Das Einblicksrecht des Betriebsrats nach § 80 Abs. 2 BetrVG

erstreckt sich auch auf übertarifliche Vergütungen. Dieses Recht sei unabhängig davon, ob in einem Betrieb derartige Zulagen nach irgendwelchen generalisierenden Grundsätzen im Zusammenhang mit einem Tarifvertrag oder nach anderen Gesichtspunkten gezahlt würden. Die Unternehmer hatten nämlich behauptet, ein Einblicksrecht bestehe nur dann, wenn der Betriebsrat nachweise, daß der Verdacht bestehe, der Unternehmer würde gegen Grundsätze der Gleichbehandlung verstoßen. Es sei gerade das Ziel des Einsichtsrechts – so das BAG –, daß der Betriebsrat prüfen könne, nach welchen Voraussetzungen die übertariflichen Zulagen gewährt würden. Er habe daher keinen besonderen Anlaß darzulegen. Allein der Betriebsrat entscheide eigenverantwortlich, ob und für welche Zwecke er seine Information benötige.

Weiterbeschäftigungsanspruch (Fortsetzung aus Nr. 9, S. 27/28)

Zur betrieblichen Durchsetzung des Weiterbeschäftigungsanspruches ist es wichtig, daß sich jeder Betriebsrat mit der Rechtsprechung des BAG über die Ordnungsmäßigkeit von Kündigungswidersprüchen vertraut macht. Außerdem

sollten unbedingt alle gekündigten Kollegen von Seiten des Betriebsrats und der Gewerkschaft auf die 3-Wochen-Frist zur Einlegung der Kündigungsschutzklage und auf die Notwendigkeit, einen Antrag auf Weiterbeschäftigung zu stellen, hingewiesen werden. Am besten ist, der Betriebsrat hat für diese Fälle Musterformblätter.

Obwohl in der Mehrzahl der Fälle ein Weiterbeschäftigungsanspruch für Jugendvertreter und Betriebsratsmitglieder nach Beendigung der Ausbildung nicht gesetzlich garantiert ist, gibt es auch hier juristische Möglichkeiten. Der Weiterbeschäftigungsanspruch wird nämlich von der Rechtsprechung nicht grundsätzlich abgelehnt. Allerdings soll er nach einer Grundsatzentscheidung des BAG (DER BETRIEB 1977, 2099) auf die Fälle beschränkt sein, in denen die Kündigung „offensichtlich unwirksam“ ist. Das gilt z. B. dann, wenn der Betriebsrat zur Kündigung nicht gehört wurde.

Zunehmend wird jedoch diese einschränkende Rechtsprechung von den unteren Arbeitsgerichten in Frage gestellt und ein umfassender Weiterbeschäftigungsanspruch bejaht. Dazu hat sicherlich die Praxis vieler gewerkschaftlicher Rechtsschutzsekretäre beigetragen, in Kündigungsschutzprozessen immer auch die Weiterbeschäftigung zu beantragen und im Rahmen dieser Prozesse auf die besondere soziale Bedeutung der Weiterbeschäftigung hinzuweisen.

Florett

Sozialbericht 1980 – ein Schönwetterbericht

Der Sozialbericht 1980, auch als „Bilanz der Sozial- und Gesellschaftspolitik in der 8. Legislaturperiode von 1976 bis 1980“ betitelt, liest sich teilweise wie ein Schönwetterbericht. Die Worte „Krise“, „Massenarbeitslosigkeit“ und „Sozialdemontage“ oder „Sozialabbau“ kommen darin nicht vor. Nun ist es in der Tat so, daß es in diesen vier Jahren nicht nur sozialen Rückschritt gegeben hat. Es gab auch Fortschritte, die teilweise Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen in Einzelbereichen des Sozialrechts.

Zu den Fortschritten zählen der verlängerte Mutterschaftsurlaub, die Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Schwerbehinderte und die Erweiterung des Kreises der Schwerbehinderten, der Anspruch auf Freifahrt im öffentlichen Nahverkehr hat.

Aber wenn die Einleitung des Sozialberichts mit der Überschrift „Sozialer Fortschritt auf gesicherter Grundlage“ versehen wurde, so ist das fürwahr eine erstaunliche Aussage in einer Zeit, da sich trotz aller Maßnahmen zur „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung“, deren Würdigung an die Spitze des Sozialberichts gestellt wurde, die Zahl der registrierten Arbeitslosen wieder nach oben bewegt, die Konjunktur in vielen Bereichen der Wirtschaft er-

neut ins Stocken geraten ist und die Konkurse wieder zugenommen haben.

Dieser wahltaktische Zweckoptimismus erinnert fatal an die im „Modell-Deutschland“-Wahlprogramm der SPD 1976 gegebene Zusicherung: „Jetzt, wo wir in die Phase wirtschaftlicher Belebung kommen, wird es leichter sein, die Sozialleistungen zu sichern“ und: „Wir werden die soziale Ordnung gerechter und das Netz sozialer Sicherung noch dichter machen.“ Nach den Wahlen folgte der große Katzenjammer mit dem Rücktritt des Bundesarbeitsministers Walter Arendt und die rigorosen Abbaumaßnahmen in der Kranken- und Rentenversicherung und der Kriegsopferversorgung.

Militärputsch in der Türkei: Mischte die NATO dabei mit?

Am 12. September haben pro-amerikanische Generale in der Türkei geputscht. Seitdem steht das Land unter Kriegsrecht. Das Parlament und alle politischen Parteien sind aufgelöst und die Verfassung außer Kraft gesetzt. Zunächst wurden ein Drittel und später alle Bürgermeister ihrer Ämter enthoben. DISK, die fortschrittliche Gewerkschaftsföderation, wurde sofort verboten. Gewerkschaftsleitungen und Vertrauensleute sind verhaftet. Mehr als 50 000 streikende Arbeiter (siehe NACHRICHTEN 9/80) wurden mit Panzern zur Arbeit gezwungen und der Terror gegen das kurdische Volk verstärkt.

Innerhalb von 20 Jahren ist dies der dritte Militärputsch in der Türkei. Die Putschisten begründen ihren Staatsstreik mit der Unfähigkeit der verfassungsmäßigen Institutionen und der Parteien, die Krise in der Türkei zu bewältigen. Doch die gleichen Generale

sind schon seit langem in einer kaum verschleierte Weise an jeder Entscheidung der Regierung beteiligt gewesen. Sie sind die zuverlässigsten Stützen der NATO und der USA in der Türkei. Alle Umstände des Putsches beweisen dies.

Wie zweifelhaft der Erfolg der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ist, beweist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit der Schwerbehinderten. Nach dem Sozialbericht wurden 1977 bis 1979 für Sonderprogramme zur Beschaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte 280 Millionen DM bereitgestellt. Damit wurde die Vermittlung von rund 28 000 längerfristig arbeitslosen Schwerbehinderten und behinderten Jugendlichen in Arbeit und Ausbildung gefördert. Doch dieser mit einer Prämie von durchschnittlich 10 000 DM pro eingestellten Schwerbehinderten erkaufte Erfolg hat nicht verhindert, daß die Zahl der registrierten arbeitslosen Schwerbehinderten im Juli mit 60 152 einen neuen Höchststand erreichte und damit um 10,1 Prozent höher war als ein Jahr zuvor, während die Gesamtzahl der registrierten Arbeitslosen 6,2 Prozent höher war als im Juli 1979.

Unter dem wohlklingenden Zwischentitel „Konsolidierung und Weiterentwicklung der sozialen Sicherung“ wird über die Maßnahmen im Bereich der Kranken- und Rentenversicherung und Kriegsoferversorgung berichtet, die vor allem Rentner, Kriegs- und Wehrdienststopfer, aber auch Arbeiter und Angestellte stark belasten: die Einführung der Arzneimittelgebühr von 1 DM, die Streichung der Befreiung von dieser Gebühr für Rentner, Kriegs- und Wehrdienststopfer und Schwerbehinderte, die Beschränkung der Zuschüsse zu den Zahnersatzkosten, die Verschiebung der Anpassung der Sozial- und Kriegsoferrrenten um ein halbes Jahr und die willkürliche Reduzierung der Anpassungssätze für 1979 bis 1981 auf 4,5 und 4 Prozent und die Erhöhung

des Beitragssatzes für die Rentenversicherung von 18 auf 18,5 Prozent ab 1981. Wie aus dem Sozialbudget hervorgeht, ist das Nettorentenniveau (Verhältnis der Rentenhöhe zum Nettoarbeitsverdienst bei 45 Versicherungsjahren) bereits von 74,5 Prozent 1977 auf 71,5 Prozent 1980 zurückgegangen. Zu berücksichtigen ist dabei, daß auch Männer im Durchschnitt nur weniger als 40 Versicherungsjahre erreichen.

Der Sozialbericht 1980 und das dazu gehörende Sozialbudget enthalten viele interessante Aussagen und Zahlen. Mit insgesamt fast 449,5 Milliarden DM macht das Sozialbudget dieses Jahres 30,1 Prozent des wahrscheinlichen Bruttosozialproduktes (BSP) aus. Damit ist die Sozialleistungsquote (Anteil der gesamten Sozialleistungen am BSP) seit 1975 (32,1 Prozent) um zwei Prozent zurückgegangen. Bis 1984 soll sie weiter auf 29,3 Prozent, den Stand des Jahres 1974, abfallen. Die Abzüge (Steuern und SV-Beitrag) von der Bruttolohn- und -gehaltssumme sind dagegen von 1977 bis 1980 nur minimal, von 30 auf 29,8 Prozent, zurückgegangen. 1970 haben sie noch 22,8 Prozent betragen. Erhöht wurde vor allem der allgemeine Beitragssatz für die Krankenversicherung von 8,4 Prozent 1972 auf 11,3 Prozent 1979 (1977/78 sogar 11,4 Prozent).

Durch die Neuordnung bei der Zahlung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner wird der Anteil der privaten Haushalte an der Finanzierung des Sozialbudgets von in diesem Jahr gut 106 Milliarden DM (22,8 Prozent) auf mehr als 155 Milliarden DM steigen und dann über 25 Prozent des gesamten Sozialbudgets abdecken. A. B.

Der Putsch fiel zusammen mit den NATO-Manövern in der Türkei; am Vorabend des Putsches kehrte der Oberbefehlshaber der türkischen Luftwaffe aus Washington zurück; NATO-Oberbefehlshaber Rogers befand sich im August mehrere Male und auch während des Putsches in Ankara; die ersten Meldungen über den Putsch kamen aus dem US-Außenministerium. Ein Sprecher des Außenministeriums in Washington hat bestätigt, daß die USA vor dem Putsch von der Machtübernahme durch das Militär informiert worden sind. Die „New York Times“ berichtete, in türkischen Kreisen sei kürzlich die Meinung vertreten worden, die Streitkräfte würden nicht eingreifen, es sei denn, sie erhielten vorher die Zustimmung aus Washington, so die „Zeitung am Sonntag“ vom 14. September.

Die These, der Putsch sei eine interne Angelegenheit der Türkei, ist schon widerlegt und erwiesen, daß gerade die sogenannte Türkei-Hilfe in Milliardenhöhe als Ermunterung für die Putschisten diente und daß sie mit der Ankündigung der Fortsetzung der Politik der Demirel-Regierung diese Hilfe weiter sichern wollten. Bisher hat sich noch keine Regierung offiziell von der Militärjunta distanziert und Konsequenzen in bezug auf die Türkei-Hilfe ausgesprochen. Im Gegenteil. Das Geld wird weiterfließen.

Bezeichnenderweise ist der neue stellvertretende Ministerpräsident, Turgut Özal, der ehemalige Wirtschaftsberater der Demirel-Regierung und Vorsitzender des Metallarbeitgeberverbandes (MESS) gewesen. Und der neue Ministerpräsident war bis zum 1. August 1980 Oberbefehlshaber der Marine. Neben ihm gibt es noch sieben weitere Militärs in der Regierung.

Die ersten Preiserhöhungen für Ölprodukte, Zucker und Düngemittel sind angekündigt. Die 70prozentige Lohnerhöhung, mit der die streikenden Arbeiter wieder zur Arbeit gezwungen wurden, ist angesichts dieser Ankündigungen und angesichts des 100prozentigen Anstiegs der Lebensmittelpreise allein von November 1979 bis April 1980 eine reine Farce. Die Massenverhaftungen und die Verbote gehen weiter. Neben sämtlichen Gewerkschaften von DISK wurden jetzt auch die Mitgliedsgewerkschaften des Gewerkschaftsbundes Türk-İs (Mitglied des IBFG) verboten. Das Hauptziel ist die Zerschlagung der Arbeiterbewegung. „Die kürzlich erzielten grundlegenden Schritte in Richtung einer gewerkschaftlichen und politischen Einheit der Arbeiterbewegung scheinen einen auslösenden Effekt gehabt zu haben. Aber auch die fortschrittlichen mit der Arbeiterbewegung des Landes verbundenen Mitglieder der CHP (Republikanische Volkspartei) sollen nun offensichtlich ausgeschaltet werden.“ (Erklärung von FIDEFF vom 19. 9. 1980) -te

„Lenins Gewerkschaftskonzept“ wurde in Polen wieder bestätigt

Nach den mehrwöchigen Streiks in Polen hat sich im Laufe des September das öffentliche Leben im Lande wieder normalisiert – soweit das nach diesem Konflikt kurzfristig überhaupt möglich ist. Die Regierung bemüht sich, die mit den verschiedenen Streikkomitees getroffenen Vereinbarungen zu verwirklichen. Das gilt für den sozialmateriellen Teil ebenso wie für den politischen.

Solche Forderungen zu realisieren wie: kräftige Erhöhung der Löhne und Gehälter, schnelle Verbesserung der Versorgung mit Fleisch, Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche, Gewährung eines bezahlten dreijährigen (!) Mutterschaftsurlaubs, Senkung des Rentenalters usw. – das alles dürfte nicht nur erhebliche Schwierigkeiten bereiten, sondern auch die Probleme im Lande weiter verkomplizieren, statt sie abzubauen.

Zu den Auseinandersetzungen war es ja gerade deshalb gekommen, weil z. B. das Angebot an Konsumgütern weit hinter den Einkommen (reale Steigerung seit 1970 um 50 Prozent) zurückgeblieben ist. Dies wiederum konnte nur passieren, weil die polnische Führung offensichtlich einen fundamentalen Grundsatz marxistischer Wirtschaftspolitik außer acht gelassen hatte: die Notwendigkeit der planmäßigen proportionalen Entwicklung von Produktion und Einkommen.

Eine die Möglichkeiten des Landes überfordernde Investitionspolitik hatte Polen seit 1970 zwar das nach Japan höchste Wirtschaftswachstum beschert, aber – nicht zuletzt als Folge von Inflation und Krise auf dem kapitalistischen Weltmarkt – ebenso auch einen Kehraus auf dem Konsumgütersektor. Da nämlich die Finanzierung des Investitionsprogramms zum größten Teil mit Krediten aus dem Westen erfolgt war und diese mit Produkten aus den neu errichteten oder erweiterten Produktionsanlagen (z. B. Schiffe, Werkzeugmaschinen) bezahlt werden sollten, ging die Kalkulation nicht mehr auf, als die Kreditgeber seit 1974/75 infolge der Krise einerseits die Zinsen erhöhten und andererseits kaum noch Industriegüter abnahmen, sondern vorwiegend Lebensmittel – und die nur zu Billigstpreisen.

So wurde der polnische Inlandsmarkt geradezu an Konsumgütern – und hier besonders Fleisch – leergefegt, um mit verstärkten Exporten die hohen Verpflichtungen abdecken zu können.

Die Wirtschaft kam ins Schleudern (siehe auch NACHRICHTEN Nr. 9). Jetzt sind es vor allem die Sowjetunion, die DDR und andere sozialistische Länder, die helfend einspringen müssen und das mit einer Reihe von zusätzlichen Kredit- und Liefervereinbarungen auch

schon tun, um so zur schnellen Lösung der sozialen, aber auch daraus resultierender politischer Probleme beizutragen.

Diese politischen Probleme sind indes fast noch größer als die sozialen. Es ist nicht zu übersehen, daß die Führungen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und des Gewerkschaftsbundes – und sie haben das auch öffentlich eingestanden – es nicht vermochten, im offenen Dialog mit der Arbeiterschaft und der gesamten Bevölkerung die Lage zu erklären und eine Lösung zu finden. Nur weil sowohl von der Partei- als auch von der Gewerkschaftsführung der Leninsche Grundsatz mißachtet wurde, daß alle Fragen und Probleme in dauernder enger Verbindung und unter direkter Mitwirkung der Werktätigen gelöst werden müssen, konnte es zu dem sichtbar gewordenen Ausmaß an Vertrauensschwund kommen.

Soziale Unzufriedenheit und fehlende Kommunikation zwischen Führung, insbesondere auch der Gewerkschaften, und der Arbeiterschaft bildeten den Nährboden für die Arbeitsniederlegungen, in deren Verlauf die politische Forderung nach Bildung einer „unabhängigen“, konkurrierenden Gewerkschaft in die Streikbewegung hineingetragen und von dieser auch angenommen wurde. Das ist zweifellos ein Novum in der Welt des Sozialismus. G. S.

Kampfmaßnahmen wurden aufgeschoben

Nach neun Streikwochen haben die französischen Fischer ihre Arbeitskampfmaßnahmen ausgesetzt. Vorausgegangen waren Abstimmungen, in denen sich Mehrheiten für ein Aufschieben der Auseinandersetzungen mit den Reedern ergeben hatten. Bislang konnte jedoch keine Frage zugunsten der Fischer geregelt werden (siehe NACHRICHTEN 9/80). Zwar bleibt zunächst die Mannschaftsstärke auf den Schiffen, sie wird jedoch ab 1. November neu diskutiert. Mit einer sogenannten „Einrichtung des Effektivbestandes“ auf den Schiffen haben die Reeder die Reduzierung der Mannschaften bereits eingeleitet. a. p.

Diese zweite polnische Gewerkschaft ist inzwischen offiziell zugelassen und steht natürlich im Brennpunkt des öffentlichen Interesses in Ost und West. Mögen die Umstände, die zu ihrer Gründung führten, gewesen sein, wie sie wollen – Tatsache ist, daß es sich dabei um die Spaltung der vormals einheitlichen Gewerkschaftsbewegung handelt. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft wurde fallengelassen, und letztlich kann das der Arbeiterschaft nicht dienlich sein. Gerade wir in der Bundesrepublik wissen um den Wert der Einheitsgewerkschaft.

Daß die Gründer der Konkurrenzgewerkschaft um keinen Preis auf das Angebot der völligen Erneuerung des einheitlichen Gewerkschaftsbundes eingegangen sind, in dem sie selbst entscheidende Positionen hätten erlangen können, ist und bleibt eine Merkwürdigkeit. Und davon gibt es noch eine ganze Reihe: so der Beraterstab von Intellektuellen aus der „Dissidentenbewegung“; die enge Verbindung, ja Abhängigkeit der „unabhängigen“ Gewerkschaft vom katholischen Klerus: die Aufdringlichkeit, mit der sowohl seriöse als auch ominöse Organisationen und Leute, einschließlich Strauß, Spenden für Lech Walesa loswerden wollen; die Überschwenglichkeit, mit der überhaupt bei uns und in anderen westlichen Ländern sattem bekannte Reaktionen und Gewerkschaftsfeinde die neuen polnischen Gewerkschaften und ihre Aktionen begrüßen usw.

Natürlich kann man der antikomunistischen Reaktion nicht vorwerfen, daß sie ihre Chance zu nutzen sucht, wenn Kommunisten Fehler machen. Aber man muß sagen dürfen, daß es diese antikomunistische Reaktion gibt, und man muß auch die Symptome dafür nennen. Allerdings ist es Angelegenheit der polnischen Regierung, der PVAP-Führung und der Gewerkschaftsbewegung, damit fertig zu werden und das Vertrauensverhältnis zu allen Teilen der Bevölkerung wiederherzustellen.

Das allerdings bedeutet, daß die „Gewerkschaftskonzeption Lenins“, um den bei uns jetzt vielgebrauchten Begriff zu verwenden, wieder strikt beachtet werden muß. Denn sie verlangt die allseitige Mitwirkung und Mitentscheidung der Werktätigen und Gewerkschafter auf allen Ebenen der Wirtschaft und Gesellschaft sowie die konsequente Wahrnehmung der Arbeiterbelange in den Betrieben. Sie verlangt Absage an bürokratische und administrative Leitungsmethoden. Insofern stimmt es nicht, wenn der DGB-Vorsitzende, Heinz Oskar Vetter, am 7. September auf dem Chemie-Gewerkschaftstag in Mannheim – und seitdem wiederholt – erklärte: „Das Gewerkschaftskonzept Lenins ist letztlich zum Scheitern verurteilt.“ Es ist durch die Ereignisse in Polen vielmehr – negativ – bestätigt worden. Denn die Konflikte resultierten aus der Mißachtung dieses Konzepts. Gerd Siebert

Angriffe der Thatcher-Regierung im Mittelpunkt des TUC-Kongresses

Die britische Gewerkschaftsbewegung ist verstärkten Angriffen ausgesetzt. Die konservative Regierung, die aus ihrer gewerkschaftsfeindlichen Haltung kein Hehl macht, versucht, gewerkschaftliche Rechte einzuschränken. Die wirtschaftliche Krise, die in Großbritannien verheerende Formen angenommen hat, bedroht den Lebensstandard und die Arbeitsplätze. Aus diesen Gründen stand die Frage, wie man gegen diese Angriffe ankämpfen sollte, im Mittelpunkt der Beratungen des 112. Jahreskongresses des britischen gewerkschaftlichen Dachverbandes, TUC, der Anfang September im Seebad Brighton stattfand.

Eine der schlimmsten Folgen der Krise der britischen Wirtschaft ist die wachsende Arbeitslosigkeit. Mehr als zwei Millionen Briten sind bei den Arbeitsämtern als arbeitslos registriert — 8,4 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Wirtschaftliche Probleme und ihre Folgen wurden in mehreren Anträgen behandelt. Der TUC hat eine alternative Wirtschaftspolitik entwickelt, die in einem mit überwältigender Mehrheit angenommenen Antrag dargelegt wurde. Sie fordert unter anderem: eine sofortige Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden bei gleichbleibenden Löhnen; eine Abkehr von der Politik der Kürzung der öffentlichen Ausgaben und verbesserte staatliche Leistungen in den Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbereichen sowie Widerstand gegen Entlassungen und Betriebsstillegungen.

In einer anderen Entschliebung wurde die Begrenzung der Wareneinfuhr vor allem in den Branchen Fahrzeuge, Maschinenbau und Textilien verlangt. Nur kam die Diskussion, wie man die verschiedenen Teile dieser Politik gegen den Widerstand der Regierung verwirklichen sollte, ein bißchen zu kurz.

Auch gegen den Angriff der Regierung auf gewerkschaftliche Rechte beschloßen die Delegierten klare Maßnahmen. Das neue Gesetz, völlig irreführend als „Employment Act“, zu deutsch „Beschäftigungsgesetz“, genannt, das das Aufstellen von Streikposten sowie Sympathieaktionen zum Teil kriminalisiert, wurde als „gefährlich und ungerecht“ fast einstimmig verurteilt. Der Generalrat des TUC wurde aufgefordert, „eine kräftige und dauerhafte Kampagne gegen die Regierung, einschließlich — wo nötig — Kampfmaßnahmen zu organisieren“. Die ausdrückliche Erwähnung von möglichen Kampfmaßnahmen in diesem Antrag könnte sich in den nächsten Monaten, wo Einzelgewerkschaften mit der neuen Gesetzgebung in Konflikt geraten, als sehr nützlich erweisen. Die Gefahr, daß eine Gewerk-

schaft nach der anderen per Gesetz ohne wirkungsvolle Unterstützung der gesamten Bewegung geschlagen werden könnte, wird dadurch weitgehend ausgeräumt.

In der Frage der Abrüstung verurteilte der Kongreß die Stationierung der Cruise-Missiles und der Mittelstreckenraketen in Großbritannien sowie die kürzlich getroffene Entscheidung der Regierung, neue U-Boot-Atomraketen vom Typ Trident von den USA zu kaufen. Die Gewerkschafter lehnten „jede Verteidigungspolitik, die sich auf den Gebrauch oder drohenden Gebrauch von nuklearen Waffen einschließlich der Neutronenbombe gründet“, grundsätzlich ab. Michael Thomas

Verkehrte Welt

Der Streik einer Minderheit der Reichsbahnbeschäftigten in Westberlin mußte scheitern, da eine realistische Zielsetzung nicht zu erkennen war. Ernst Haar, der Vorsitzende der GdED, stellte fest, daß der „Streik mit einem politischen Erwartungshorizont angegangen wurde, der kurzfristig nicht erfüllt werden konnte“ und daher „ins Nichts führen“ mußte („Spandauer Volksblatt“, 25. September 1980). Jedoch der „Poker um die Bahn“, so die „Wirtschaftswoche“, geht weiter. Da will sich der Senat von Westberlin an die drei Westalliierten wenden, weil die S-Bahn jetzt einige Strecken nicht mehr befährt, obwohl vier Alliierte zuständig sind. Aber derselbe Senat hat sich seit nunmehr 20 Jahren aktiv am Boykott eben derselben S-Bahn beteiligt. Er weigerte sich nicht nur, für dieses Nahverkehrsmittel auf seinem Gebiet Subventionen zu zahlen — und ohne Subvention funktioniert nirgendwo in der Welt der Nahverkehr —, sondern hat zudem Unsummen ausgegeben, um parallel zu vorhandenen S-Bahn-Strecken U-Bahn- und Buslinien einzurichten.

Jedoch offenbart dieser Streik noch mehr Eigentümlichkeiten. Einem Streik in unserem Land — von der Gewerkschaft getragen oder „spontan“ — lagen stets Forderungen zugrunde, die bei Verhandlungen nicht erfüllt wurden. Nicht so in Westberlin. Da wurde erst gestreikt, und dann wurden Forderungen aufgestellt oder besser nachgeschoben, und zwar zu einem Zeitpunkt, als bekannt war, daß mit Wirkung vom 1. September Lohnerhöhungen gezahlt werden.

Die DDR subventioniert die S-Bahn und damit Westberlin jährlich mit 140 Millionen DM. Sie meint, dies könne nicht so weitergehen. Der Senat solle zahlen, dann könne auch die Lage der Eisenbahner rascher verbessert werden. Man sollte meinen, das Streikkomitee würde dies unterstützen. Weit gefehlt. Als auf einer Streikversammlung vom Senat Subventionen verlangt wurden, war die Antwort, daß damit nur die alte Forderung der SED unterstützt würde („Der Tagesspiegel“, 24. September 1980).

Das Streikkomitee forderte Sicherheit für die Arbeitsplätze. Aber nach dem Streik ruft es dazu auf, bei dem Unternehmen, von dem man Arbeitsplatzsicherheit forderte, nicht mehr zu arbeiten. Eine angekündigte Abstimmung darüber, ob der Streik fortgesetzt werden solle, wurde verhindert, weil man angeblich nicht über alles abstimmen könne („Die Neue“, 27. September 1980). Streikführer Peter Herrmann meinte gegenüber dem Westberliner „Der Abend“ (24. September 1980), daß der Streik deshalb ein Sieg gewesen sei, weil die Reichsbahn keinen Nachwuchs mehr in Westberlin bekommen wird. War dies ein Streikziel? Die Streikleitung protestierte auch zu keinem Zeitpunkt gegen willkürliche Zerstörungen an Bahnanlagen, obwohl die Arbeiterbewegung schon längst über die Zeit der Maschinenstürmerei hinweg ist.

Welche Rolle spielte die GdED in diesem Streik? Stimmt es, daß der Vorsitzende der Fachgruppe „Deutsche Reichsbahn“ in der GdED, Manfred Hausteiner, einen spontanen Streik schon für den 16. September voraus sagte, der dann „spontan“ einen Tag später losging? („Wirtschaftswoche“, 26. September 1980.)

Am 13. Oktober will die GdED in Westberlin die Situation erörtern und dann überlegen, wie die Interessen der Westberliner Eisenbahner künftig durch die GdED vertreten werden könnten. Wie sie aber das Kunststück fertigbringen will, dies an der Deutschen Reichsbahn der DDR, der IG Transport und Verkehr im FDGB, vorbei zu erreichen, das bleibt ihr Geheimnis. Hier besteht die reale Gefahr, daß bei einem solchen Gerangel die Interessen der Westberliner Reichsbahner auf der Strecke bleiben, die zu vertreten aber das erklärte Ziel ist. H. Sch.

Hintergründe einer Legende

IG Metall (Hrsg.): Kämpfe und Kampagnen — Die Legende von der „kommunistischen Unterwanderung“ — ein Mittel zur Schwächung gewerkschaftlicher Solidarität. IG-Metall-Vorstand, Frankfurt 1980, 39 Seiten, 3,80 DM.

Das Vorwort zu dieser Dokumentation schrieb der 2. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, und das Mitglied des geschäftsführenden Vorstands Hans Preiss. Es hat folgenden Wortlaut: „Die Einheitsgewerkschaft, 1949 aus den bitteren Erfahrungen der Arbeiterbewegung im Kampf gegen die Hitlerdiktatur hervorgegangen, ist das Kernstück unseres gewerkschaftlichen Bewußtseins. Schon früh zeigte sich, daß diese Einheit mit der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nicht ein für allemal gesichert war. Wir müssen sie in unserer gewerkschaftlichen Arbeit täglich neu verwirklichen.“

Politische Toleranz ist seit 1949 mehr als einmal auf die Probe gestellt worden. Wir können rückblickend sagen: Immer dann, wenn wir die Interessen unserer Mitglieder unter Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel durchsetzten, ließen die Spalter nicht lange auf sich warten. Ihre wichtigsten Werkzeuge waren von jeher Diffamierung und Verdächtigung. In dieser Hinsicht haben die letzten Jahre dem erfahrenen Gewerkschafter nichts Neues geboten. In den 50er Jahren fand keine Auseinandersetzung statt, ohne daß nicht unterstellt wurde, Kommunisten hätten die Hand im Spiel. Daran hat sich in drei Jahrzehnten nicht viel geändert.

Die IG Metall hat sich durch solche Kampagnen in ihrem Kampf für die Durchsetzung der Interessen ihrer Mitglieder niemals beirren lassen. Wir brauchen keine Belehrungen und Ratsschläge von denen, die, wie Arbeitgeberverbände und viele Unternehmer, mit offener Genugtuung zusahen, als 1933 Demokratie und gewerkschaftliche Rechte vernichtet wurden. Wir Gewerkschafter werden unsere schwer errungene Einheit gegen alle Angriffe zu verteidigen wissen. In unseren Reihen zählt nicht das Trennende, sondern das, was uns verbindet: der gemeinsame Kampf für die Verwirklichung gemeinsamer Ziele.

Alle Versuche, unsere Kampfkraft durch eine Politik der Spaltung und der Diskriminierung zu schwächen, sind zum Scheitern verurteilt. Wir lassen uns nicht ablenken: Unsere Gegner sind einzig und allein die Unternehmerverbände und ihre politischen Helfershelfer. Die Legende von der kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften bleibt, was sie in allen ihren Erscheinungsformen stets war:

ein Mittel unserer Gegner zur Schwächung der gewerkschaftlichen Solidarität.“

Nach einer Dokumentation über Behauptungen von einer angeblichen kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften wird dann zusammenfassend festgestellt:

„— Die Legende von der ‚kommunistischen Unterwanderung‘ bildet seit der Gründung des DGB einen festen Bestandteil der Unternehmerpolitik.“

— Sie dient nicht nur dem Ziel, die Gewerkschaften politisch mundtot zu machen, sondern sie darüber hinaus an der aktiven Durchsetzung auch der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder zu hindern.

— Mit dem politischen Kräfteverhältnis haben sich seit Ende der 60er Jahre die Methoden der Diffamierung gewandelt. Neben die Verteufelung von Arbeitskämpfen tritt die Denunziation einzelner Personen. Personengruppen und ganze Bereiche gewerkschaftlicher Arbeit mit dem Ziel, ein Klima des Mißtrauens in die gewerkschaftliche Organisation hineinzutragen.“

... die Krallen zeigen

Johanna Hund, Christl Preiß (Hrsg.): Die Unbescheidenen. Betriebsrätinnen erzählen. Kleine Bibliothek Pahl-Rugenstein. Köln 1979. 134 Seiten. 12,80 DM.

Besonders schwer ist der Anfang, wenn sich Frauen in den Betrieben und Büros für ihre Kollegen und Kolleginnen engagieren und wenn sie dann in gewerkschaftliche Funktionen oder in den Betriebsrat gewählt werden. Dies berichten alle zehn Frauen, die in diesem Band zu Wort kommen. Sie schildern, auf welche Weise sie sich durchsetzen mußten. Es gilt nicht nur, sich selbst weiterzubilden und persönliche Hemmungen zu überwinden. Da tauchen auch häufig Konflikte auf, wie man die gewerkschaftliche Interessenvertretung und die enorme zeitliche Belastung mit den Anforderungen der Familie verbinden kann.

Und auch angesichts der Vorurteile, gegen die die Frauen allenthalben anrennen müssen, erscheint die übernommene Aufgabe oft zu schwer. Dennoch beißen sie sich durch und zeigen auch mal die Krallen. R. B.

VERLAGSINTERNES

„Ohne NACHRICHTEN wäre ich manchmal schön aufgeschmissen.“ Solche Urteile aus den Fragebögen, die wir der Septemberausgabe beigelegt haben, gehen uns natürlich runter wie Butter. Und insgesamt konnten wir uns über viel Lob unserer Leser freuen. Aber es gab auch eine ganze Menge Kritik und viele Vorschläge, die wir in der Redaktion noch ausführlicher besprechen müssen. An dieser Stelle soll auch noch keine genaue Auswertung der zurückgelaufenen Fragebögen vorgenommen werden. Das ist nicht möglich, denn jeden Tag bringt uns die Post noch einige ausgefüllte Fragebögen. Aber wir möchten uns schon jetzt für die viele Mühe bedanken, die sich unsere Leser gemacht haben. Die Fragen wurden zum Teil ausführlich, sogar auf gesonderten Begleitbriefen, beantwortet. Zugleich rufen wir aber noch einmal auf, uns die noch liegenden gebliebenen doch zuzusenden.

Aber auch aus den bereits eingegangenen Fragebögen kristallisieren sich einige Probleme heraus, die schon angesprochen werden können. Zum Beispiel was die Aufmachung der Zeitschrift anbelangt. Es gab nicht wenige, die NACHRICHTEN in ihrer bisherigen Erscheinung für gut befanden und auch so belassen wollten. Aber ein nicht unerheblicher Teil unserer Leser nimmt Anstoß: zu wenige Bilder und Karikaturen oder zu kleine Schrifttypen — heißt es — erschweren das Lesen und ermüden gelegentlich. Hier werden wir uns intensiv Gedanken machen müssen, denn auch wenn es ums Aussehen geht, wollen wir nicht „langweilig“ sein. Es sei aber unseren Lesern verraten, daß wir über das Gesicht unserer Zeitung nicht zum ersten Mal diskutieren. Oft haben wir uns hier schon andere Möglichkeiten überlegt. Aber unsere Probleme — und ein Leser hat sogar versucht, das zu berücksichtigen — sind sehr häufig die Finanzen und der Platzmangel. Auf keinen Fall können wir — was häufiger als Vorschlag auftaucht — den Umfang der Zeitschrift ausdehnen.

Dann bedeutet jede Auflockerung und jeder großzügigere Umgang mit dem Platz, daß wir noch häufiger vor der Frage stehen, welches Problem wir in NACHRICHTEN gar nicht ansprechen können. Und damit kommen wir zu einem weiteren Kritikpunkt, der mehrere Male auftaucht: die Aktualität. Manche Informationen werden als „zu alt“ empfunden. Das ist ein Problem von Monatszeitschriften, das sehr schwer zu lösen ist. Es sollen aber auch noch keine fertigen Antworten gegeben werden, sondern nur ein kurzer Einblick in einige Probleme, die in den Fragebögen angesprochen werden. Und nochmals der Aufruf: Sendet uns auch jetzt noch Fragebögen zu! jaco

TERMINKALENDER

■ 31. Oktober bis 4. November

Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Mainz

■ 22. bis 25. November

Tagung des Europäischen Gewerkschaftsausschusses Nahrung – Genuß – Gaststätten (EG NGG) in Helsingör (Dänemark)

■ 24. bis 25. November

Fortsetzung des 11. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Chemie-Papier-Keramik in Hamburg

■ 24. bis 28. November

12. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Aachen

■ 6. bis 7. Dezember

Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Ludwigshafen

■ 13. bis 14. Dezember

Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Ludwigshafen

■ 31. Dezember

Antragsschluß zum DGB-Programm-entwurf

■ 12. bis 14. März 1981

4. außerordentlicher DGB-Kongreß in Düsseldorf

■ 1. März bis 31. Mai 1981

Betriebsratswahlen nach dem Betriebsverfassungsgesetz

■ 8. März 1981

Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag

■ 4. bis 10. Oktober 1981

11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Travemünde

■ 4. bis 8. Oktober 1981

12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Ruhpolding

■ 6. bis 7. Dezember 1981

11. DGB-Bundesjugendkonferenz in Osnabrück

■ 13. bis 14. Dezember 1981

10. DGB-Bundesfrauenkonferenz (Ort steht noch nicht fest)

D 3476

Postvertriebsstü-
Gebühr bezahlt
NACHRICHTEN
Verlags-GmbH,
Glauburgstr. 66,
Postf. 18 03 72,
6000 Frankfurt/M

0603650 N1 80.010 0039
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM.OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNESTR. 21

1000 BERLIN 33

13

Zu guter Letzt

Schandurteil

In einem Bruchsaler Betrieb mußte ein älterer Kollege kunststoffbeschichtete Bleche schweißen. Dabei entwickelten sich gesundheitsschädigende Dämpfe. Der Schweißer Reizig beschwerte sich beim Meister und beim Gesundheitsamt. Nichts geschah. Als alles nichts fruchtete, wandte er sich an seine Gewerkschaft, die IG Metall. Diese schaltete das Gewerbeaufsichtsamt ein. Die Firma entließ den Schweißer. Er habe ihr Scherereien mit dem Gewerbeaufsichtsamt bereitet. Das Arbeitsgericht Karlsruhe und das Landesarbeitsgericht Mannheim bestätigten den Rausschmiß. Der Schweißer habe die „Treuepflicht“ gegenüber dem Unternehmer verletzt.

Als daraufhin der zweite Bevollmächtigte der IG-Metall-Verwaltungsstelle Bruchsal, Günter Schering, in einem Interview mit dem „Stern“ sagte: „Jetzt traut sich niemand mehr aufzumucken in diesem Betrieb nach dem Schandurteil“, erhielt er vom Amtsgericht Bruchsal 750 DM Geldstrafe. 105 hauptamtliche Kollegen gaben es dem Arbeitsrichter Leser schriftlich, daß auch sie das Urteil als Schande betrachteten, auch die Verurteilung von Günter Schering. Nun geht die Staatsanwaltschaft in Stuttgart gegen einen der Unterzeichner vor, gegen den Bezirksleiter der IG Metall, Franz Steinkühler. Auf dem 13. Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin unterschrieben mehr als 1000 Kolleginnen und Kollegen folgende Erklärung:

„In Karlsruhe hat ein Arbeitsgericht die Kündigung eines unserer Kollegen für Rechtens erklärt, weil er seine Organisation, die IG Metall, von skandalösen Arbeitsbedingungen an seinem Arbeitsplatz informiert hat und die Verwaltungsstelle dann die Gewerbeaufsicht einschaltete. Als der Kollege Schering, 2. Bevollmächtigter der Vst. Bruchsal, gegenüber der Illustrierten „Stern“ dieses Urteil als „Schandurteil“ bezeichnete, wurde er wegen Beleidigung des Richters verurteilt. Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen jeden, der diese Meinung öffentlich teilt. Diesen fortgesetzten Skandal treten wir Metaller geschlossen entgegen. Auch wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, halten den Karlsruher Richterspruch für ein Schandurteil.“

Unsere Redakteure, die diese Erklärung ebenfalls unterschrieben, sind gerne bereit, Zustimmung unserer Leser weiterzuleiten.

H. Sch.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 3,- DM; Jahresabonnement 30,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 3. Oktober.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH

Frankfurt am Main

